

- **Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation.** Prognose für 2024 und 2025
- **Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotzen der Konjunkturflaute im Euro-Raum**
- **Unternehmensinvestitionen 2024 rückläufig.** Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024
- **Auswirkungen hoher Inflation auf die Haushalte der subnationalen Gebietskörperschaften**

# WIFO ■ MONATSBERICHTE

## Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

## Editorial Board

**Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma**, Wirtschaftsuniversität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

**Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD**, Universität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber**, Central European University

## Impressum

**Herausgeber:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:**  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung  
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,  
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

**Satz:** Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Druck:** Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,  
A-8020 Graz

**Chefredakteur:** apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

**Lektorat:** Mag. Christoph Lorenz, BA •  
**Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

**Kontakt:** [redaktion@wifo.ac.at](mailto:redaktion@wifo.ac.at)

## Preise 2024

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 295 € • Einzelheft (Printversion): 29,50 €

## Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

**Medieninhaber (Verleger):** Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



## 97. Jahrgang, Heft 7/2024

- 363-379 ■ **Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation.** Prognose für 2024 und 2025

Christian Glocker

Nach der Rezession im Vorjahr wird die österreichische Wirtschaft 2024 stagnieren. Vorlaufindikatoren geben weiterhin keine Hinweise auf eine baldige Konjunkturbelebung. Erst 2025 könnte eine etwas günstigere Entwicklung einsetzen, sobald mit der Weltkonjunktur auch die Exporte anziehen und den Impuls der inländischen Nachfrage verstärken. Nach dem Rückgang im Jahr 2023 (-0,8%) und der Stagnation 2024 wird das BIP daher erst 2025 wieder nennenswert wachsen (+1,5%).

**High Uncertainty Keeps Austria's Economy in Stagnation.** Economic Outlook for 2024 and 2025

- 380 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

- 381-395 ■ **Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotzen der Konjunkturflaute im Euro-Raum**

Vasily Astrov, Olga Pindyuk (wiw)

Die wirtschaftliche Erholung in den meisten Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) hat zuletzt vor allem dank des Rückgangs der Inflation, des Anstiegs der Reallöhne und des verstärkten privaten Konsums an Fahrt gewonnen. Gleichzeitig leiden die Industrie und die Exporte vieler Länder, vor allem in Mitteleuropa und auf dem Westbalkan, nach wie vor unter der Konjunkturschwäche in Deutschland. Während die Finanzierungskosten generell hoch bleiben, wird die Erholung durch eine expansive Fiskalpolitik unterstützt, wodurch die Haushaltsdefizite in vielen Ländern der Region weiter zunehmen werden. Für die MOSOEL insgesamt wird für 2024 ein Wirtschaftswachstum von 3,1% prognostiziert. Damit wäre es ähnlich hoch wie 2023. Die erwartete Wachstumsbeschleunigung in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern (EU-MOEL) und auf dem Westbalkan dürfte durch die Verlangsamung in anderen MOSOEL weitgehend ausgeglichen werden.

**Central, Eastern and South Eastern Europe Defies the Economic Slump in the Euro Area**

- 397-404 ■ **Unternehmensinvestitionen 2024 rückläufig.** Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung lassen für 2024 eine neuerliche Kürzung der Investitionspläne erwarten. Die Investitionstätigkeit dürfte sich insgesamt rückläufig entwickeln. Vor allem Sachgütererzeuger meldeten mehrheitlich Kürzungen. Für den Dienstleistungssektor rechnet das WIFO mit einem schwachen Investitionswachstum. Auf Branchenebene zeigt sich ein gemischtes Bild. Innerhalb der Sachgütererzeugung kürzen vor allem Hersteller von dauerhaften Konsumgütern und Vorprodukten ihre Investitionen. In den Dienstleistungen dürften die Investitionen in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und im Gastgewerbe schrumpfen, während Erbringer von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie Unternehmen der Information und Kommunikation mit einem robusten Investitionswachstum rechnen. Kleine und mittlere Unternehmen dürften ihre Investitionen deutlicher einschränken als Großunternehmen. Die Abschwächung des Investitionswachstums zeigt sich neben den Ausrüstungs- und Infrastrukturinvestitionen nun auch bei den immateriellen Anlageinvestitionen. Für Österreichs Gesamtwirtschaft rechnet das WIFO für 2024 mit einem Rückgang der realen Bruttoanlageinvestitionen um 2,4%.

**Corporate Investment Declining in 2024.** Results of the WIFO Spring 2024 Investment Survey

405-417 ■ **Auswirkungen hoher Inflation auf die Haushalte der subnationalen Gebietskörperschaften**

Simon Loretz, Hans Pitlik

In föderativen Staatswesen ist die adäquate Mittelausstattung der Gebietskörperschaften von wesentlicher Bedeutung für die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Sektors. Strukturelle Entwicklungstrends und Politikmaßnahmen, welche die Ausgaben erhöhen und die Einnahmen dämpfen, verschlechtern mittelfristig die Budgetpositionen. Die hohe Inflation der vergangenen Jahre hat direkte und indirekte, teilweise verzögerte Effekte auf Ausgaben und Einnahmen aller Verwaltungsebenen. Mittels eines kontrafaktischen Szenarienvergleichs schätzte das WIFO die Auswirkungen des lebhaften Preisauftriebes auf die Haushalte der Länder und Gemeinden für den Zeitraum 2022 bis 2025. Im Ergebnis bleiben die inflationsinduzierten Einnahmewachse hinter den induzierten Mehrausgaben zurück.

**Effects of High Inflation on Subnational Governments' Budgets**

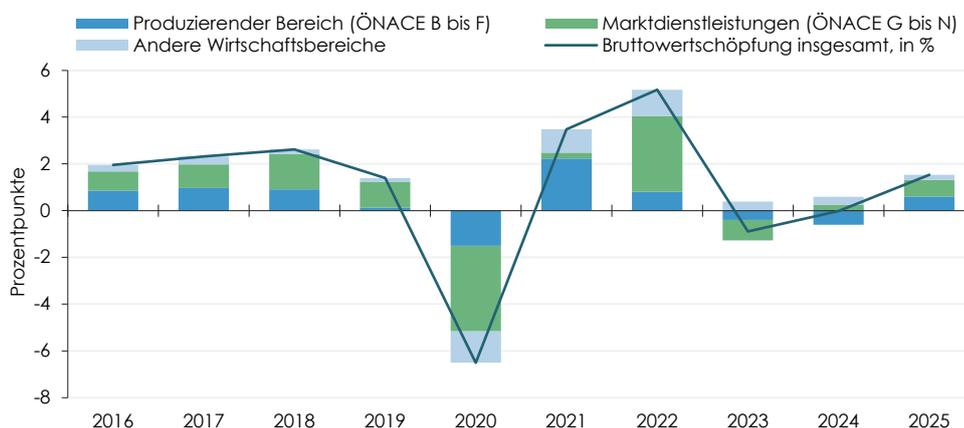
# Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation

## Prognose für 2024 und 2025

Christian Glocker, Stefan Ederer

- Nach der Rezession im Vorjahr (–0,8%) wird Österreichs BIP 2024 stagnieren und 2025 um 1,5% wachsen.
- Die Konjunktur verläuft 2024 zweigeteilt: Einer Rezession in der Industrie und im Bauwesen stehen Wertschöpfungszuwächse in den Marktdienstleistungen gegenüber.
- Die schwache Nachfrage im laufenden Jahr dämpft den Produzenten- und den Verbraucherpreisauflauf.
- Laut Umfragen sind sowohl die privaten Haushalte als auch die Unternehmen nach wie vor stark verunsichert.
- Da das Arbeitskräfteangebot weiter wächst und das Beschäftigungswachstum abflacht, rechnet das WIFO für 2024 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit.
- Aufgrund der anhaltend expansiven Fiskalpolitik wird das Budgetdefizit in beiden Prognosejahren die 3%-Marke überschreiten.

### Wachstumsbeitrag der Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung, real



**"Die Konjunktur ist 2024 von einer Zerteilung geprägt: Einer Expansion der Marktdienstleistungen steht eine anhaltende Industrierezession gegenüber."**

Die Wachstumsbeiträge geben an, in welchem Umfang die zwei Komponenten (produzierender Bereich und Marktdienstleistungen) zum Anstieg der Bruttowertschöpfung beitragen. Die Höhe des Wachstumsbeitrages einer Komponente ergibt sich durch Division der absoluten Veränderung der Komponente gegenüber der Vorperiode durch den Wert der Bruttowertschöpfung in der Vorperiode (Q: WIFO; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2024 und 2025: Prognose).

# Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation

## Prognose für 2024 und 2025

Christian Glocker, Stefan Ederer

### Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025

Nach der Rezession im Vorjahr wird die österreichische Wirtschaft 2024 stagnieren. Vorlaufindikatoren geben weiterhin keine Hinweise auf eine baldige Konjunkturbelebung. Erst 2025 könnte eine etwas günstigere Entwicklung einsetzen, sobald mit der Weltkonjunktur auch die Exporte anziehen und den Impuls der inländischen Nachfrage verstärken. Nach dem Rückgang im Jahr 2023 (-0,8%) und der Stagnation 2024 wird das BIP daher erst 2025 wieder nennenswert wachsen (+1,5%).

**JEL-Codes:** E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

**Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun ([astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at)), Martha Steiner ([martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 24. 6. 2024

**Kontakt:** Christian Glocker ([christian.glocker@wifo.ac.at](mailto:christian.glocker@wifo.ac.at)), Stefan Ederer ([stefan.ederer@wifo.ac.at](mailto:stefan.ederer@wifo.ac.at))

### High Uncertainty Keeps Austria's Economy in Stagnation. Economic Outlook for 2024 and 2025

Following the recession in the previous year, the Austrian economy will stagnate in 2024. Leading indicators still do not point to an imminent economic recovery. It is only from 2025 onwards that a slightly more favourable trend could emerge, when exports pick up in line with the global economy, thereby reinforcing the impetus from domestic demand. After the decline in 2023 (-0.8 percent) and stagnation in 2024, GDP will therefore not grow significantly again until 2025 (+1.5 percent).

## 1. Einleitung

Die österreichische Wirtschaft befindet sich bereits seit Ende des II. Quartals 2022 in einer Schwächephase. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland fehlen expansive Impulse. Die flauere Inlands- und Exportnachfrage ließen Industrie und Bauwirtschaft in die Rezession schlittern, während die ungünstige Auftragslage zusammen mit der rückläufigen Endnachfrage und der gedrückten Stimmung die Investitionsbereitschaft dämpfte.

Vorlaufindikatoren lassen auch für 2024 keine Konjunkturbelebung erwarten – zum Teil haben sie sich zuletzt sogar wieder verschlechtert. Vieles spricht dafür, dass die Binnenkonjunktur weiterhin schleppend verlaufen wird. Zwar hat bei den Marktdienstleistern bereits ein Aufwärtstrend eingesetzt, der durch eine moderate Belebung des privaten Konsums gefestigt werden dürfte. Dem wirkt jedoch die anhaltende Rezession in der Industrie und im Bauwesen entgegen. Das binnenwirtschaftliche Umfeld dürfte daher anfällig für Rückschläge bleiben. Allerdings gibt es zugleich keine Anzeichen für eine Rezession in der Gesamtwirtschaft.

Vor diesem Hintergrund wird das österreichische BIP 2024 stagnieren. Erst ab 2025 dürfte die Industriewertschöpfung wieder etwas zulegen, da sich mit der internationalen Nachfrage auch das Exportgeschäft beleben sollte. Höhere Zuwachsraten als im Euro-Raum sind jedoch nicht zu erwarten, zumal die Exporteure wegen des zunehmend ungünstigeren preislichen Wettbewerbsumfelds im Prognosezeitraum an Marktanteil einbüßen dürften. Die Gesamtwirtschaft wird daher auch 2025 unterausgelastet bleiben.

Die Inflation dürfte sich vor allem 2024 aufgrund der Nachfrageschwäche deutlich verlangsamen. Im Vorjahr hatten sich im Inland produzierte Güter und Dienstleistungen noch um 7,8% verteuert (gemäß BIP-Deflator); 2024 beträgt die Teuerung voraussichtlich 4,3% (2025 +2,6%). Unter der Annahme, dass ein erneuter Preisschock bei importierter Energie ausbleibt, erwartet das WIFO für die Entwicklung der Verbraucherpreise einen ähnlichen Verlauf (2024 +3,4%, 2025 +2,5%, nach +7,8% im Jahr 2023; laut VPI).

## Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 6,6	+ 4,2	+ 4,8	- 0,8	+ 0,0	+ 1,5	
Herstellung von Waren	- 7,3	+ 12,7	+ 4,1	- 2,6	- 2,0	+ 2,8	
Handel	- 3,3	- 1,1	+ 2,1	- 6,1	+ 0,4	+ 1,7	
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup> , real	- 8,5	+ 4,2	+ 5,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,8	
Dauerhafte Konsumgüter	- 2,6	+ 3,7	- 0,3	- 5,5	± 0,0	+ 1,5	
Bruttoanlageinvestitionen, real	- 5,5	+ 6,1	+ 0,1	- 1,3	- 2,4	+ 2,1	
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	- 7,1	+ 9,9	+ 2,0	+ 1,8	- 0,9	+ 3,0	
Bauten	- 3,6	+ 1,8	- 2,0	- 4,7	- 4,2	+ 1,1	
Exporte, real	- 10,6	+ 9,1	+ 11,2	- 0,2	+ 0,7	+ 2,5	
Warenexporte, fob	- 7,7	+ 12,3	+ 7,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 3,2	
Importe, real	- 10,0	+ 14,3	+ 7,9	- 2,3	+ 0,6	+ 2,9	
Warenimporte, fob	- 7,2	+ 15,2	+ 5,1	- 3,9	+ 0,1	+ 3,2	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	- 4,1	+ 6,4	+ 10,4	+ 6,9	+ 4,3	+ 4,2	
	Mrd. €	380,89	405,24	447,22	478,19	498,77	519,49
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	3,4	1,6	- 0,3	2,7	3,0	3,0
Verbraucherpreise		+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,4	+ 2,5
BIP-Deflator		+ 2,7	+ 2,1	+ 5,3	+ 7,8	+ 4,3	+ 2,6
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 8,0	- 5,8	- 3,3	- 2,6	- 3,2	- 3,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>3)</sup>		- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,9
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		9,9	8,0	6,3	6,4	6,9	6,7
Realwert des BIP pro Kopf <sup>4)</sup>		- 6,8	+ 3,5	+ 1,3	- 0,4	- 0,1	+ 1,4
Armutsgefährdungsquote <sup>5)</sup>	in %	14,7	14,8	14,9	15,4	15,7	15,7
Einkommensquintilsverhältnis <sup>6)</sup>	Verhältniszahl	4,00	4,25	4,28	4,41	4,50	4,47
Treibhausgasemissionen <sup>7)</sup>		- 7,6	+ 4,6	- 5,7	- 4,6	- 2,7	- 0,2
	Mio. t CO <sub>2</sub> -Äquivalent	73,91	77,33	72,96	69,59	67,69	67,57

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2024 und 2025: Prognose. – 1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – 3) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 4) Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – 5) Anteil der Personen in privaten Haushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (60% des nationalen verfügbaren Median-äquivalenzeinkommens. Ab 2023: Prognose. – 6) S80/S20: Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. Ab 2023: Prognose. – 7) 2022: Schätzung gemäß Umweltbundesamt. Ab 2023: Prognose.

Angesichts der Konjunkturflaute erweist sich der Arbeitsmarkt als robust. Die unselbständige Beschäftigung wächst nach +1,2% im Jahr 2023 auch im Prognosezeitraum (2024 +0,4%, 2025 +0,9%), vor allem getragen vom Dienstleistungssektor. Aufgrund der starken Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes nimmt jedoch auch die Arbeitslosigkeit weiter zu. Die Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition) dürfte 2024 6,9% erreichen und 2025 auf 6,7% zurückgehen (2023: 6,4%).

## 2. Die Ausgangslage

In Österreich kühlte sich die Konjunktur zur Jahresmitte 2022 ab. Das Nachlassen der internationalen Nachfrage und hohe Energiepreissteigerungen dämpften die Industrieproduktion, während die allgemeine Teuerung die Realeinkommen der privaten Haushalte schmälerte und die Konsumnachfrage belastete. Diese Entwicklungen führten 2023 zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,8%.

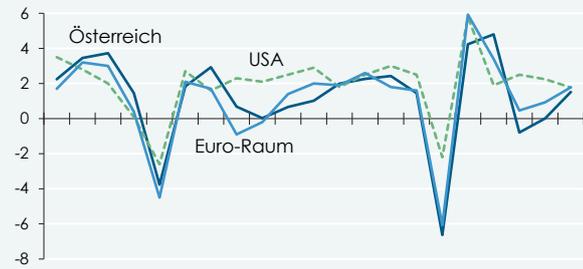
Trotz der günstigeren Konjunkturaussichten für 2025 wird sich die Lage der öffentlichen Haushalte über den Prognosehorizont nicht verbessern. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte sich ausgehend von -2,6% des BIP im Jahr 2023 auf -3,2% bzw. -3,1% verschlechtern und damit in beiden Prognosejahren die Maastricht-Vorgabe überschreiten.

Auf der Angebotsseite sank die Bruttowertschöpfung 2023 in Handel, Verkehr, Baugewerbe, Sachgütererzeugung und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Einige Marktdienstleistungen entwickelten sich hingegen günstiger, z. B. die Beherbergung und Gastronomie, die Information und Kommunikation sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

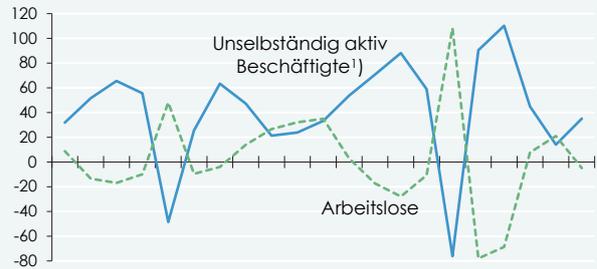
**Wirtschaftswachstum**

In %



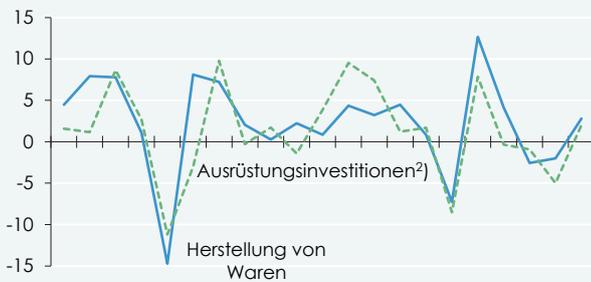
**Beschäftigung und Arbeitslosigkeit**

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



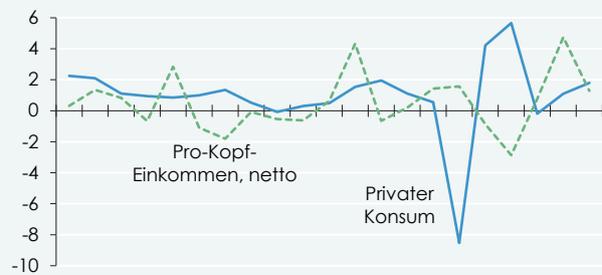
**Produktion und Investitionen**

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



**Konsum und Einkommen**

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



**Kurz- und langfristige Zinssätze**

In %



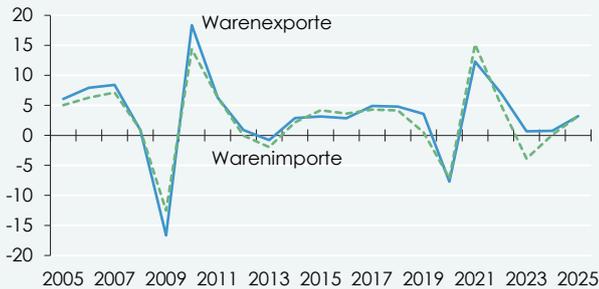
**Preise und Lohnstückkosten**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



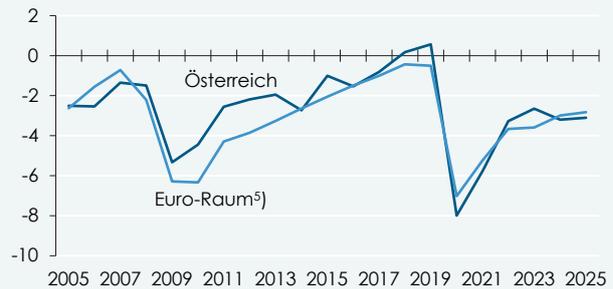
**Außenhandel (laut Statistik Austria)**

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



**Finanzierungssaldo des Staates**

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme. – <sup>3)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – <sup>4)</sup> Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – <sup>5)</sup> Prognose: Europäische Kommission.

Nachfrageseitig prägten sowohl der Konsum als auch die Investitionen den Rückgang der inländischen Verwendung (2023 –2,1%). Auch die Exporte sanken. Der Außenhandel trug aufgrund einer deutlichen Einschränkung der Importe rein rechnerisch positiv zum BIP bei und dämpfte dessen Rückgang.

Auf der Verteilungsseite stiegen die Lohneinkommen kräftig (Arbeitnehmerentgelte +9,0%), während die Kapitaleinkommen nur mäßig zunahm (Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen +3,8%). Letzteres spiegelt die schwierige Ertragslage vieler Unternehmen wider. Real schrumpften die Kapitaleinkommen um knapp 4,0% (preisbereinigt mit dem BIP-Deflator), was den deutlichen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen erklärt.

Die Inflation schwächte sich im Jahresverlauf 2023 spürbar ab. Die Produzentenpreise san-

ken ab der Jahresmitte zunehmend, bedingt u. a. durch die Verbilligung von Energie und Vorleistungsgütern im Vorjahresvergleich. Die Verbraucherpreise gemäß VPI gingen ebenfalls zurück, wobei die Teuerung im Dienstleistungssektor weitgehend konstant blieb.

Die Beschäftigung expandierte 2023 weiter, wenn auch langsamer als in den beiden Vorjahren. Im Bauwesen, den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen war der Personalstand rückläufig. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,3% (2022) auf 6,4%. Die Zahl der offenen Stellen ging zurück, wodurch der Stellenandrang im Vergleich zu 2022 deutlich zunahm, aber zum Jahresende immer noch auf einem niedrigen Niveau lag.

### 3. Die Rahmenbedingungen zur Prognose

Die vorliegende Prognose stützt sich in den Annahmen über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik sowie über die Entwicklung der Weltwirtschaft, der Wechselkurse, der Rohstoffpreise und der Zinssätze auf den Informationsstand von Mitte Juni 2024. Der Prognosezeitraum reicht vom II. Quartal 2024 bis zum IV. Quartal 2025.

Hinsichtlich des geopolitischen Umfelds wird angenommen, dass bestehende militärische Konflikte anhalten, jedoch nicht weiter eskalieren. Zusätzlich wird unterstellt, dass die Sanktionen der EU gegenüber China, dem Iran und Russland aufrecht bleiben, aber nicht ausgeweitet werden.

#### 3.1 Rahmenbedingungen der internationalen Konjunktur

Die Weltwirtschaft expandierte zu Jahresbeginn 2024. Während die Wertschöpfung in China im I. Quartal kräftig zulegen und auch im Euro-Raum anstieg, verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum in den USA. Die globale Industrieproduktion entwickelte sich weiterhin schwach, der weltweite Warenhandel legte im Winterhalbjahr jedoch bereits wieder zu, nachdem er zuvor geschrumpft war.

Die Rohstoffpreise haben seit Anfang 2024 tendenziell angezogen. Zunehmende geopolitische Unsicherheiten sowie anhaltende Störungen des Seehandels durch den Suez- und den Panama-Kanal haben zur Verteuerung von Nahrungsmitteln, Industrierohstoffen und Energie sowie zur hohen Preisvolatilität beigetragen.

Die Weltwirtschaft dürfte sich 2024 beleben. Die Unternehmensstimmung hat sich im Frühjahr verbessert. Das Nachlassen der Inflation in den Industrieländern und steigende Real-

einkommen stützen die Konsumnachfrage. Der weltweite Handel mit Waren und die globale Industrieproduktion dürften sich insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte 2024 weiter erholen. Dazu trägt auch eine allmähliche Belebung der Investitionen bei, die von der Lockerung der Geldpolitik in den Industrieländern unterstützt wird. Die Weltwirtschaft dürfte in den Jahren 2024 und 2025 um jeweils 2½% wachsen. Der Welthandel, der 2023 zurückgegangen war, sollte im laufenden Jahr um etwa 1½% und 2025 um knapp 3% zulegen.

In den USA wird der private Konsum weiter die Nachfrage stützen, wenngleich der Zuwachs schwächer ausfallen wird als 2023. Die Bedingungen für eine robuste Entwicklung der Konsumnachfrage sind jedoch weiterhin gegeben. So hat sich die Arbeitsmarktlage bislang kaum eingetrübt, und die Realeinkommen steigen, wenngleich mit abnehmender Dynamik. Die Investitionen dürften Ende 2024 an Schwung gewinnen. Auch der Wohnbau wird im Prognosezeitraum weiter expandieren. Die Fiskalpolitik dürfte dagegen angesichts des hohen Budgetdefizits zurückhaltender ausfallen. Insgesamt wird die Wirtschaft der USA im Jahr 2024 mit +2,2% weniger stark wachsen als im Vorjahr (2025 +1,8%).

Im Euro-Raum hat die Konjunktur im I. Quartal 2024 an Dynamik gewonnen. Während die Konsumausgaben der privaten Haushalte kaum zulegten, nahmen die Exporte etwas Fahrt auf. Die Industrieproduktion stagnierte zuletzt, auch weil der Erdgaspreisschock des Jahres 2022 energieintensive Branchen weiterhin stark belastet. Die Arbeitsmarktlage ist allerdings nach wie vor günstig und die Realeinkommen sind seit Herbst 2023 merklich gestiegen. Die Inflation ist dagegen in den vergangenen Monaten

**Die Aussichten für die Weltwirtschaft verbessern sich.**

deutlich zurückgegangen und lag im Frühjahr 2024 bei etwa 2½%. Im Sommerhalbjahr 2024 dürfte sich die Konjunktur im Euro-Raum weiter verbessern. Dazu trägt einerseits der anhaltende Anstieg der Realeinkommen bei, der den privaten Konsum anregt. Andererseits weist auch der weiterhin robuste Arbeitsmarkt auf eine kräftige inländische Nachfrage hin. Die Lockerung der Geldpoli-

tik und das Anziehen des Welthandels werden ebenso die Nachfrage stützen, wenn gleich die Exporte und die Investitionen wohl erst Ende 2024 an Schwung gewinnen werden. Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum dürfte im Jahr 2024 um knapp 1% zulegen. Für 2025 rechnet das WIFO mit einem kräftigeren Zuwachs von knapp 2%.

## Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2022 in % Waren- Welt-BIP <sup>2)</sup> exporte <sup>1)</sup>		2020	2021	2022	2023	2024	2025
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	68,7	14,8	- 5,6	+ 6,0	+ 3,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 2,1
Euro-Raum	52,0	10,4	- 6,1	+ 5,9	+ 3,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,8
Deutschland	29,8	3,3	- 3,8	+ 3,2	+ 1,8	- 0,2	+ 0,4	+ 1,5
Italien	6,8	1,9	- 9,0	+ 8,3	+ 4,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,2
Frankreich	4,0	2,2	- 7,4	+ 6,9	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,8
MOEL 5 <sup>3)</sup>	15,9	2,2	- 3,3	+ 6,2	+ 4,4	+ 0,1	+ 2,1	+ 3,4
Ungarn	4,0	0,2	- 4,5	+ 7,1	+ 4,6	- 0,9	+ 2,3	+ 3,0
Polen	3,8	1,0	- 2,0	+ 6,9	+ 5,6	+ 0,2	+ 2,4	+ 3,9
Tschechien	3,6	0,3	- 5,5	+ 3,6	+ 2,4	- 0,3	+ 1,1	+ 2,8
USA	6,6	15,6	- 2,2	+ 5,8	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,8
Schweiz	5,4	0,5	- 2,1	+ 5,4	+ 2,6	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,5
China	2,7	18,4	+ 2,2	+ 8,4	+ 3,0	+ 5,2	+ 4,8	+ 4,2
Vereinigtes Königreich	2,6	2,3	- 10,4	+ 8,7	+ 4,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,0
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet <sup>4)</sup>		52	- 2,0	+ 6,9	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,7
Exportgewichtet <sup>5)</sup>		86	- 5,0	+ 6,1	+ 3,3	+ 0,8	+ 1,3	+ 2,1
Marktwachstum Österreich <sup>6)</sup>			- 6,1	+ 11,0	+ 5,7	- 3,2	+ 1,3	+ 4,0
<b>Annahmen zur Prognose</b>								
Rohölpreis								
Brent, \$ je Barrel			43,2	70,8	98,9	82,2	83	78
Erdgaspreis								
Dutch TTF, € je MWh			9,5	45,9	121,5	40,6	34	38
Strompreis Österreich								
Base, € je MWh			33,2	107,2	261,6	102,2	82	100
Peak, € je MWh			36,0	116,8	275,5	103,9	86	110
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,141	1,184	1,054	1,082	1,09	1,09
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz <sup>7)</sup> , in %			0,0	0,0	0,6	3,8	4,3	3,6
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			- 0,5	- 0,5	- 0,4	1,1	2,4	2,8

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, IWF, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Österreichische Warenexporte. – <sup>2)</sup> Kaufkraftgewichtet. – <sup>3)</sup> Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – <sup>4)</sup> EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2022. – <sup>5)</sup> EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2022. – <sup>6)</sup> Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – <sup>7)</sup> Fixzinssatz.

In China dürfte sich das Wirtschaftswachstum im Sommerhalbjahr 2024 etwas abschwächen. Aufgrund des starken Lageraufbaus zu Jahresbeginn wird die Nachfrage nach Industriegütern abnehmen. Die Konsumnachfrage wird schwach bleiben. Allerdings dürfte China seine Warenexporte mit dem Wiederanziehen der weltweiten Industrieproduktion deutlich ausweiten. Alles in allem wird Chinas BIP 2024 um 4,8% und 2025 um 4,2% zunehmen.

Die Inflation wird im Prognosezeitraum sowohl in den USA als auch im Euro-Raum

weiter zurückgehen. In einigen Euro-Ländern dürften von den Energiepreisen zwar kaum mehr dämpfende Effekte auf die Verbraucherpreise ausgehen – insbesondere da die europäischen Erdgaspreise zuletzt gestiegen sind und für das Winterhalbjahr 2024/25 wieder Großhandelspreise von knapp 40 € je MWh erwartet werden. Zugleich wird sich jedoch wegen der nachlassenden Lohndynamik der Preisauftrieb bei Dienstleistungen allmählich verringern. In den USA dürften die Verbraucherpreise im Jahr 2024 um 3% und 2025 um knapp 2½% steigen. Im Euro-Raum

wird die Inflationsrate dagegen voraussichtlich bereits Ende 2024 unter 2% sinken.

### 3.2 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die vorliegende Prognose berücksichtigt alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bereits verabschiedet oder hinreichend spezifiziert wurden und deren Umsetzung somit als wahrscheinlich eingestuft wird.

#### 3.2.1 Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte den Leitzinssatz für Einlagen im Juni 2024 um 25 Basispunkte auf 3,75%. Die Lockerung der Geldpolitik erfolgt in einem Umfeld, in dem die Wachstumsrate des HVPI (Mai: 2,6%) weiterhin über dem Zielwert der EZB liegt. Auch die Kerninflationsrate (Mai: 2,9%) ist nach wie vor hoch und legte zuletzt wieder zu. Zugleich hat sich die Wirtschaftstätigkeit im Euro-Raum erstmals wieder belebt, und Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der Erholung hin. Die Verbesserung der Konjunktur geht vor allem auf die Marktdienstleistungen zurück. Zumal die Preise in diesem Sektor nach wie vor den größten Beitrag zum Anstieg des VPI leisten und die erwartete Nachfragebelebung den Preisauftrieb verstärken dürfte, kommt die Leitzinssenkung mit Blick auf die Fundamentaldaten überraschend. Auch wenn die EZB in ihrer Außenkommunikation baldige weitere Lockerungsschritte ausgeschlossen hat, legt die Zinssenkung eine prozyklische Ausrichtung und da-

mit eine Abweichung von einer traditionellen Taylor-Regel nahe.

#### 3.2.2 Makroprudenzielle Politik

In Österreich lag die Kredit-BIP-Lücke im IV. Quartal 2023 mit –16,6 Prozentpunkten weiterhin deutlich unter der kritischen Schwelle von 2 Prozentpunkten. Das Finanzmarktstabilitätsgremium empfahl daher im Juni 2024, den antizyklischen Kapitalpuffer bei 0% der risikogewichteten Aktiva zu belassen.

Generell hat sich die Finanzmarktstabilität zuletzt verbessert. Einerseits nahm die Finanzierungsstabilität heimischer Banken zu. Dies zeigt sich am Kredit-Einlagen-Verhältnis, welches stark sank, zumal einem deutlichen Anstieg der Einlagen eine nur schwache Ausweitung des Kreditvolumens gegenüberstand. Andererseits hat sich mit Blick auf das Auslandsgeschäft der österreichischen Banken die Finanzmarktstabilität aufgrund der beginnenden Konjunkturerholung in den Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas verbessert.

Dem stehen stark reduzierte Risikogewichte von Unternehmenskrediten gegenüber, die wesentlich durch Gewerbeimmobilienkredite geprägt sind. Zudem sind die Preise für Wohnimmobilien rückläufig und erhöhen somit den Verschuldungsgrad der privaten Haushalte. Überdies liegen die Insolvenzen über dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie.

**Die Leitzinssenkung Anfang Juni 2024 legt eine prozyklische Ausrichtung der EZB nahe.**

### Übersicht 3: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	In % des BIP					
<b>Fiskalpolitik</b>						
Finanzierungssaldo des Staates <sup>1)</sup>	– 8,0	– 5,8	– 3,3	– 2,6	– 3,2	– 3,1
Primärsaldo des Staates	– 6,6	– 4,7	– 2,3	– 1,5	– 1,9	– 1,7
Staatseinnahmen	48,8	50,4	49,7	49,4	49,4	49,3
Staatsausgaben	56,8	56,2	53,0	52,0	52,6	52,4
Schuldenstand des Staates <sup>1)</sup>	82,9	82,5	78,4	77,6	78,2	78,9
	In %					
<b>Geldpolitik</b>						
Dreimonatszinssatz	– 0,4	– 0,5	0,3	3,4	3,7	3,4
Sekundärmarktrendite <sup>2)</sup>	– 0,2	– 0,1	1,7	3,1	3,4	3,2

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Laut Maastricht-Definition. – <sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

#### 3.2.3 Fiskalpolitik

Gemäß Notifikation von Ende März ergab sich für 2023 ein deutlich höheres gesamtstaatliches Budgetdefizit als ursprünglich erwartet. Dies hat auch Implikationen für die beiden Prognosejahre: 2024 ergibt sich der Anstieg der Ausgabenquote (+0,6 Prozentpunkte auf 52,6% des BIP) teils aus den im neuen Finanzausgleich beschlossenen Zu-

satzausgaben, zum Teil aber auch als Folge fortwirkender diskretionärer Maßnahmen zur Abmilderung der Energie- und Teuerungskrise. Dazu kommt eine außerordentlich kräftige Anhebung des Klimabonus. Hohe inflationsbedingte Mehrausgaben für Pensionen und valorisierte Sozialleistungen, Vorleistungen und Personalausgaben des Bundes, die erst verzögert auf die hohen Preissteigerungsraten der Vorjahre reagieren, treiben

auch 2024 die Ausgabendynamik. Aufgrund einer gleichzeitig abflachenden Einnahmendynamik wegen der jüngsten Steuerreformen, der allmählich sinkenden Inflation und der schwachen Konjunktur wird die Einnahmenquote konstant bei 49,4% des BIP verbleiben. Somit verschlechtert sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2024 abermals. 2025 dürfte sich die Haushaltslage trotz der günstigeren Konjunktur kaum verbessern, da Energiepakete und Maßnahmen zur Kompensation der Teuerung weiter zu hohen Ausgaben führen. Das

Konjunkturpaket zur Belebung der Bauwirtschaft sowie ein weiteres kommunales Investitionsprogramm belasten ebenfalls die öffentlichen Haushalte.

Ausgehend von  $-2,6\%$  des BIP im Jahr 2023 verschlechtert sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo 2024 auf  $-3,2\%$  und verbessert sich 2025 nur leicht auf  $-3,1\%$  des BIP. Ein ausgeglichener gesamtstaatlicher Haushalt (nach Maastricht-Definition) und ein strukturell nahezu ausgeglichener Haushalt werden somit nicht erreicht.

#### 4. Perspektiven der österreichischen Volkswirtschaft

**Eine vorteilhafte sektorale Struktur der Angebotsseite ermöglicht es der österreichischen Volkswirtschaft, die Rezession in Industrie und Bauwesen durch höhere Zuwächse in den Marktdienstleistungen auszugleichen. Dennoch dürfte die Gesamtwirtschaft 2024 stagnieren und erst 2025 wieder nennenswert wachsen.**

**Vorlaufindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der Industrierezession hin. Der Nachfragemangel ist dabei weiterhin das wichtigste Produktionshemmnis.**

Das Wirtschaftswachstum in Österreich wird sich voraussichtlich nur langsam beschleunigen. Für das Jahr 2024 ist noch keine nennenswerte Konjunkturaufhellung in Sicht. Allerdings gibt es auch keine Anzeichen für ausgeprägtere rezessive Tendenzen der Gesamtwirtschaft, wenngleich die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Mai eine Verschlechterung der Konjunkturschätzungen der Unternehmen zeigen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex verharrte trotz einer leichten Verbesserung der Lagebeurteilungen im pessimistischen Bereich. Der Teilindex zur aktuellen Lage legte in allen Sektoren zu, notierte aber zum Teil auf weit unterdurchschnittlichem Niveau. Die unternehmerischen Erwartungen trübten sich zuletzt wieder ein, insbesondere in der Sachgütererzeugung, wo im Mai per Saldo eine anhaltend schwache Produktionstätigkeit gemeldet wurde. Die Auftragsbestände sind ebenfalls niedrig: Nur rund 52% der Sachgütererzeuger meldeten zumindest ausreichende Auftragsbestände (Vormonat: 51%, Mai 2023: 69%). Die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage blieben unterdurchschnittlich und per Saldo so negativ wie zuletzt während der COVID-19-Pandemie.

Der saisonbereinigte UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex für das verarbeitende Gewerbe bestätigt weitgehend die Einschätzung auf Basis des WIFO-Konjunkturtests. Der Index stieg im Mai zwar an, sein Niveau weist jedoch nach wie vor auf Produktionsrückgänge hin. Überdies trüben die rückläufigen Auftragseingänge weiter den Ausblick.

Das Verbrauchervertrauen ist zuletzt tendenziell gestiegen, aber immer noch unterdurchschnittlich. Auf eine geringe Ausgabenbereitschaft deutet der Teilindex zur erwarteten Arbeitslosigkeit hin, der weiter zulegen und auf überdurchschnittlichem Niveau notiert. Darin spiegelt sich das ausge-

prägte Unsicherheitsgefühl der privaten Haushalte.

Seit der WIFO-Prognose vom März 2024 sind keine wesentlichen makroökonomischen Schocks eingetreten. Allerdings wirken vergangene Schocks weiter nach; inzwischen mehrten sich die Anzeichen, dass der Energiepreisschock des Jahres 2022 und seine Folgeeffekte stärkere Konsequenzen haben als ursprünglich erwartet.

Mit dem Energiepreisschock verteuerte sich ein für heimische Unternehmen wichtiger Produktionsfaktor. Die Folge waren Produktionsrückgänge und ein kräftiger Anstieg der Produzenten- und Verbraucherpreise. Da die kollektivvertraglichen Lohnsteigerungen in Österreich de facto an den vergangenen Pfad der Verbraucherpreise gebunden sind, ergaben sich erhebliche nominelle Lohnerhöhungen, die über den Faktor Arbeit zu einer weiteren deutlichen Kostensteigerung für die Unternehmen führten.

Während die Energiepreise (insbesondere für Erdgas) inzwischen stark zurückgegangen und kein wesentlicher Preistreiber mehr sind, wirken sich die kräftigen Lohnsteigerungen nun umso mehr aus. Im internationalen Vergleich waren die jüngsten Lohnsteigerungen in Österreich vor allem gegenüber Westeuropa hoch. Mittlerweile verdichten sich die Hinweise, dass Österreichs Exportwirtschaft dadurch gegenüber diesen Ländern an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hat<sup>1)</sup> (Abbildung 1). Der WIFO-Konjunkturtest weist seit Mitte 2022 auf eine sehr pessimistische Einschätzung der Wettbewerbsposition hin. Das WKÖ-Wirtschaftsbarometer – die größte Befragung der gewerblichen Wirtschaft Österreichs – ergab im Mai 2024 einen ähnlichen Befund: Exportunternehmen sehen eine Verschlechterung ihrer preislichen Wettbewerbsstellung auf den Auslandsmärkten in den vergangenen zwölf Monaten und erwarten eine weitere Verschlechterung.

<sup>1)</sup> Zur Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit werden eine preisliche und eine nichtpreisliche Dimension unterschieden. Im ersten Fall ist der Preis die einzig relevante Vergleichsgröße. Die nichtpreisliche Wettbe-

werbsfähigkeit berücksichtigt dagegen Faktoren wie z. B. Lieferzeit, Produktqualität oder die Liefertreue in langfristigen Geschäftsbeziehungen.

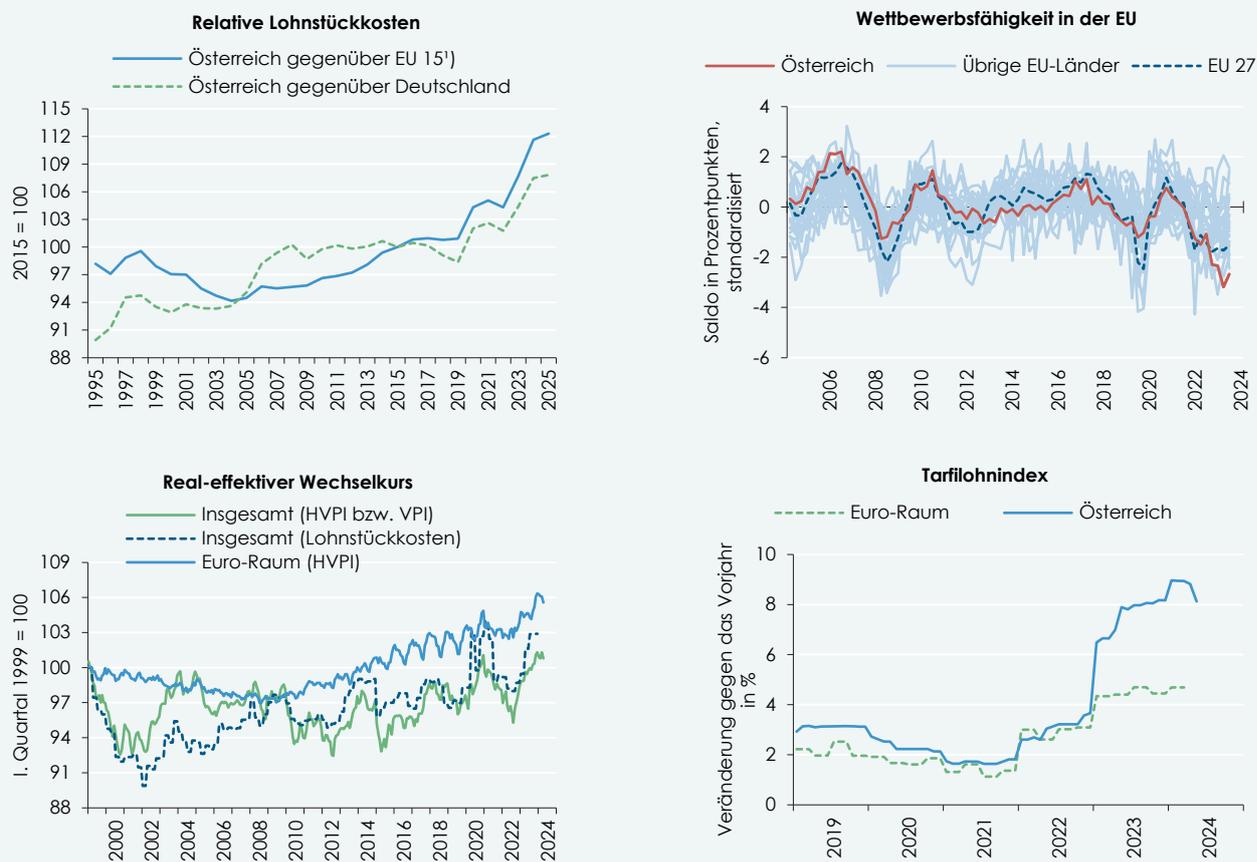
Hauptgrund hierfür sind die hohen Arbeitskosten. Die pessimistischen Einschätzungen der Unternehmen zu ihrer Wettbewerbsposition spiegeln die Aufwertung des real-effektiven Wechselkurses wider. Auch hat sich die österreichische Lohnstückkostenposition relativ zur EU 15 verschlechtert, nicht jedoch gegenüber den südosteuropäischen Ländern.

Die realwirtschaftlichen Konsequenzen hoher Lohnsteigerungen lassen sich in kurz- und mittelfristige Effekte unterteilen. Kurzfristig erschwert der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit den Absatz von Gütern. In anderen Worten tritt eine Nachfrageschwäche nach im Inland produzierten Gütern ein, wodurch die Produktion abnimmt. Dementsprechend beurteilen österreichische Industrieunternehmen die mangelnde Nachfrage als wichtigstes Produktionshemmnis. Darüber hinaus ist gemäß mikroökonomischer Firmentheorie eine Verringerung der Produktion die optimale Reaktion der (gewinnmaximieren-

den) Unternehmen auf eine Preiserhöhung eines Produktionsfaktors. Kräftige Lohnerhöhungen wirken also kurzfristig produktionshemmend.

Dem stehen jedoch positive mittelfristige Effekte gegenüber. Wenn die Löhne relativ zum Ausland deutlicher steigen, erhöht dies die Attraktivität des inländischen Arbeitsmarktes, insbesondere für Fachkräfte. Inländische Fachkräfte wandern nicht ab und ausländische werden angezogen. Dieser Aspekt ist von besonderer Bedeutung, zumal in Österreich der Mangel an Arbeitskräften, insbesondere an Fachkräften, laut Unternehmensbefragungen ein weiteres bedeutendes Produktionshemmnis ist. Hohe Löhne wirken ihm entgegen, insbesondere wenn die Löhne im Inland deutlich über jenen der Herkunftsländer der ausländischen Arbeitskräfte liegen. Aus heutiger Sicht dürften diese positiven Effekte jedoch erst mittelfristig stärker zum Tragen kommen.

Abbildung 2: Indikatoren zur Wettbewerbsposition



Q: Europäische Kommission; EZB; OeNB; Statistik Austria; WIFO; WDS – WIFO-Datensystem, Macrobond. Lohnstückkosten: 2024 und 2025: Prognose. Real-effektiver Wechselkurs: export- und importgewichtet; die Klammern geben an, womit deflationiert wurde. – 1) EU 15 ohne Österreich und Vereinigtes Königreich (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Schweden, Spanien): Prognose der Europäischen Kommission, handelsgewichtet.

Schließlich können hohe Nominallohnzuwächse über Reallohnsteigerungen auch positive Nachfrageeffekte nach sich ziehen.

Der potenzielle Wirkungskanal ist in erster Linie der private Konsum. Allerdings dürfte dieser Effekt im aktuellen Umfeld weitgehend

vernachlässigbar sein, zumal die hohe und weiter zunehmende Unsicherheit auf Verbraucherebene zum Vorsichtssparen ("precautionary saving") anregt und damit die Wirkung kräftiger Reallohnzuwächse auf den privaten Konsum neutralisiert.

#### 4.1 Konjunktur 2024 zweigeteilt

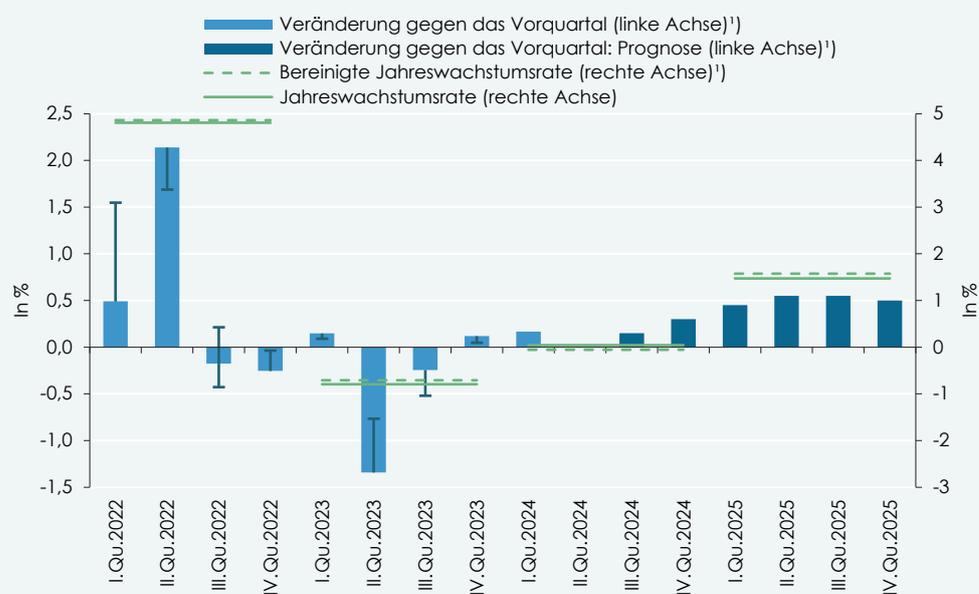
Gemäß den Vorlaufindikatoren hält die Rezession in der Sachgütererzeugung und im Baugewerbe weiter an, wodurch Österreichs Wirtschaftsleistung 2024 trotz der Stabilisierung durch die Marktdienstleistungen stagnieren dürfte (+0,0%, Abbildung 2, Übersicht 1). Die Schwäche in der Industrie dürfte bis Ende 2024 anhalten, zumal die Auftrags-

eingänge weiterhin rückläufig sind. Erst danach wird eine zyklisch bedingte Erholung erwartet. Obwohl die konjunkturellen Schwankungen der Bruttowertschöpfung in der Sachgütererzeugung und den Marktdienstleistungen jeweils ausgeprägt sind, neutralisiert ihr gegenläufiger Verlauf die Auswirkungen auf die BIP-Entwicklung und dämpft die Konjunkturschwankungen in der Gesamtwirtschaft. Die vierteljährlichen Zuwachsraten des BIP sollten sich somit erst 2025 wieder erhöhen und gegen Ende des Prognosezeitraums etwa dem Potenzialwachstum entsprechen. Daraus ergibt sich für das Gesamtjahr 2025 ein Wirtschaftswachstum von 1,5%.

Einer Expansion der Marktdienstleistungen steht 2024 eine anhaltende Rezession in der Industrie und im Bauwesen gegenüber.

Abbildung 3: Konjunktur bild Österreich

BIP, real



Q: WIFO. – 1) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat.

Übersicht 4: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

		2022	2023	2024	2025
Wachstumsüberhang <sup>1)</sup>	Prozentpunkte	+ 2,9	+ 0,2	- 0,4	+ 0,3
Jahresverlaufsrate <sup>2)</sup>	in %	+ 2,2	- 1,3	+ 0,6	+ 2,1
<b>Jahreswachstumsrate</b>	<b>in %</b>	<b>+ 4,8</b>	<b>- 0,8</b>	<b>+ 0,0</b>	<b>+ 1,5</b>
Bereinigte Jahreswachstumsrate <sup>3)</sup>	in %	+ 4,9	- 0,7	- 0,1	+ 1,6
Kalendereffekt <sup>4)</sup>	Prozentpunkte	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,1

Q: WIFO. 2024 und 2025: Prognose. – 1) Effekt der unterjährig Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 2) Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 3) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – 4) Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

## Übersicht 5: Revision der Wachstumsprognose

BIP, real

		2024	2025
WIFO-Konjunkturprognose März 2024	in %	+ 0,2	+ 1,8
Datenrevision <sup>1)</sup>	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,0
Prognosefehler für das I. Quartal 2024 <sup>2)</sup>	Prozentpunkte	+ 0,1	± 0,0
Prognoserevision	Prozentpunkte	- 0,3	- 0,4
<b>WIFO-Konjunkturprognose Juni 2024</b>	<b>in %</b>	<b>+ 0,0</b>	<b>+ 1,5</b>

Q: WIFO. – <sup>1)</sup> Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom März 2024 herangezogen wurde. – <sup>2)</sup> Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom März 2024 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

## Übersicht 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<b>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</b>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,37	4,20	4,20	4,20	+ 6,6	- 3,9	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	72,17	70,18	68,78	70,71	+ 4,3	- 2,7	- 2,0	+ 2,8
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,98	10,39	10,44	10,55	+ 2,2	+ 4,1	+ 0,5	+ 1,0
Bauwirtschaft	18,90	18,75	18,08	18,26	- 1,2	- 0,8	- 3,6	+ 1,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	39,45	37,03	37,18	37,81	+ 2,1	- 6,1	+ 0,4	+ 1,7
Verkehr	18,21	16,94	16,77	16,94	+ 10,9	- 7,0	- 1,0	+ 1,0
Beherbergung und Gastronomie	12,97	13,24	13,51	13,82	+ 55,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,3
Information und Kommunikation	14,30	14,82	15,11	15,42	+ 2,8	+ 3,6	+ 2,0	+ 2,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	15,85	15,81	16,26	16,43	- 1,2	- 0,3	+ 2,9	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,88	32,29	32,29	32,45	+ 2,2	+ 1,3	± 0,0	+ 0,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen <sup>1)</sup>	34,37	34,14	33,96	34,61	+ 3,8	- 0,7	- 0,5	+ 1,9
Öffentliche Verwaltung <sup>2)</sup>	58,22	59,16	60,05	60,65	+ 3,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen <sup>3)</sup>	8,93	9,49	9,72	9,87	+ 18,9	+ 6,3	+ 2,5	+ 1,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>4)</sup>	339,09	336,08	336,02	341,17	+ 5,2	- 0,9	- 0,0	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	380,56	377,54	377,55	383,27	+ 4,8	- 0,8	+ 0,0	+ 1,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – <sup>2)</sup> Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – <sup>3)</sup> Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – <sup>4)</sup> Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

## Übersicht 7: Produktivität

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Gesamtwirtschaft</b>						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 6,6	+ 4,2	+ 4,8	- 0,8	+ 0,0	+ 1,5
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	- 1,9	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,8
Produktion je Erwerbstätigen	- 4,8	+ 1,8	+ 2,0	- 1,7	- 0,5	+ 0,7
Arbeitszeit je Erwerbstätigen <sup>2)</sup>	- 7,0	+ 2,3	- 0,3	- 0,1	- 0,8	+ 0,4
Stundenproduktivität <sup>3)</sup>	+ 2,3	- 0,5	+ 2,3	- 1,6	+ 0,3	+ 0,3
<b>Herstellung von Waren</b>						
Bruttowertschöpfung, real	- 7,3	+ 12,7	+ 4,1	- 2,6	- 2,0	+ 2,8
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	- 1,0	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,3	- 0,6	+ 0,5
Produktion je Erwerbstätigen	- 6,4	+ 12,2	+ 2,8	- 3,8	- 1,4	+ 2,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen <sup>2)</sup>	- 4,9	+ 4,3	- 0,7	- 0,3	- 1,5	± 0,0
Stundenproduktivität <sup>3)</sup>	- 1,6	+ 7,5	+ 3,6	- 3,5	+ 0,1	+ 2,3

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>2)</sup> Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – <sup>3)</sup> Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

## Zur Entkoppelung der Industriewertschöpfung von den Warenexporten

Seit knapp zwei Jahren zeigt sich in Österreich eine Entkoppelung der Entwicklung der Warenexporte (anhaltend leichte Expansion im Vorquartalsvergleich) von jener der Bruttowertschöpfung der Herstellung von Waren (deutliche Rezession). Dies mag überraschen, da dieser Kanal bedeutend für die Übertragung weltweiter Konjunkturschocks auf die österreichische Wirtschaft war. Im Folgenden wird zunächst die in den Daten sichtbare Entkoppelung ökonometrisch untermauert. Im Anschluss werden einige mögliche Erklärungen angeführt.

Es wird folgendes "TVC-ARIMAX"-Modell<sup>1)</sup> geschätzt:

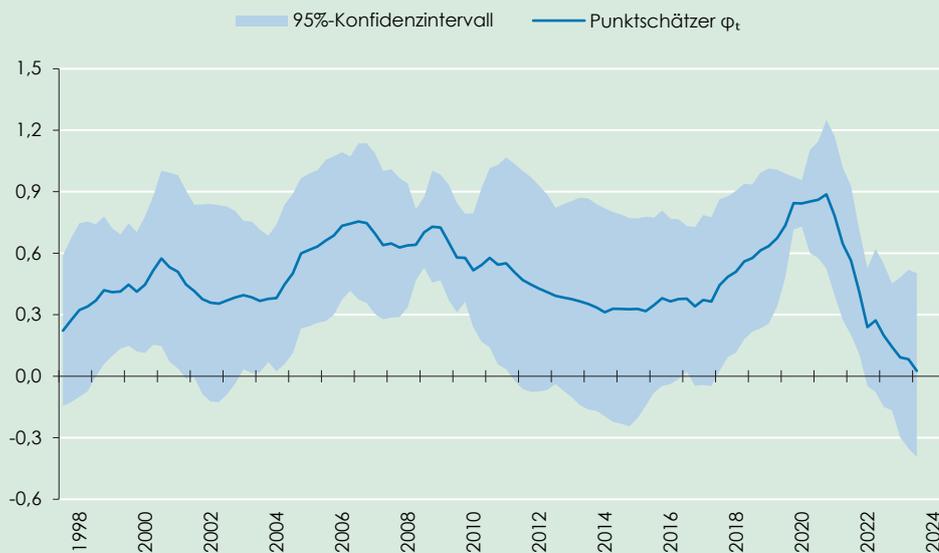
$$(1) \quad \xi(L) BWS_t = \zeta + \varphi_t WExp_{t-j} + \vartheta(L)u_t, \text{ mit } u_t \sim iid(0, \sigma^2)$$

$$(2) \quad \varphi_t = \varphi_{t-1} + \eta_t, \text{ mit } \eta_t \sim iid(0, \varsigma^2),$$

wobei  $BWS_t$  und  $WExp_t$  die Vorjahresveränderungen der Bruttowertschöpfung der Herstellung von Waren bzw. der Warenexporte repräsentieren, und  $\varphi_t$  die Stärke ihres Zusammenhanges<sup>2)</sup>. Abbildung 3 stellt den zeitlichen Verlauf des Parameters  $\varphi_t$  gemeinsam mit einem 95%-Konfidenzintervall dar (basierend auf  $j = 0$ ). Es zeigt sich ein für lange Zeit positiver, statistisch signifikanter und vergleichsweise stabiler Zusammenhang. Jedoch bricht er am Ende zusammen. Nicht bloß büßt der Zusammenhang an Signifikanz ein, auch sinkt der Punktschätzer für  $\varphi_t$  auf ein bedeutungsloses Niveau.

### Abbildung 4: Bruttowertschöpfung in der Herstellung von Waren und Warenexporte

Zusammenhang zwischen den jeweiligen Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr



Q: WIFO-Berechnungen.

Es stellt sich die Frage, woraus Warenexportzuwächse bei rückläufiger Industrieproduktion gespeist werden. Eine mögliche Erklärung ist ein Lagerabbau. Allerdings waren die Lagerbestände an Fertigwaren gemäß WIFO-Konjunkturtest und UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex bereits Mitte 2022 weitgehend abgebaut und fallen somit als mögliche Erklärung weg.

Eine alternative Erklärung bietet das Bauwesen. Die Bauinvestitionen sind seit über zwei Jahren rückläufig. Die benötigten Vorprodukte entstammen vor allem dem Bereich "Vorleistungen" der Herstellung von Waren. Unternehmensumfragen zeigen für dieses Segment über sämtliche Teilindikatoren eine deutlich schlechtere Lage als für die Investitions- und Konsumgüterindustrie. Nicht zuletzt weisen die Input-Output-Tabellen auf eine starke Abhängigkeit der Industrie vom Baugewerbe hin. Demgemäß dämpft ein Rückgang der Bauinvestitionen um 1% die Bruttowertschöpfung in der Herstellung von Waren um 0,1%. Der Einbruch der Bauinvestitionen um knapp 5% im Jahr 2023 ergibt so eine Schrumpfung der Industrieproduktion um 0,5%. Dementsprechend erlitten Industriezweige, die stark mit dem Bauwesen verflochten sind, wie die Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (ÖNACE 2008, Abteilung C23), die Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (C16) oder die Herstellung von Metallerzeugnissen (C23), 2023 die stärksten Produktionsrückgänge (gemäß Industrieproduktionsindex von Statistik Austria). Der Wirkungskanal über das Bauwesen erklärt zwar nicht das volle Ausmaß der Industrierezession bei gleichzeitiger Expansion des Warenexports, bietet jedoch eine teilweise Erklärung. Dies gilt umso mehr, als die Energiepreisschocks der vergangenen Jahre die energieintensive Bauzulieferindustrie besonders hart getroffen haben.

<sup>1)</sup> TVC-ARIMAX: "Time-varying Coefficient"- und "Autoregressive Integrated Moving Average"-Modell mit exogener Variable X. – <sup>2)</sup>  $\xi(L)$  und  $\vartheta(L)$  sind Verzögerungspolynomfunktionen,  $\zeta, \sigma, \varsigma$  sind konstante Parameter und  $\varphi_t$  stellt einen zeitlich variierenden Parameter dar. Er zeigt die Stärke des Zusammenhangs zwischen den Exporten und der Wertschöpfung in der Herstellung von Waren. Gleichung (2) legt die stochastischen Eigenschaften des zeitlich variierenden Parameters  $\varphi_t$  fest. Das Modell wird auf Basis von Quartalsdaten geschätzt.

Das zugrunde liegende Quartalsmuster impliziert, dass die Schwächephase, die im Sommer 2022 eingesetzt hatte, auch im 2. Halbjahr 2024 noch anhalten wird, womit sie insgesamt rund zweieinhalb Jahre dauern würde. Während 2023 die negative Jahresverlaufsrate zum BIP-Rückgang beitrug, resultiert die Stagnation 2024 im Wesentlichen aus der höheren Jahresverlaufsrate bei gleichzeitig negativem Wachstumsüberhang aus dem Vorjahr. 2025 dürften dann sowohl eine hohe Jahresverlaufsrate als auch ein Wachstumsüberhang aus 2024 zu

einer positiven Jahreswachstumsrate führen (Übersicht 1).

Aufgrund des BIP-Rückgangs im Jahr 2023 und der Stagnation im laufenden Jahr erwartet das WIFO für 2024 eine negative Produktionslücke (Outputlücke). 2025 liegt das erwartete BIP-Wachstum nur geringfügig über dem Potenzialwachstum von rund 0,8%. Daher dürfte sich die Produktionslücke zwar verkleinern, aber bis Ende 2025 nicht schließen. Die Unterauslastung der Produktionsfaktoren hält somit weiter an und sollte zur Inflationsabschwächung beitragen.

## Übersicht 8: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2022	2023	2024	2025	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				2022	2023	2024	2025
Konsumausgaben insgesamt	269,00	268,54	270,88	274,99	+ 4,0	- 0,2	+ 0,9	+ 1,5
Private Haushalte <sup>1)</sup>	192,28	191,92	194,03	197,52	+ 5,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,8
Staat	76,73	76,64	76,87	77,48	+ 0,0	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8
Bruttoinvestitionen	98,08	92,09	89,48	91,57	- 0,7	- 6,1	- 2,8	+ 2,3
Bruttoanlageinvestitionen	93,02	91,84	89,62	91,52	+ 0,1	- 1,3	- 2,4	+ 2,1
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	29,78	29,51	28,03	28,59	- 0,4	- 0,9	- 5,0	+ 2,0
Bauten	39,49	37,63	36,05	36,45	- 2,0	- 4,7	- 4,2	+ 1,1
Sonstige Anlagen <sup>3)</sup>	23,90	25,14	26,15	27,19	+ 5,0	+ 5,2	+ 4,0	+ 4,0
Inländische Verwendung	367,39	359,74	359,45	365,65	+ 2,9	- 2,1	- 0,1	+ 1,7
Exporte	234,54	233,97	235,63	241,57	+ 11,2	- 0,2	+ 0,7	+ 2,5
Reiseverkehr	13,11	14,38	14,61	14,92	+ 96,2	+ 9,7	+ 1,6	+ 2,1
Minus Importe	221,75	216,60	217,90	224,31	+ 7,9	- 2,3	+ 0,6	+ 2,9
Reiseverkehr	8,21	9,98	10,07	10,13	+ 57,0	+ 21,5	+ 1,0	+ 0,6
Bruttoinlandsprodukt	380,56	377,54	377,55	383,27	+ 4,8	- 0,8	+ 0,0	+ 1,5
Nominell	447,22	478,19	498,77	519,49	+ 10,4	+ 6,9	+ 4,3	+ 4,2

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme. – <sup>3)</sup> Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

### 4.2 Auslandsnachfrage zieht an

Die Auslandsnachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen dürfte im Jahr 2024 mit der Erholung der internationalen Konjunktur wieder etwas anziehen. Der größte Wachstumsbeitrag zu den Exporten insgesamt wird von den Warenexporten ausgehen, wenngleich der Reiseverkehr am stärksten expandieren wird. Kennzeichnend für das gegenwärtige Umfeld ist jedoch, dass die positiven Konjunkturimpulse aus dem Warenexport keine gleichwertigen Impulse in der Industriewertschöpfung auslösen, wie dies in früheren Jahren der Fall war. Bereits 2023 stand einer Expansion der Warenexporte um 0,7% ein Rückgang der Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung um 2,6% gegenüber. Diese gegenläufige Entwicklung dürfte sich 2024 weiter fortsetzen (Näheres siehe Kasten "Zur Entkoppelung der Industriewertschöpfung von den Warenexporten")<sup>2)</sup>.

Die Importe dürften 2024 um 0,6% zulegen, getrieben durch den privaten Konsum und die Exporte. Damit ergibt sich rein rechnerisch ein positiver Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum BIP. 2025 wird dieser hingegen negativ ausfallen, da sich die Investitionen, die einen hohen Importgehalt aufweisen, erholen werden.

### 4.3 Inlandsnachfrage fasst nur langsam Triff

Unter den Komponenten der Inlandsnachfrage sticht auch 2024 der deutliche Rückgang der Investitionen hervor. Einschränkungen der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sind eine Folge der anhaltenden Rezession in der Industrie sowie des merklichen Schrumpfens der Kapitaleinkommen, auf das die Geschäftslageindikatoren des WIFO-Konjunkturtests bereits seit längerem hindeuten. Der aktuelle WKÖ-Wirtschaftsbarometer vom Mai 2024 bestätigt die Investitionszurückhaltung der Unternehmen. Der Anteil der Unternehmen, die neue Investitionen planen, liegt im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt

<sup>2)</sup> Verfasser dieses Abschnittes sind Werner Hölzl, Michael Klien und Christian Glocker.

auf einem niedrigen Niveau. Demgegenüber dürften die Investitionen in immaterielle Anlagegüter auch 2024 weiter expandieren.

Der private Konsum wird 2024 nur moderat und 2025 kräftiger wachsen. Der Konsumpfad wird wesentlich von der Ausrichtung der Geldpolitik geprägt und entspricht damit den Implikationen einer Euler-Gleichung. Das hohe Zinsniveau veranlasst die privaten Haushalte zu Ersparnisbildung und somit zu einem Aufschub des Konsums. Eine Verschiebung des Konsums in die Zukunft wird auch durch die hohe Unsicherheit begünstigt, die zum Vorsichtssparen anregt.

Dies zeigt sich u. a. in den hohen Zuwächsen der Spareinlagen bei inländischen Banken. Das verstärkte Sparen dürfte vor allem 2024 die konsumbelebende Wirkung der kräftigen Reallohnzuwächse ausgleichen; die Expansion des Konsums ist im laufenden Jahr somit in erster Linie eine Folge des Beschäftigungsanstiegs. Der für 2025 prognostizierte Anstieg der Konsumausgaben ist auf die deutliche Beschäftigungsausweitung, die anhaltende Lockerung der Geldpolitik und die (erwartete) Abnahme der Unsicherheit zurückzuführen. Letztere dämpft die Bereitschaft zur Ersparnisbildung und ermöglicht damit eine stärkere Expansion des privaten Konsums.

#### Übersicht 9: Konsum, Einkommen und Preise

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	- 8,5	+ 4,2	+ 5,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,8
Dauerhafte Konsumgüter	- 2,6	+ 3,7	- 0,3	- 5,5	± 0,0	+ 1,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	- 9,2	+ 4,3	+ 6,3	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	- 2,8	+ 1,8	+ 3,3	- 0,5	+ 2,8	+ 2,2
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	13,2	11,2	9,2	9,0	10,4	10,7
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	12,7	10,6	8,5	8,3	9,8	10,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 3,7	+ 6,6	+ 5,0	+ 0,7	+ 2,5	+ 2,8
Verbraucherpreise						
National	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,4	+ 2,5
Harmonisiert	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,7	+ 3,4	+ 2,5
Kerninflation <sup>2)</sup>	+ 2,0	+ 2,3	+ 5,1	+ 7,3	+ 4,1	+ 2,6

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

**Die Praxis, die Nominallohnerhöhungen an den Preissteigerungen der Vorperiode zu orientieren, ermöglicht im Prognosezeitraum kräftige Reallohnzuwächse.**

#### 4.4 Kräftige Reallohnzuwächse erwartet

Seit dem Frühjahr 2023 sind in Österreich eine Abschwächung der Verbraucherpreisinflation und eine Deflation bei den Produzentenpreisen beobachtbar. Beides dürfte sich gemäß den Vorlaufindikatoren zu den Einkaufs- und Verkaufspreiserwartungen (laut WIFO-Konjunkturtest und UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex) fortsetzen. Lediglich im Bereich nichtdauerhafter Konsumgüter mehrten sich die Anzeichen für eine gegenläufige Entwicklung. Dennoch erwartet das WIFO im Prognosezeitraum bei allen Preismaßen deutlich geringere Anstiege als noch 2022 und 2023. Die Inflation der im

Inland produzierten Güter und Dienstleistungen wird sich in beiden Prognosejahren spürbar auf 4,3% (2024) bzw. 2,6% (2025) abschwächen (2023 +7,8%; gemäß BIP-Deflator). In der Erwartung, dass im Prognosezeitraum kein weiterer Schock der relativen Außenhandelspreise (Terms-of-Trade) eintritt, sollte die Verbraucherpreisentwicklung wieder stärker dem BIP-Deflator folgen. Gemäß VPI dürfte die Teuerung 2024 bei rund 3,4% liegen und sich im Folgejahr weiter auf 2,5% abschwächen. Dazu sollte neben moderaten Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Industriegütern auch die Preisentwicklung in den Dienstleistungen beitragen.

## Übersicht 10: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf <sup>1)</sup>						
Nominell, brutto	+ 2,2	+ 2,7	+ 4,7	+ 7,8	+ 7,8	+ 3,7
Real <sup>2)</sup>						
Brutto	+ 0,8	- 0,1	- 3,6	- 0,0	+ 4,2	+ 1,2
Netto	+ 1,6	- 0,9	- 2,9	+ 0,8	+ 4,7	+ 1,3
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde <sup>3)</sup>						
Real <sup>2)</sup> , netto	+ 9,5	- 3,9	- 2,6	+ 0,7	+ 5,5	+ 1,2
	In %					
Lohnquote, bereinigt <sup>4)</sup>	62,9	62,5	62,1	63,3	66,3	66,9
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten <sup>5)</sup> , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 7,6	- 0,1	+ 2,5	+ 9,5	+ 8,2	+ 3,3
Herstellung von Waren	+ 6,2	- 7,6	+ 2,2	+11,7	+10,2	+ 1,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren <sup>6)</sup>						
Nominell	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,8
Real	+ 1,7	+ 0,2	- 1,8	+ 3,4	+ 1,2	+ 0,7

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – <sup>2)</sup> Deflationiert mit dem VPI. – <sup>3)</sup> Laut VGR. – <sup>4)</sup> Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). – <sup>5)</sup> Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – <sup>6)</sup> Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht dürfte vor allem die negative Outputlücke, die für sich genommen eine ausgeprägte Unterauslastung widerspiegelt, einen wichtigen Beitrag zur weiteren Verlangsamung der Inflation leisten. Dem stehen allerdings Kostensteigerungen infolge der zuletzt hohen Nominallohnzuwächse gegenüber. Die Lohnsteigerungen werden in beiden Prognosejahren über der laufenden Inflationsrate liegen, wodurch sich kräftige Reallohnzuwächse ergeben (2024 +4,2%, 2025 +1,2%; brutto).

### 4.5 Weiterer Anstieg der Beschäftigung bei zunehmender Arbeitslosigkeit

Das Arbeitskräfteangebot wird im gesamten Prognosezeitraum trotz der Konjunkturabschwächung weiter zunehmen. Dafür sind mehrere Faktoren verantwortlich: Der Anstieg der Erwerbsquote älterer Arbeitskräfte, u. a. aufgrund vergangener Pensionsreformen<sup>3)</sup>, erhöht das inländische Arbeitskräfteangebot. Zugleich ist mit einer weiteren Steigerung des Angebotes ausländischer Arbeitskräfte zu rechnen, vor allem aus EU-Ländern, aber auch aus der Ukraine.

2024 wird die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten insgesamt um 0,4% höher sein als im Vorjahr, 2025 wird der Anstieg mit +0,9% etwas stärker ausfallen (2023 1,2%). Der Beschäftigungszuwachs wird 2024 nicht

ausreichen, um angesichts der Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. 2023 betrug die Arbeitslosenquote laut nationaler Berechnung 6,4%. Für 2024 zeichnet sich ein Anstieg auf 6,9% ab, für 2025 wird eine Quote von 6,7% prognostiziert.

### 4.6 Indikatoren zur Nachhaltigkeit

Die Konjunkturschwäche wirkt sich spürbar auf die Nachhaltigkeitsindikatoren aus. Der Indikator zum Armutsgefährdungsrisiko stieg bereits 2023 deutlich an, wird 2024 abermals zulegen und 2025 stagnieren. Überdies laufen 2024 viele einkommensstützende Maßnahmen (u. a. Einmalzahlungen für Pensionist:innen, Teuerungsabsetzbetrag, Wohn- und Heizkostenzuschuss) aus. Der Anteil der zielgerichteten Instrumente am Gesamtvolumen der Maßnahmen, die im Rahmen der ökologischen Steuerreform sowie der Teuerungs- und Energiekrise ergriffen wurden, sinkt 2024 ebenfalls merklich gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig gewinnen der Klimabonus, der Ausgleich der kalten Progression und die Tarifstufensenkung, die breiten Einkommenschichten zugutekommen, an Gewicht. Letztere erhöhen teilweise die Einkommensungleichheit.

**Die Konjunkturschwäche dämpft den Beschäftigungsaufbau. Da das Arbeitskräfteangebot weiter wächst, steigt 2024 die Arbeitslosigkeit.**

<sup>3)</sup> Die Beschäftigungsquote wird vor allem aufgrund der ab 2024 beginnenden, schrittweisen Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters der Frauen leicht ansteigen. Erhöhend wirken auch die kontinu-

ierliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und das Nachrücken besser ausgebildeter Kohorten (ein höheres Ausbildungsniveau geht im Durchschnitt mit einer höheren Erwerbsbeteiligung einher).

Die Treibhausgasemissionen dürften 2024 aufgrund der schwachen Konjunktur sinken, da insbesondere in energieintensiven Branchen die Wertschöpfung zurückgeht. Der Heizenergiebedarf dürfte aufgrund des milden Jahresbeginns auch bei einem durchschnittlichen Winter 2024/25 auf dem Niveau des Vorjahres verharren. Im Jahr 2025 führen

zwei gegenläufige Trends zu einer Stagnation der Emissionen. Einerseits wird die Energienachfrage aufgrund der günstigeren Konjunktur zulegen. Andererseits bewirkt die fortschreitende Dekarbonisierung des Energiesystems einen weiteren Rückgang der Emissionen.

## Übersicht 11: Arbeitsmarkt

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<b>Nachfrage nach Arbeitskräften</b>						
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)</sup>	- 76,6	+ 96,9	+ 116,2	+ 47,2	+ 15,0	+ 39,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)</sup>	- 76,1	+ 90,4	+ 110,2	+ 44,8	+ 14,0	+ 35,0
Inländische Arbeitskräfte	- 53,9	+ 28,1	+ 22,9	- 9,0	- 13,0	- 7,0
Ausländische Arbeitskräfte	- 22,2	+ 62,4	+ 87,4	+ 53,8	+ 27,0	+ 42,0
Selbständige <sup>2)</sup>	- 0,5	+ 6,5	+ 6,0	+ 2,4	+ 1,0	+ 4,0
<b>Angebot an Arbeitskräften</b>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 9,9	+ 5,4	+ 48,6	+ 36,9	- 0,2	- 18,2
Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	+ 31,7	+ 19,0	+ 47,6	+ 54,9	+ 36,0	+ 34,0
<b>Überhang an Arbeitskräften</b>						
Arbeitslose (laut AMS)	+ 108,3	- 77,9	- 68,6	+ 7,7	+ 21,0	- 5,0
Personen in Schulung	- 4,9	+ 13,2	- 0,8	+ 1,0	+ 4,0	- 3,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) <sup>4)</sup>	6,0	6,2	4,8	5,1	5,2	5,1
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	8,9	7,2	5,6	5,7	6,1	6,0
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	9,9	8,0	6,3	6,4	6,9	6,7
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)</sup>	- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,9
Arbeitslose (laut AMS)	+ 35,9	- 19,0	- 20,7	+ 2,9	+ 7,8	- 1,7
Stand in 1.000	409,6	331,7	263,1	270,8	291,8	286,8

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>2)</sup> Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – <sup>3)</sup> Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – <sup>4)</sup> Labour Force Survey.

## 5. Das Risikoumfeld

Die hier vorgestellte Projektion beschreibt das aus heutiger Sicht unter den getroffenen Annahmen wahrscheinlichste Szenario für die Wirtschaftsentwicklung. Die tatsächliche Entwicklung kann allerdings aufgrund einer Vielzahl von Faktoren davon abweichen.

Zu den Abwärtsrisiken zählen nach wie vor geopolitische Spannungen und Unsicherheiten. So könnte insbesondere die Verschärfung bestehender militärischer Konflikte das Angebot an Energierohstoffen auf dem Weltmarkt und die Lieferketten beeinträchtigen. Dadurch könnten die Importpreise für Energie und andere Güter steigen, was zu einem weiteren deutlichen Preisanstieg in Österreich führen und die Konjunktur belasten würde. Eine Eskalation von Handelskonflikten oder eine Beschleunigung der geo-

politischen Fragmentierung hätte ähnliche Auswirkungen. Ein Risiko für die Inflationsabschwächung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit birgt ein weiterer, unerwartet kräftiger Anstieg der Energiepreise und der Löhne. Andererseits könnten sich die Gewinnmargen als persistenter erweisen und somit den Preisdruck länger hoch halten.

Dem stehen jedoch auch Aufwärtsrisiken gegenüber. Vor allem in der kurzen Frist könnte es zu einer stärkeren Belebung des privaten Konsums und der Unternehmensinvestitionen kommen. Der private Konsum könnte rascher steigen als angenommen, wenn Vorsichtsmotive schneller an Bedeutung verlieren. Falls sich die Stimmung der Unternehmen deutlich früher aufhellt als erwartet, würden sich auch die Unternehmensinvestitionen

titionen rascher erholen. In Summe würden diese Faktoren die Auslastung der Wirtschaft begünstigen. Insbesondere bei einer stärkeren

Belebung der inländischen Nachfrage bliebe dadurch auch der Inflationsdruck hartnäckiger als angenommen.

## Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

**Rückfragen:** [astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at), [christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at), [martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)

### Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

### Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres ( $t_0$ ) auf die Veränderungsrate des Folgejahres ( $t_1$ ). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres  $t_1$ , wenn das BIP im Jahr  $t_1$  auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres  $t_0$  (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

### Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

### Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

### Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

### WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

### Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

### Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

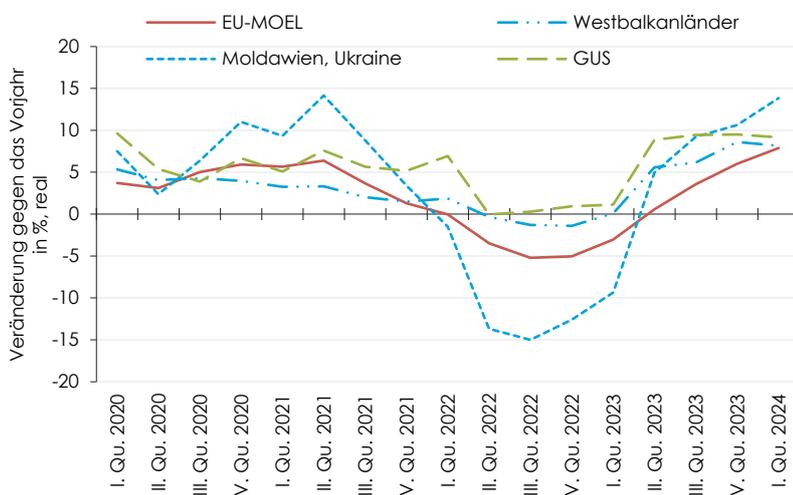
Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

# Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotzen der Konjunkturflaute im Euro-Raum

Vasily Astrov, Olga Pindyuk (wiiw)

- Die wirtschaftliche Erholung in den meisten Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) hat zuletzt an Fahrt gewonnen. Dies ist vor allem dem Rückgang der Inflation, dem Anstieg der Reallöhne und dem Erstarren des privaten Konsums zu verdanken.
- Gleichzeitig leiden die Industrie und die Exporte vieler Länder Mitteleuropas und des Westbalkans nach wie vor unter der Konjunkturschwäche in Deutschland.
- Die Lockerung der Geldpolitik konnte in den meisten MOSOEL nicht mit der Inflationsverlangsamung Schritt halten, was einen Anstieg der Realzinsen zur Folge hatte. Mittlerweile liegen sie fast überall im positiven Bereich.
- Die Haushaltsdefizite nehmen in vielen Ländern der Region weiter zu. Nach der Wiedereinführung der Maastricht-Kriterien im Juli 2024 droht neben Rumänien auch Ungarn, Polen und der Slowakei ein "Verfahren bei einem übermäßigen Defizit".
- Für die MOSOEL insgesamt wird für 2024 ein Wirtschaftswachstum von 3,1% prognostiziert. Es entspräche in etwa dem Zuwachs von 2023.

## Durchschnittliche Bruttomonatslöhne



**"Während die Finanzierungskosten in den meisten MOSOEL hoch bleiben, wird die Erholung der Wirtschaft durch eine expansive Fiskalpolitik unterstützt. Die Haushaltsdefizite nehmen in vielen Ländern weiter zu, was zum Teil auf die anstehenden Wahlen und die hohen Militärausgaben zurückzuführen ist."**

Der Rückgang der Inflation trug zu einer deutlichen Erholung der Reallöhne bei (Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat, wiiw. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. Westbalkanländer: ohne Kosovo. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland. Türkei: keine Daten verfügbar).

# Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotzen der Konjunkturlaute im Euro-Raum

Vasily Astrov, Olga Pindyuk (wiiw)

## Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotzen der Konjunkturlaute im Euro-Raum

Die wirtschaftliche Erholung in den meisten Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) hat zuletzt vor allem dank des Rückgangs der Inflation, des Anstiegs der Real-löhne und des verstärkten privaten Konsums an Fahrt gewonnen. Gleichzeitig leiden die Industrie und die Exporte vieler Länder, vor allem in Mitteleuropa und auf dem Westbalkan, nach wie vor unter der Konjunkturschwäche in Deutschland. Während die Finanzierungskosten generell hoch bleiben, wird die Erholung durch eine expansive Fiskalpolitik unterstützt, wodurch die Haushaltsdefizite in vielen Ländern der Region weiter zunehmen werden. Für die MOSOEL insgesamt wird für 2024 ein Wirtschaftswachstum von 3,1% prognostiziert. Damit wäre es ähnlich hoch wie 2023. Die erwartete Wachstumsbeschleunigung in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern (EU-MOEL) und auf dem Westbalkan dürfte durch die Verlangsamung in anderen MOSOEL weitgehend ausgeglichen werden.

**JEL-Codes:** E20, E21, E23, E24, E31, E5, E62, H60, J20, J30, O47, O52, O57, P24, P27, P52 • **Keywords:** MOSOEL, Wirtschaftsprognose, Mittel- und Osteuropa, Westbalkan, GUS, Wirtschaftswachstum, Inflation, Geldpolitik, Fiskalpolitik, Löhne, Militärausgaben, Aufbau- und Resilienzfähigkeit

**Begutachtung:** Richard Grieveson, Branimir Jovanovic, Doris Hanzl-Weiß (wiiw) • **Wissenschaftliche Assistenz:** Alexandra Bykova ([bykova@wiiw.ac.at](mailto:bykova@wiiw.ac.at)), Beate Muck ([muck@wiiw.ac.at](mailto:muck@wiiw.ac.at)) • Daten und Rahmenbedingungen berücksichtigt bis 13. 6. 2024, Text abgeschlossen am 10. 7. 2024

**Kontakt:** Vasily Astrov ([astrov@wiiw.ac.at](mailto:astrov@wiiw.ac.at)), Olga Pindyuk ([pindyuk@wiiw.ac.at](mailto:pindyuk@wiiw.ac.at))

## Central, Eastern and South Eastern Europe Defies the Economic Slump in the Euro Area

The economic recovery in most countries in Central, Eastern and South Eastern Europe (CESEE) has recently gained momentum, primarily thanks to the fall in inflation, the rise in real wages and increased private consumption. At the same time, industry and exports in many countries, particularly in Central Europe and the Western Balkans, continue to suffer from the economic downturn in Germany. While financing costs generally remain high, the recovery is being supported by an expansive fiscal policy, which will further increase budget deficits in many countries in the region. Economic growth of 3.1 percent is forecast for the CESEE region as a whole in 2024. The expected acceleration in growth in the Central and Eastern European EU member countries (EU-CEE) and the Western Balkans is likely to be largely offset by the slowdown in other CESEE countries.

## 1. Wirtschaftswachstum gewinnt dank des privaten Konsums an Fahrt

2023 war für die mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder (MOSOEL) ein schwieriges Jahr. In vielen dieser Volkswirtschaften kam die Konjunktur kaum in Schwung. Besonders schlecht schnitten die baltischen Länder ab, deren Wirtschaft das gesamte Jahr hindurch kontinuierlich schrumpfte (Übersicht 1). Dies war einerseits der Konjunkturlaute in Skandinavien und andererseits dem Einbruch der Billigimporte aus Russland und Weißrussland infolge des Ukraine-Krieges zuzuschreiben. Die meisten Visegrád-Länder, die durch die Rezession auf ihrem wichtigsten Exportmarkt Deutschland in Mitleidenschaft gezogen wurden, verzeichneten 2023 ebenfalls eine Rezession bzw. Stagnation. Die beiden Ländergruppen wurden im vergangenen Jahr zudem überproportional von der hohen Inflation getroffen, die zur Schwächung des privaten Konsums beitrug. Wesentlich dynamischer entwickelte sich die Wirtschaft der

Westbalkanländer sowie der südosteuropäischen EU-Mitgliedsländer Rumänien, Bulgarien und Kroatien.

Eine deutliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten 2023 nur die GUS-Länder und die Ukraine. In der Ukraine, die 2022 fast ein Drittel ihres BIP eingebüßt hatte – zum Teil aufgrund der Gebietsverluste an Russland –, erholte sich die Wirtschaft im zweiten Jahr des Krieges teilweise, vor allem dank der beträchtlichen ausländischen Hilfe sowie einer hohen wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit. Im Falle der GUS war das lebhaftere BIP-Wachstum deshalb möglich, weil Russland in der Lage war, seine Wirtschaft in den Kriegsmodus zu versetzen und die meisten westlichen Sanktionen zu umgehen. In Kasachstan wirkte vor allem ein rasanter Anstieg der Investitionen konjunkturbelebend.

## Übersicht 1: Wirtschaftswachstum und Verbraucherpreisinflation

	Bruttoinlandsprodukt, real					Verbraucherpreise				
	2022	2023	2024	2025	2026	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
EU-Länder in Ostmitteleuropa <sup>1)</sup>	+ 4,3	+ 0,6	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 13,5	+ 10,9	+ 4,1	+ 3,3	+ 2,9
Bulgarien	+ 3,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,0	+ 3,0	+ 3,0
Tschechien	+ 2,4	- 0,3	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,7	+ 14,8	+ 12,0	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2
Estland	- 0,5	- 3,0	+ 0,2	+ 3,2	+ 3,6	+ 19,4	+ 9,1	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,1
Kroatien	+ 7,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,0	+ 10,7	+ 8,4	+ 3,7	+ 2,9	+ 2,5
Ungarn	+ 4,6	- 0,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,9	+ 15,3	+ 17,0	+ 4,5	+ 3,8	+ 3,5
Litauen	+ 2,4	- 0,3	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,6	+ 18,9	+ 8,7	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,5
Lettland	+ 3,0	- 0,3	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 17,2	+ 9,1	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,7
Polen	+ 5,6	+ 0,2	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,3	+ 13,2	+ 10,9	+ 4,5	+ 3,5	+ 2,8
Rumänien	+ 4,1	+ 2,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,6	+ 12,0	+ 9,7	+ 5,6	+ 4,0	+ 3,5
Slowenien	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6	+ 9,3	+ 7,2	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,2
Slowakei	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,6	+ 12,1	+ 11,0	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,4
Euro-Raum <sup>2)</sup>	+ 3,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 8,4	+ 5,4	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,0
EU 27 <sup>2)</sup>	+ 3,4	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 9,2	+ 6,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2
Westbalkanländer <sup>1)</sup>	+ 3,4	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,6	+ 11,7	+ 9,0	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,5
Albanien	+ 4,9	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,8	+ 6,6	+ 5,3	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,4
Bosnien und Herzegowina	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,4	+ 14,0	+ 6,1	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,0
Montenegro	+ 6,4	+ 6,0	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,5	+ 11,9	+ 8,7	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,5
Nordmazedonien	+ 2,2	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,8	+ 14,0	+ 9,0	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,5
Serbien	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,7	+ 11,7	+ 12,1	+ 4,5	+ 3,5	+ 2,8
Kosovo	+ 4,3	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,9	+ 11,6	+ 4,9	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,2
Neue EU-Beitrittskandidaten <sup>1)</sup>	- 26,8	+ 4,9	+ 2,7	+ 4,0	+ 4,5	+ 20,9	+ 12,9	+ 6,3	+ 7,3	+ 5,9
Moldawien	- 28,8	+ 5,3	+ 2,7	+ 4,0	+ 4,5	+ 20,2	+ 12,9	+ 6,5	+ 7,5	+ 6,0
Ukraine	- 4,6	+ 0,7	+ 3,0	+ 3,5	+ 4,0	+ 28,7	+ 13,4	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,0
Türkei	+ 5,5	+ 4,5	+ 3,4	+ 4,0	+ 4,5	+ 72,3	+ 54,0	+ 59,0	+ 31,0	+ 26,0
GUS <sup>1)</sup>	- 0,9	+ 3,8	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 13,9	+ 6,8	+ 7,3	+ 4,8	+ 4,0
Weißrussland	- 4,7	+ 3,9	+ 3,5	+ 2,3	+ 2,5	+ 15,2	+ 5,1	+ 8,0	+ 7,0	+ 6,0
Kasachstan	+ 3,2	+ 5,1	+ 4,2	+ 4,9	+ 4,9	+ 15,0	+ 14,7	+ 8,3	+ 6,0	+ 5,8
Russland	- 1,2	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,5	+ 13,8	+ 5,9	+ 7,2	+ 4,6	+ 3,7
Visegrád-Länder <sup>1)</sup>	+ 4,5	+ 0,1	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 13,6	+ 11,8	+ 3,9	+ 3,3	+ 2,8
Baltische Länder <sup>1)</sup>	+ 1,9	- 0,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,9	+ 18,6	+ 8,9	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5
Südosteuropäische Länder <sup>1)</sup>	+ 4,5	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,4	+ 12,0	+ 9,3	+ 5,0	+ 3,7	+ 3,3
Westbalkanländer und neue EU-Beitrittskandidaten <sup>1)</sup>	- 14,2	+ 4,0	+ 2,9	+ 3,7	+ 4,1	+ 17,0	+ 11,3	+ 5,2	+ 5,5	+ 4,5
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa <sup>1)</sup>	- 0,1	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,4	+ 32,3	+ 21,8	+ 23,2	+ 13,0	+ 10,9
MOSOEL insgesamt <sup>1)</sup>	+ 1,3	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,3	+ 26,6	+ 18,5	+ 17,4	+ 10,1	+ 8,5

Q: wiiw, Eurostat. 2024 bis 2026: wiiw-Prognosen. Stichtag für historische Daten und Prognosen: 13. 6. 2024. - <sup>1)</sup> wiiw-Schätzung. - <sup>2)</sup> wiiw-Prognosen.

Im I. Quartal 2024 entwickelten sich die MOSOEL deutlich günstiger als in den Vorquartalen. Nur in fünf Ländern – Weißrussland, Tschechien, Kroatien, Kasachstan und Slowenien – verlangsamte sich das BIP-Wachstum (Abbildung 1). Eine deutliche Verbesserung verzeichnete Litauen, wo das BIP im I. Quartal um 2,9% stieg, nachdem es im 2. Halbjahr 2023 nahezu stagniert hatte. Am kräftigsten wuchs die Wirtschaftsleistung im I. Quartal 2024 in der Ukraine (+6,5% auf Jahresbasis), vor der Türkei (+5,7%), dem Kosovo (+5,6%) und Russland (+5,4%). Estland steckte als einziges MOSOEL noch immer in der Rezession; mit -2,4% auf Jahresbasis war sie ähnlich tief wie im 2. Halbjahr 2023. In

Tschechien und Lettland stagnierte die Wirtschaft weiterhin.

Die wichtigste Stütze der jüngsten Wachstumsbeschleunigung in den meisten MOSOEL ist der erstarkte private Konsum. In den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern (EU-MOEL) wuchs der Einzelhandelsumsatz von Jänner bis April 2024 wieder, nachdem er im Jahr 2023 geschrumpft war. In den Westbalkanländern beschleunigte sich das Wachstum weiter, in der Türkei blieb es lebhaft (Abbildung 2). Nur in der GUS, hauptsächlich in Kasachstan, verlor der Einzelhandel etwas an Schwung, verlief aber dennoch dynamisch.

## Übersicht 2: Arbeitslosenquote, Leistungsbilanz und Budgetsaldo

	Arbeitslosenquote					Leistungsbilanz					Budgetsaldo				
	2022	2023	2024	2025	2026	2022	2023	2024	2025	2026	2022	2023	2024	2025	2026
	In %, Jahresdurchschnitt					In % des BIP					In % des BIP				
EU-Länder in Ostmitteleuropa <sup>1)2)</sup>	4,0	4,1	4,1	4,1	4,0	- 4,8	- 0,4	- 0,7	- 1,0	- 0,8	- 3,7	- 4,6	- 5,0	- 4,2	- 3,7
Bulgarien	4,3	4,3	4,2	4,1	4,0	- 1,4	- 0,3	- 1,2	- 1,5	- 1,8	- 2,9	- 1,9	- 4,0	- 3,0	- 3,0
Tschechien	2,2	2,6	3,0	2,6	2,6	- 4,9	0,4	0,4	0,8	1,4	- 3,2	- 3,7	- 2,5	- 2,0	- 1,5
Estland	5,6	6,4	7,3	6,6	6,1	- 3,2	- 2,1	- 2,0	- 2,2	- 1,9	- 1,0	- 3,4	- 3,4	- 4,5	- 3,6
Kroatien	7,0	6,1	6,1	6,0	6,0	- 2,8	1,1	0,2	1,0	1,3	0,1	- 0,7	- 2,0	- 1,4	- 1,2
Ungarn	3,6	4,1	4,4	4,0	3,7	- 8,4	0,2	0,2	0,3	0,4	- 6,2	- 6,7	- 5,5	- 4,0	- 3,5
Litauen	6,0	6,9	7,2	6,7	6,4	- 5,5	1,9	2,2	2,8	2,5	- 0,6	- 0,8	- 2,5	- 2,5	- 2,3
Lettland	6,9	6,5	7,0	6,7	6,4	- 4,8	- 4,0	- 3,1	- 4,6	- 5,7	- 4,6	- 2,2	- 2,8	- 2,3	- 2,0
Polen	2,9	2,8	2,8	3,0	3,0	- 2,4	1,6	1,0	- 0,3	± 0,0	- 3,4	- 5,1	- 5,9	- 5,4	- 5,3
Rumänien	5,6	5,6	5,5	5,4	5,2	- 9,2	- 7,0	- 6,8	- 6,0	- 6,0	- 6,3	- 6,6	- 6,8	- 4,8	- 3,8
Slowenien	4,0	3,7	3,6	3,6	3,5	- 1,0	4,5	3,0	2,4	2,5	- 3,0	- 2,5	- 3,1	- 2,3	- 0,6
Slowakei	6,1	5,8	5,8	5,6	5,4	- 7,3	- 1,6	- 1,3	- 0,9	- 1,0	- 1,7	- 4,9	- 6,0	- 5,0	- 4,0
Euro-Raum <sup>3)</sup>	6,8	6,6	6,7	6,6	6,6	1,3	2,9	2,5	2,5	2,5	- 3,7	- 3,6	- 2,6	- 2,6	- 2,5
EU 27 <sup>3)</sup>	6,2	6,1	5,9	5,8	5,8	1,2	2,9	2,5	2,5	2,5	- 3,4	- 3,5	- 2,2	- 2,2	- 2,1
Westbalkanländer <sup>1)2)</sup>	11,7	11,1	10,6	10,2	9,8	- 6,7	- 2,8	- 3,2	- 3,4	- 3,4	- 2,7	- 1,5	- 1,9	- 1,6	- 1,5
Albanien	10,9	10,7	10,4	10,2	10,0	- 5,9	- 0,9	- 1,4	- 1,3	- 1,4	- 3,7	- 1,3	- 1,5	- 1,5	- 2,0
Bosnien und Herzegowina	15,4	13,2	12,9	12,7	12,4	- 4,3	- 2,8	- 3,6	- 3,4	- 3,2	- 0,4	1,0	- 0,5	- 0,7	- 1,0
Montenegro	14,7	13,1	11,0	10,0	9,0	- 12,9	- 11,4	- 10,7	- 10,6	- 10,4	- 4,2	0,6	- 4,0	- 4,0	- 4,0
Nordmazedonien	14,4	13,1	12,5	11,8	11,0	- 6,1	0,7	- 0,8	- 1,9	- 2,4	- 4,4	- 4,9	- 4,0	- 3,0	- 2,5
Serbien	9,4	9,5	9,0	8,5	8,0	- 6,9	- 2,6	- 2,7	- 2,9	- 2,9	- 3,2	- 2,2	- 2,0	- 1,5	- 1,0
Kosovo	12,5	12,4	12,3	12,0	11,5	- 10,3	- 7,6	- 8,6	- 8,7	- 8,5	- 0,5	- 0,3	- 1,0	- 1,0	- 1,5
Neue EU-Beitrittskandidaten <sup>1)2)</sup>	23,9	19,2	14,4	9,7	8,7	3,1	- 5,7	- 8,2	- 9,9	- 9,8	- 15,1	- 19,0	- 16,8	- 14,0	- 11,3
Moldawien	25,0	20,0	15,0	10,0	9,0	4,9	- 5,2	- 8,0	- 10,0	- 10,0	- 16,1	- 20,3	- 18,0	- 15,0	- 12,0
Ukraine	3,1	4,6	4,3	4,0	3,5	- 17,1	- 11,9	- 9,7	- 8,9	- 8,1	- 3,2	- 5,2	- 4,8	- 3,8	- 3,5
Türkei	10,5	9,4	10,0	10,5	10,0	- 5,4	- 4,1	- 3,1	- 2,7	- 2,3	- 1,1	- 5,2	- 4,0	- 3,0	- 3,0
GUS <sup>1)2)</sup>	4,0	3,3	2,9	2,8	2,7	9,6	1,7	2,9	2,5	2,4	- 1,4	- 2,2	- 1,3	- 1,5	- 1,1
Weißrussland	3,6	3,5	3,4	3,3	3,3	3,5	- 1,4	- 2,0	- 1,3	- 0,9	- 1,5	- 1,0	- 1,5	- 1,0	- 1,0
Kasachstan	4,9	4,7	4,7	4,6	4,5	3,1	- 3,3	- 2,0	- 1,5	- 0,5	- 2,1	- 2,3	- 2,3	- 2,0	- 2,0
Russland	3,9	3,2	2,7	2,5	2,4	10,5	2,5	3,8	3,3	3,0	- 1,4	- 2,3	- 1,2	- 1,5	- 1,0
Visegrád-Länder <sup>1)2)</sup>	3,2	3,3	3,4	3,3	3,3	- 4,1	1,0	0,7	0,1	0,4	- 3,6	- 4,9	- 5,1	- 4,4	- 4,0
Baltische Länder <sup>1)2)</sup>	6,1	6,6	7,2	6,7	6,3	- 4,7	- 0,7	- 0,3	- 0,5	- 0,8	- 1,8	- 1,8	- 2,8	- 3,0	- 2,6
Südosteuropäische Länder <sup>1)2)</sup>	5,5	5,4	5,3	5,2	5,0	- 6,6	- 4,5	- 4,7	- 4,1	- 4,1	- 4,6	- 4,8	- 5,5	- 3,9	- 3,3
Westbalkanländer und neue EU-Beitrittskandidaten <sup>1)2)</sup>	20,3	16,8	13,3	9,8	9,0	- 1,2	- 4,4	- 5,9	- 6,9	- 6,9	- 9,7	- 11,2	- 10,0	- 8,3	- 6,8
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa <sup>1)2)</sup>	8,3	7,0	6,3	5,8	5,5	5,1	- 0,5	0,2	- 0,1	- 0,1	- 2,0	- 3,9	- 3,0	- 2,7	- 2,3
MOSOEL insgesamt <sup>1)2)</sup>	7,3	6,3	5,8	5,4	5,1	1,8	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 2,6	- 4,2	- 3,8	- 3,2	- 2,8

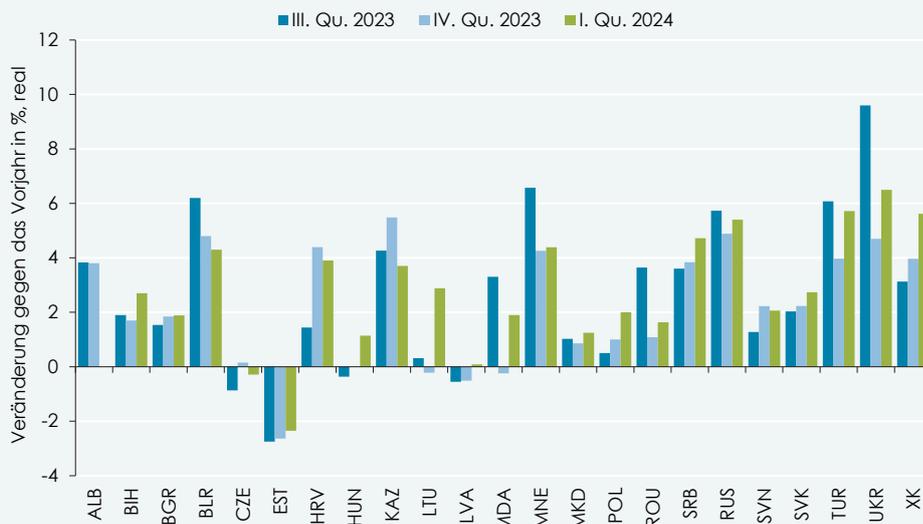
Q: wiiw, Eurostat. 2024 bis 2026: wiiw-Prognosen. Stichtag für historische Daten und Prognosen: 13. 6. 2024. Arbeitslosenquote: Labour-Force-Konzept. – <sup>1)</sup> wiiw-Schätzung. – <sup>2)</sup> Leistungsbilanz einschließlich Transaktionen innerhalb der Region (Summe der einzelnen Länder). – <sup>3)</sup> wiiw-Prognosen.

**Der weitere Rückgang der Industrieproduktion in den EU-MOEL und den Westbalkanländern wurde vor allem durch die anhaltende Schwäche der deutschen Industrie bedingt.**

Dagegen ging die Industrieproduktion in vielen MOSOEL im I. Quartal 2024 weiter zurück, insbesondere in den EU-MOEL und auf dem Westbalkan. Dies lässt sich vorrangig auf die anhaltende Schwäche der deutschen Industrie zurückführen (Abbildung 3). Beide Ländergruppen sind stark von der Importnachfrage in Deutschland abhängig; 2023 machten die Warenexporte nach Deutschland in Nordmazedonien 27% des BIP aus, in Tschechien 25%, in Ungarn 20% und in der Slowakei 19%. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Industrieproduktion in den EU-

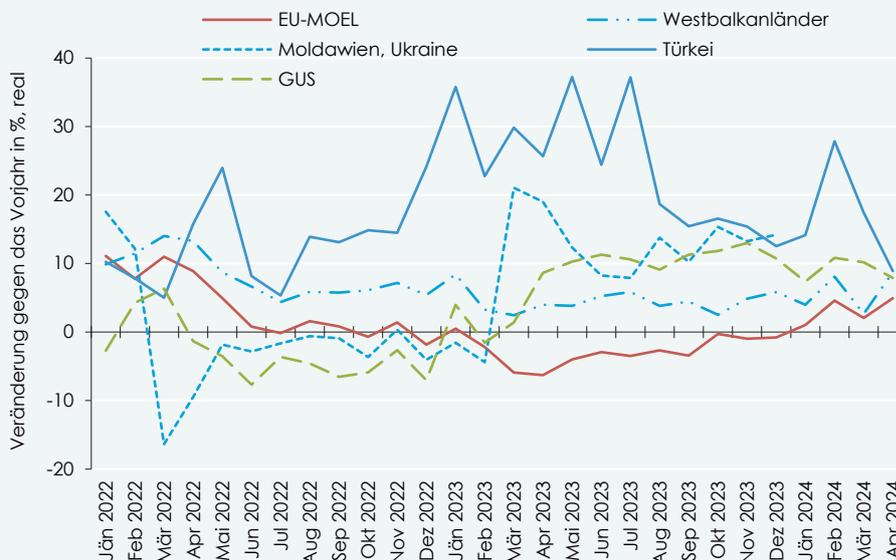
MOEL bereits seit sechs Quartalen in Folge rückläufig ist und in den Westbalkanländern stagniert. Im Einklang damit haben die Insolvenzen in der Industrie allgemein zugenommen. So verzeichneten die vier Visegrád-Länder wie auch Österreich und Deutschland im Jahr 2023 eine wachsende Zahl an Konkursen, teilweise auch wegen der steigenden Zinsen und der Engpässe in den Lieferketten. Besonders kräftig nahmen die Konkurse in Ungarn (+131%) und Estland (+98%) zu.

Abbildung 1: **Bruttoinlandsprodukt**



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. 2024: keine Daten für Albanien verfügbar.

Abbildung 2: **Einzelhandelsumsatz**

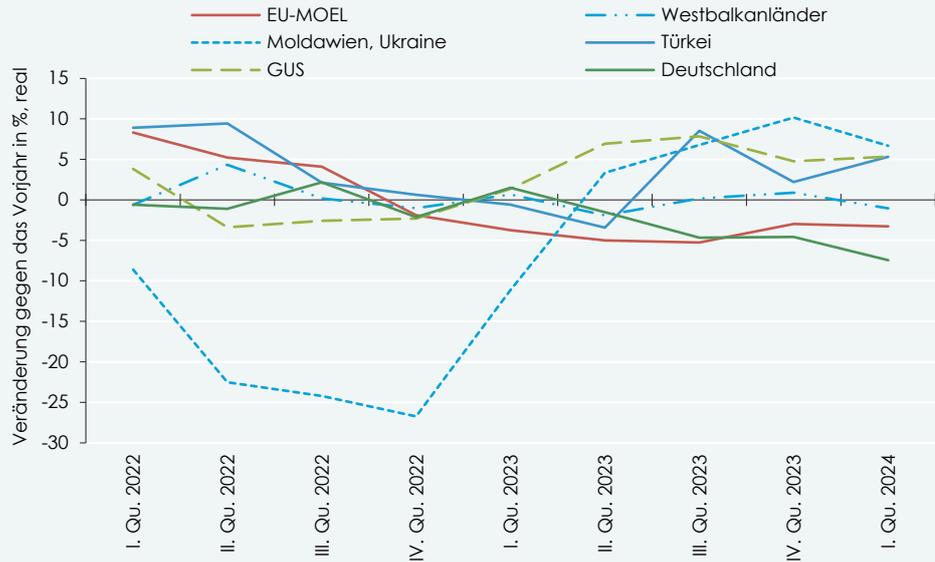


Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland. Westbalkanländer: ohne Kosovo. 2024: keine Daten für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Moldawien und Ukraine verfügbar.

In Ländern, deren Industrieproduktion weniger stark mit Deutschland verflochten ist, wie den GUS-Ländern und der Türkei, verlief die Industriekonjunktur in letzter Zeit viel günstiger (Abbildung 3). In Russland spiegelt dies eine Kombination aus boomender Rüstungs-

produktion, Importsubstitution in einigen Sektoren sowie der teilweisen Erholung von Industriebranchen wider, die anfangs empfindlich unter den westlichen Sanktionen gelitten hatten.

Abbildung 3: **Bruttoindustrieproduktion**



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat, wiw. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland. 2024: keine Daten für den Kosovo verfügbar.

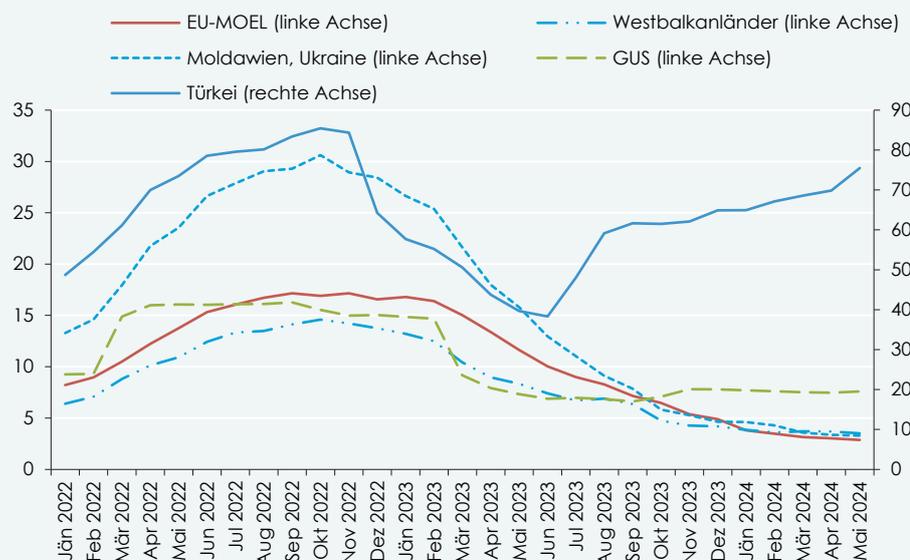
## 2. Tiefpunkt der Inflation dürfte bereits erreicht sein

In den meisten MOSOEL verlangsamte sich die Verbraucherpreis-inflation in den letzten Monaten weiter. Der Hauptgrund dafür ist der Rückgang der Weltmarktpreise für Lebensmittel und Energie, die im Jahr 2022 die Haupttreiber des Inflationsschubs gewesen waren. In den meisten EU-MOEL und den Westbalkanländern sind die Inflationsraten auf etwa 2% bis 3% zurückgegangen (Abbil-

dung 4), womit sie sich den Zielwerten des Inflation-Targeting angenähert oder diese sogar unterschritten haben. In Lettland und Litauen hat sich die Inflation auf einem besonders niedrigen Niveau eingependelt, was die jüngste Schwäche der Konsumnachfrage in diesen Ländern belegt. Selbst in der kriegsgebeutelten Ukraine konnte die Inflation eingedämmt werden.

Abbildung 4: **Verbraucherpreisindex**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) für EU-MOEL. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland.

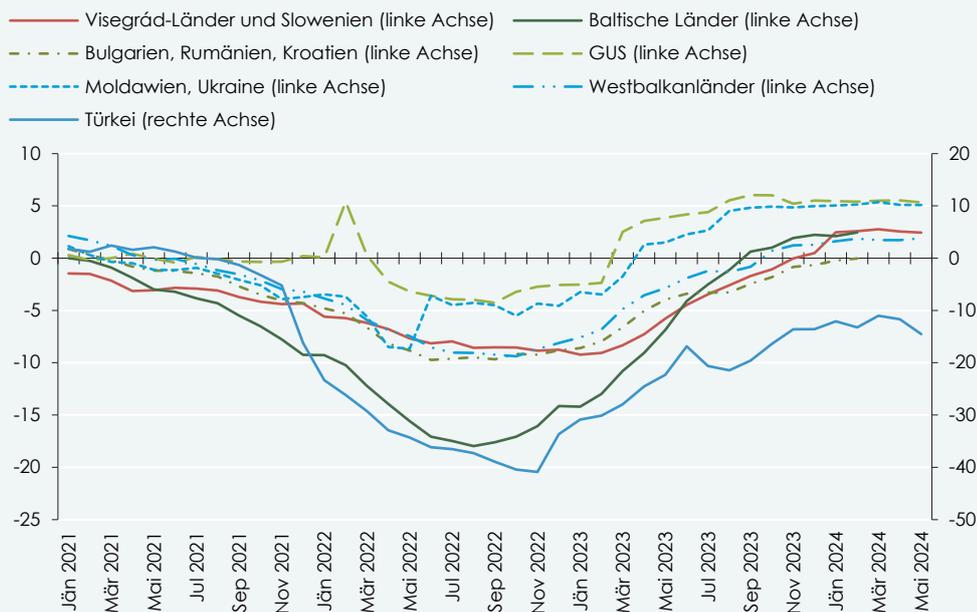
Der nachlassende Preisdruck ermöglichte in einer Reihe von Ländern eine weitere Lockerung der Geldpolitik: so senkten z. B. die Zentralbanken in Tschechien, Ungarn, Serbien, Moldawien, der Ukraine und Kasachstan in den letzten Monaten abermals die Leitzinsen. Dennoch konnte die Geldpolitik in

den meisten Fällen nicht mit dem Tempo der Inflationsverlangsamung Schritt halten. Als Ergebnis stiegen fast überall die Realzinsen und gingen mit der Ausnahme der Türkei in allen MOSOEL in den positiven Bereich über (Abbildung 5).

**Die geldpolitische Lockerung konnte in den meisten Ländern nicht mit der Inflationsverlangsamung Schritt halten, was einen Anstieg der Realzinsen zur Folge hatte.**

Abbildung 5: **Realzinsen**

Leitzinssatz im Verhältnis zur Veränderung des VPI gegenüber dem Vorjahr in %



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland.

In vielen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas dürfte der Inflationsdruck in den kommenden Monaten jedoch wieder zunehmen. Die Hauptgründe dafür sind eine weitere Erholung der Konsumnachfrage und der kräftige Anstieg der Nominallöhne, der sich in höheren Produktionskosten niederschlägt. Im Mai 2024 war die Kerninflation in fast allen Ländern der Region höher als die Gesamtinflation, was darauf hindeutet, dass die gestiegenen Produktionskosten weiterhin auf die Preise durchschlagen (Abbildung 6). Die hohe Kerninflation ist vor allem auf die Verteuerung von Dienstleistungen zurückzuführen. Die Preise für Urlaubsreisen und Beherbergungsleistungen, die die viertgrößte Komponente des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) darstellen, zogen – vom Spezialfall der Türkei abgesehen – in Nordmazedonien (+14,7% auf Jahresbasis) und Kroatien (+13,8%) am stärksten an. Dies dürfte eine Folge der steigenden Nachfrage sowie der kräftigen Lohndynamik im Tourismus aufgrund des begrenzten Arbeitskräfteangebotes sein. Inflationsfördernde länderspezifische Faktoren spielen ebenfalls eine Rolle, etwa die jüngste Aufhebung der Preiskontrollen in Nordmazedonien, die Anhe-

bung der regulierten Tarife in Rumänien oder die Deregulierung der Energieversorgung in Polen. Vor diesem Hintergrund dürfte in vielen MOSOEL die Lockerung der Geldpolitik entweder nur mehr langsam voranschreiten – so etwa in Tschechien, Rumänien, Nordmazedonien und Kasachstan – oder zumindest bis Jahresende 2024 auf Eis gelegt werden (Albanien, Moldawien). In Polen wurde sie bereits im Oktober 2023 unterbrochen.

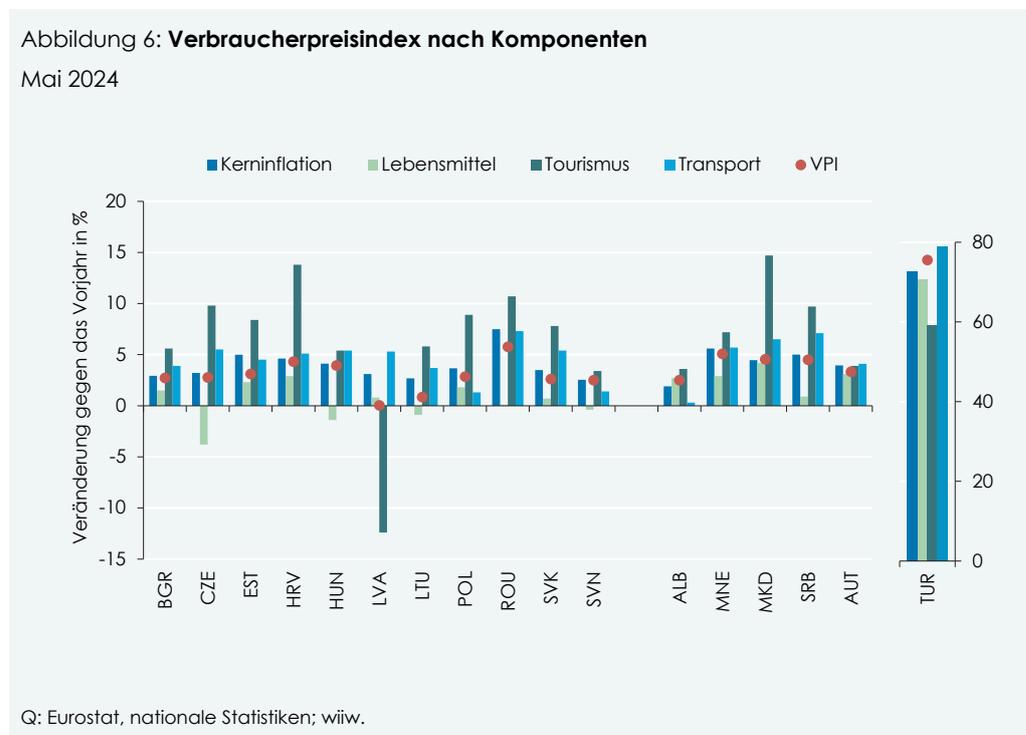
In Weißrussland, Russland und insbesondere in der Türkei sind die Inflationsraten nach wie vor hoch, was als Zeichen der Überhitzung der Wirtschaft gedeutet werden kann. In der Türkei hat sich die extrem hohe Inflation – ein langjähriges Merkmal des türkischen Wirtschaftsmodells – weiter beschleunigt und erreichte im Mai 2024 75,4%. Dies ist den anhaltend stark negativen Realzinsen und der jüngsten Währungsabwertung zuzuschreiben. In Reaktion darauf verschärfte die Türkei die Finanzierungskonditionen in letzter Zeit durch strengere makroprudenzielle Vorschriften und höhere Mindestreserveanforderungen, was im weiteren Verlauf des Jahres zu einer allmählichen Verlangsamung der Inflation führen dürfte. Russland und

Weißrussland werden bei derzeitigen Trends ihre Leitzinsen in den kommenden Monaten sehr wahrscheinlich anheben. Da alle drei

genannten Länder auf einen wachstumsfördernden Policy-Mix setzen, ist jedoch kaum mit einer raschen Desinflation zu rechnen.

Abbildung 6: **Verbraucherpreisindex nach Komponenten**

Mai 2024



### 3. Lohnzuwächse fließen nur teilweise in den privaten Konsum

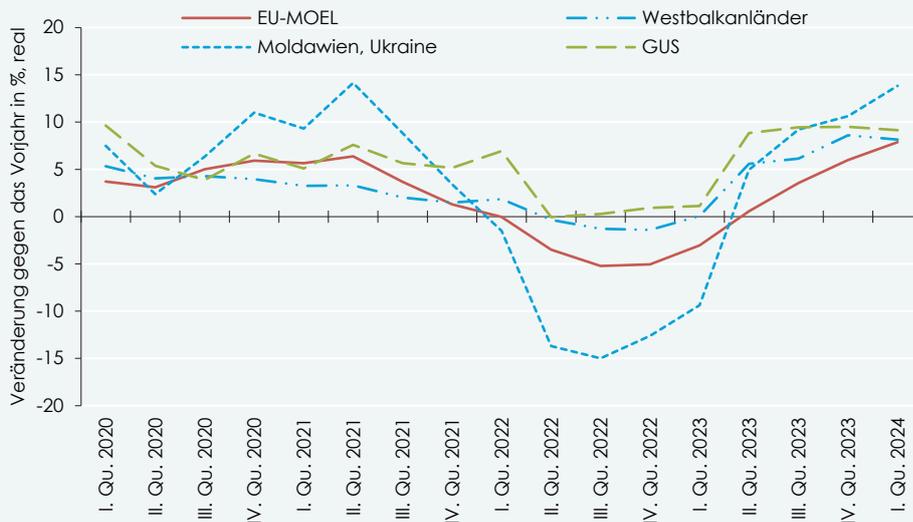
Das lebhaftes Wachstum der nominellen Löhne und der weitere Rückgang der Inflation trugen zu einer deutlichen Erholung der Reallöhne bei (Abbildung 7). Im I. Quartal 2024 beschleunigte sich die Reallohnentwicklung in knapp der Hälfte der MOSOEL und lag erstmals seit Anfang 2021 in allen Ländern im positiven Bereich (auf Jahresbasis). In der Ukraine erreichte das Reallohnwachstum fast 18% und war auch in Bulgarien, Weißrussland, Ungarn, Lettland, Moldawien, Nordmazedonien und Russland zweistellig. In Tschechien legten die Reallöhne zum ersten Mal seit dem III. Quartal 2021 wieder zu. Da viele MOSOEL in den Jahren 2022/23 deutliche Reallohnverluste verzeichnet haben, besteht im Allgemeinen reichlich Spielraum für einen weiteren Anstieg in den kommenden Jahren.

Das rege Lohnwachstum in den MOSOEL wird durch angespannte Arbeitsmärkte und den wieder aufkommenden Arbeitskräftemangel unterstützt. Am akutesten dürfte der Arbeitskräftemangel in den Visegrád- und GUS-Ländern sein, wie aus den Arbeitslosenzahlen hervorgeht (Abbildung 8). Seit mehreren Jahren liegt die Arbeitslosenquote dort bei rund 4%. Angesichts der Rekrutierungsschwierigkeiten neigen die Unternehmen

dazu, Arbeitskräfte zu horten, d. h. sie zögern selbst in Zeiten schwacher Konjunktur, Beschäftigte zu entlassen. Hinzu kommt, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften aufgrund des soliden Wirtschaftswachstums relativ hoch ist. In Russland sank die Arbeitslosenquote zuletzt weiter auf 2,6% im April 2024. Dies ist zum Teil eine Folge des Ukraine-Krieges. Er dämpft die Zahl der Erwerbspersonen und führt zu einem dauerhaften Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, da viele Männer fallen oder arbeitsunfähig werden. Außerdem haben die drohende Einberufung in die Armee und das zunehmend repressive politische Regime in Russland viele Menschen, insbesondere junge Männer, zur Auswanderung veranlasst. In den Ländern des Westbalkan mit Ausnahme Serbiens liegt die Arbeitslosenquote nach wie vor bei über 10%, ist aber ebenfalls stetig zurückgegangen, während die Übereinstimmung zwischen den auf dem Arbeitsmarkt angebotenen und den nachgefragten Qualifikationen abgenommen hat. Dies verschärfte in bestimmten Sektoren den Arbeitskräftemangel. Nur in den baltischen Ländern stieg die Arbeitslosigkeit in jüngster Zeit deutlich auf durchschnittlich fast 8%, da die Konjunkturfurche verzögert den Arbeitsmarkt erfasst hat.

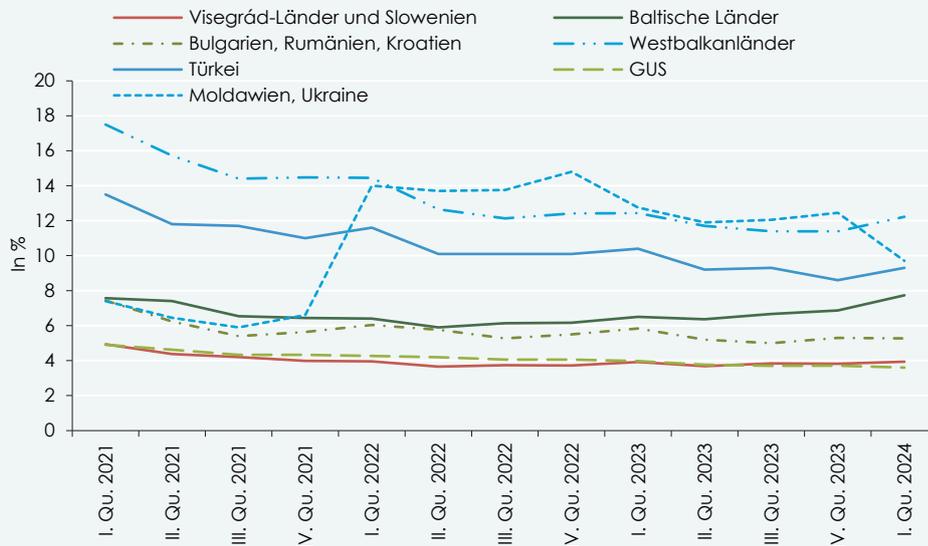
**Das rege Lohnwachstum in den MOSOEL wird durch angespannte Arbeitsmärkte und einen wieder aufkommenden Arbeitskräftemangel unterstützt.**

Abbildung 7: **Durchschnittliche Bruttomonatslöhne**



Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat, wiw. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. Westbalkanländer: ohne Kosovo. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland. Türkei: keine Daten verfügbar.

Abbildung 8: **Arbeitslosenquote (Labour-Force-Konzept)**

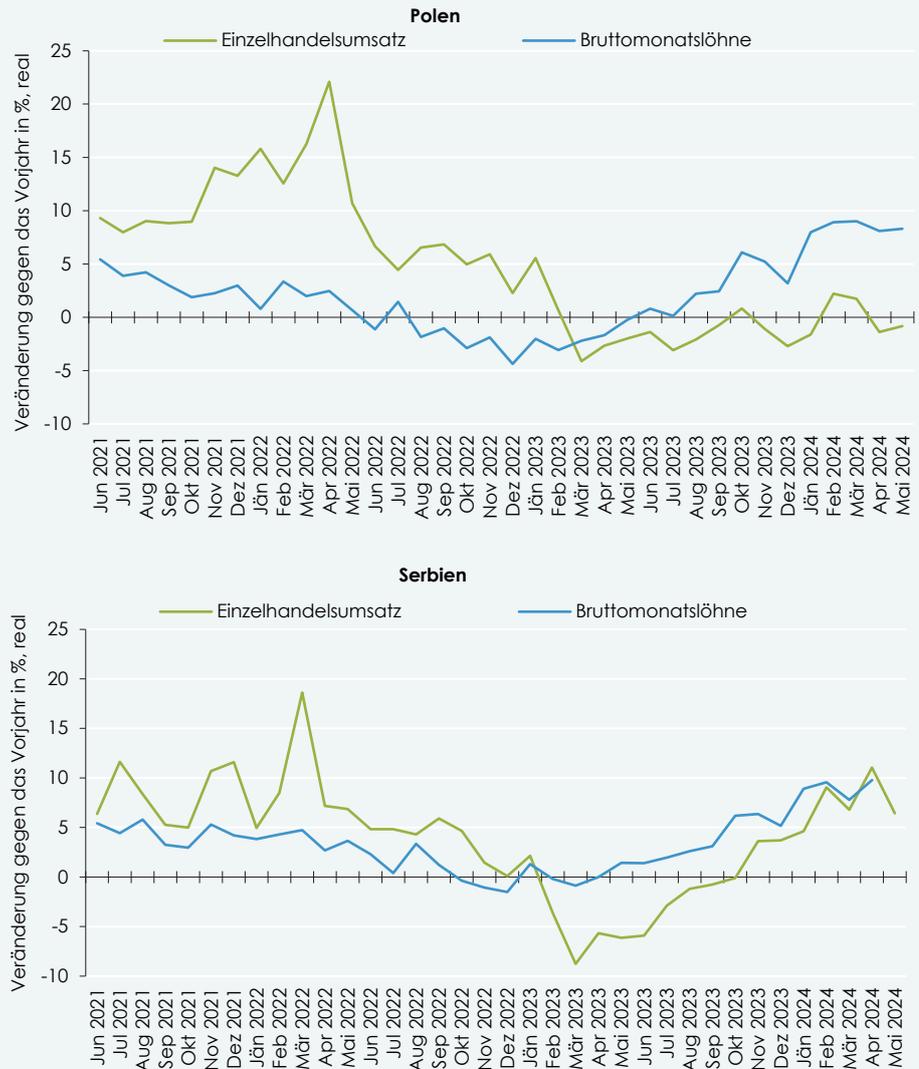


Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. Ukraine und Kosovo (III. Quartal 2023 und I. Quartal 2024): Schätzungen.

Das zusätzliche Lohneinkommen fließt nur teilweise in den Konsum. In den meisten MOSOEL blieb die Entwicklung des Einzelhandels im I. Quartal 2024 hinter jener der Reallöhne zurück. Abbildung 9 veranschaulicht diese Divergenz für Polen und Serbien. Das verhaltene Wachstum des privaten Konsums ist umso überraschender, als sich in den ersten Monaten 2024 in vielen Ländern die Kreditvergabe an private Haushalte

ungeachtet der positiven und steigenden Realzinsen beschleunigt hat (Abbildung 10) und es sich beim Großteil dieser Kredite um (kurzfristige) Konsumkredite handelt. Gleichzeitig werden die höheren Einkommen teilweise zum (Wieder-)Aufbau der Ersparnisse verwendet, die in einigen Ländern während der Teuerungskrise im Jahr 2022 angezapft wurden.

Abbildung 9: Einzelhandelsumsatz und Bruttomonatslöhne



Q: Eurostat, nationale Statistiken; wiw. Serbien: keine Daten zu den Bruttolöhnen für Mai 2024 verfügbar.

Innerhalb der EU-MOEL verzeichneten im April 2024 die südosteuropäischen Länder das schnellste Wachstum der Kredite an private Haushalte (im Durchschnitt +11,6% im Vergleich zum Vorjahr). Auch in den Visegrád-Ländern hat sich die Kreditvergabe in letzter Zeit wieder beschleunigt, nachdem sie sich seit Anfang 2022 – wahrscheinlich infolge der sehr hohen Realzinsen – deutlich

verlangsamt hatte. In den GUS-Ländern legten die Kredite an private Haushalte in den letzten Jahren stets zweistellig zu. Trotz der hohen Zinssätze gibt es keine Anzeichen für eine Abschwächung dieses Trends, was die optimistischen Erwartungen in Bezug auf das künftige Lohn- und Einkommenswachstum sowie die sehr positive Konsumentenstimmung widerspiegelt.

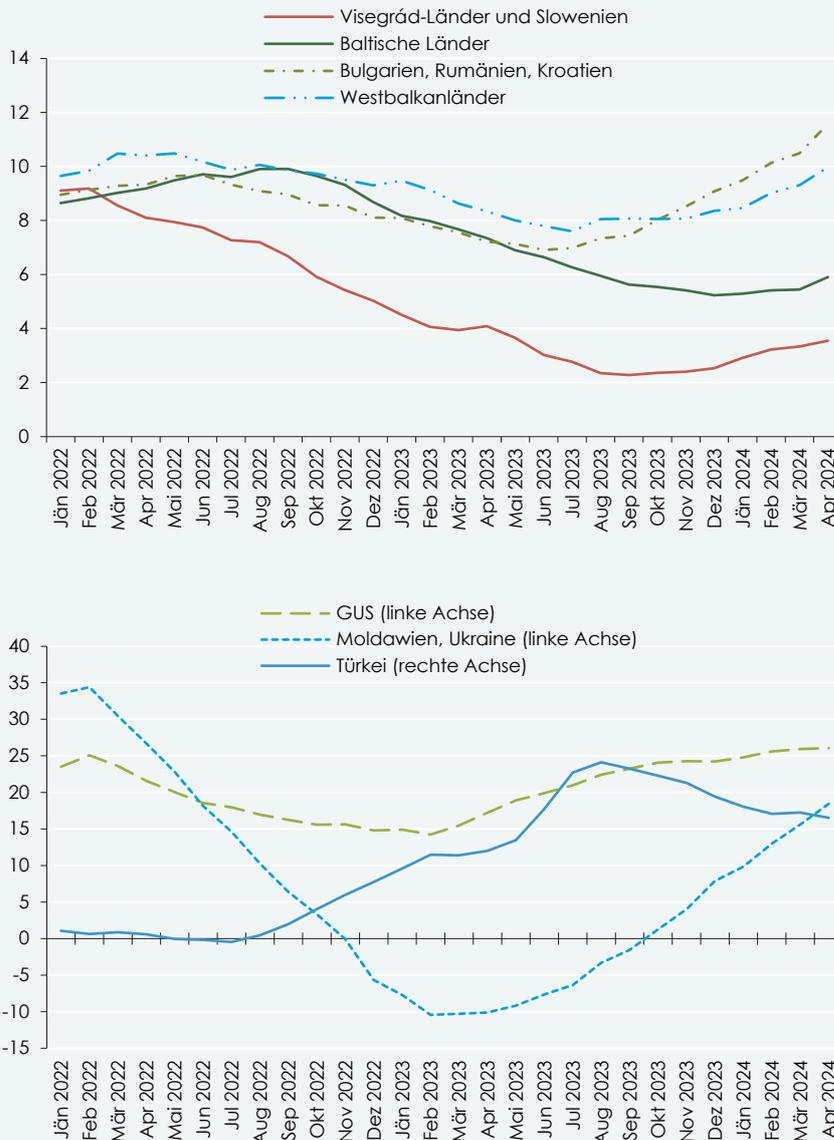
#### 4. Haushaltskonsolidierungen verzögern sich

In vielen MOSOEL ist das Haushaltsdefizit nach wie vor hoch, obwohl sich die Wirtschaft bereits erholt und die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, die 2022 zur Bewältigung der Teuerungskrise eingeführt worden waren, inzwischen fast vollständig ausgelaufen sind. In mehr als der Hälfte der Länder wird das Haushaltsdefizit im Jahr 2024 voraussichtlich steigen (Abbildung 11). Die

deutlichste Verschlechterung um 4,6 Prozentpunkte des BIP gegenüber 2023 wird für Montenegro erwartet, vor Bulgarien und Litauen (jeweils rund –2 Prozentpunkte). Selbst in einigen Ländern, die bereits 2023 ein sehr hohes Budgetdefizit aufwiesen, wie Rumänien, der Slowakei und Polen, dürfte es in diesem Jahr weiter ansteigen.

Abbildung 10: **Kreditbestand der privaten Haushalte**

Veränderung gegen das Vorjahr in %

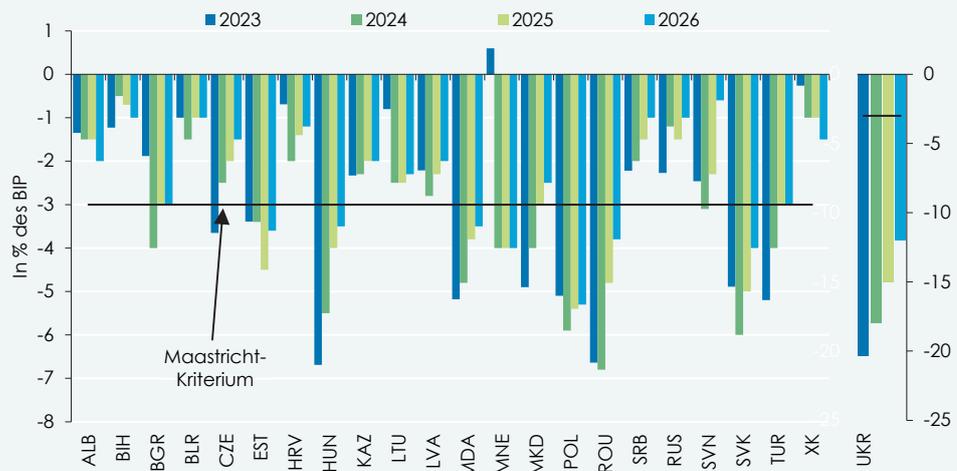


Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat, wiw.

Dies ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen. Einerseits hat die schwächere Inflation in einigen Ländern zu geringeren Staatseinnahmen geführt als ursprünglich erwartet. Andererseits finden in vielen MOSOEL in diesem Jahr Wahlen statt, was zum Teil die großzügigen Ausgaben der amtierenden Regierungen erklärt (z. B. die verabschiedeten Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor in Albanien, Kroatien und Polen). Schließlich geben die Finanzierungsbedingungen den Regierungen derzeit kaum Anlass, das Budgetdefizit zu senken. In den meisten Ländern liegen die Renditen auf Staatsanleihen

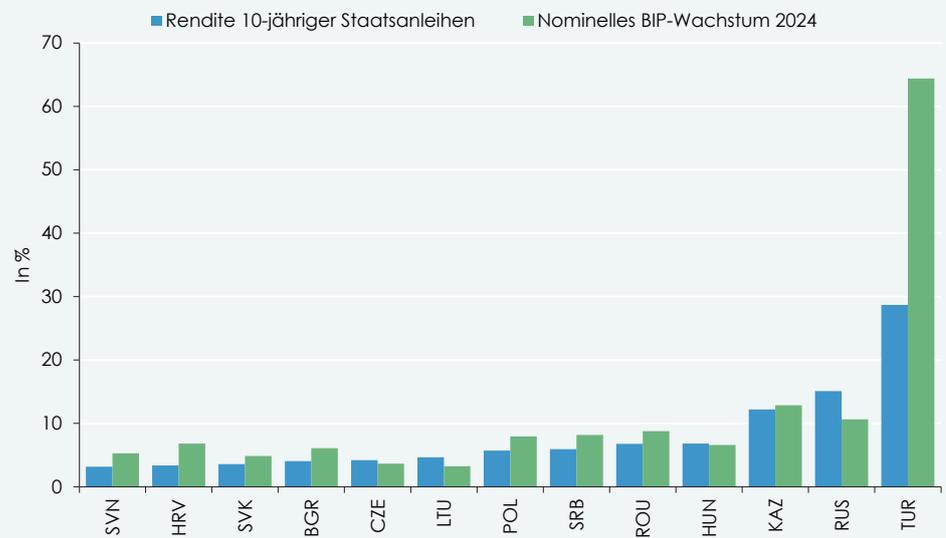
unter dem prognostizierten Wachstum des nominellen BIP (Abbildung 12). Solange dies der Fall ist, können die öffentlichen Schulden grundsätzlich aus künftigen Steuereinnahmen bedient werden, ohne dass die Schuldenquote im Verhältnis zum BIP zwangsläufig steigt. In der kriegsgebeutelten Ukraine wird sich 2024 das enorme Haushaltsdefizit voraussichtlich nur mäßig auf 18% des BIP verbessern. Es wird erneut größtenteils durch Hilfen der EU und anderer westlicher Länder finanziert werden, da die Ukraine unter den derzeitigen Bedingungen keinen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten hat.

Abbildung 11: **Budgetsaldo**



Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. 2024 bis 2026: wiiw-Prognosen vom 13. 6. 2024.

Abbildung 12: **Renditen auf Staatsanleihen und Wirtschaftswachstum**



Q: <https://www.investing.com>, wiiw-Prognosen vom 13. 6. 2024. Anleiherenditen: Stand vom 13. 6. 2024. Nominales BIP-Wachstum: für 2024 prognostiziertes reales BIP-Wachstum inflationiert mit der prognostizierten Inflationsrate.

**Als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine haben fast alle MOSOEL ihre Militärausgaben deutlich erhöht.**

Die hohen Militärausgaben belasten den Staatshaushalt vieler MOSOEL ebenfalls beträchtlich. Bereits 2023 erhöhten fast alle MOSOEL ihren Militärhaushalt in Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands, am deutlichsten Polen und die baltischen Länder, die sich von Russland am stärksten bedroht fühlen (Abbildung 13). In Polen erreichten die Militärausgaben 2023 3,8% des BIP – deutlich mehr als etwa in den USA. Russland (5,9%) und vor allem die Ukraine (36,7%) verzeichneten 2023 von allen MOSOEL die mit Ab-

stand höchsten Militärausgaben gemessen am BIP. In der Ukraine war dies nur durch die umfangreiche Militär- und Finanzhilfe des Westens möglich, wobei die militärische Unterstützung vor allem aus den USA kam. In vielen MOSOEL dürften die Militärausgaben in den kommenden Jahren weiter steigen. Somit zeichnet sich ein Ende der berühmten "Friedensdividende" ab, die die europäischen Länder in den letzten 30 Jahren gemessen haben.

Abbildung 13: Militärausgaben



Q: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), <https://www.sipri.org/databases/milex>.

Die expansive Fiskalpolitik in vielen MOEEL ist zwar wachstumsfördernd, birgt jedoch eigene Risiken. Infolge der Wiedereinführung der Maastricht-Fiskalkriterien, die das Haushaltsdefizit mit 3% des BIP und die Staatsverschuldung mit 60% des BIP begrenzen, ist jedes EU-MOEL, das systematisch dagegen verstößt, ab Mitte 2024 potenziell einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit

(Excessive Deficit Procedure – EDP) ausgesetzt. Ein solches Verfahren kann Bußgelder zur Folge haben. In ihrem jüngsten Bericht vom 19. Juni 2024 empfahl die Europäische Kommission, das EDP bereits im Juli gegen drei EU-MOEL einzuleiten: Ungarn, Polen und die Slowakei (neben Belgien, Frankreich, Italien und Malta)<sup>1)</sup>. Gegen Rumänien läuft das EDP offiziell bereits seit 2020<sup>2)</sup>.

## 5. Auszahlung der RRF-Mittel an die EU-MOEL erfolgt nur schleppend

Die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der EU (Recovery and Resilience Facility – RRF) entlasteten zwar in den letzten Jahren die Budgets der EU-MOEL, ihre Auszahlung erfolgt jedoch oft nur schleppend (Abbildung 14). Die Umsetzung des Fonds verzögerte sich aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit der Europäischen Kommission über die erforderlichen Reformen, so vor allem in Ungarn, Polen und der Slowakei, sowie über die Gestaltung der zu finanzierenden Investitionsprojekte. Auch interne politische Konflikte in den EU-MOEL verhinderten oft das Erreichen der vereinbarten Meilensteine. Darüber hinaus wurde der reale Wert der ausgezahlten Mittel angesichts zahlreicher Verzögerungen durch die hohe Inflation geschmälert.

Bis Ende März 2024 konnten nur zwei EU-MOEL, Litauen und Kroatien, die Auszahlung von mehr als der Hälfte der ihnen 2021 zugewiesenen RRF-Mittel sicherstellen. Im März 2024 gab die Europäische Kommission zwar

die Mittel für Polen frei, die aufgrund von Unstimmigkeiten über die Rechtsstaatlichkeit eingefroren worden waren<sup>3)</sup>. Allerdings könnte es sich für Polen als schwierig erweisen, in der verbleibenden Zeit bis Ende 2026 die zugewiesenen RRF-Mittel zu absorbieren. Noch düsterer sieht es für Ungarn aus, zumal ein erheblicher Teil der EU-Mittel weiterhin eingefroren ist und die Auszahlung von der Umsetzung von Justizreformen abhängig gemacht wird.

Wenn die EU-MOEL die Vorgaben der RRF besser einhalten, könnten sie im Zeitraum 2024/2026 einen erheblichen Impuls für ihre Wirtschaft erhalten. Bislang profitierten Kroatien und Rumänien am meisten von der RRF: Sie erhielten bisher Gelder in Höhe von 6,1% bzw. 4,0% ihres BIP des Jahres 2021. Diese Mittel waren entscheidend für die Finanzierung ihrer Infrastrukturprojekte in den Bereichen Digitalisierung und erneuerbare Energien. Wenn sie bei der Beantragung der restlichen verfügbaren RRF-Mittel erfolgreich

**Mit Litauen und Kroatien konnten bislang nur zwei EU-MOEL die Auszahlung von mehr als der Hälfte der ihnen zugewiesenen RRF-Mittel sicherstellen.**

<sup>1)</sup> [https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/1d91e302-b9cc-4b54-988a-9e6787230152\\_en?filename=COM\\_2024\\_598\\_1\\_EN\\_ACT\\_part1\\_v3.pdf](https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/1d91e302-b9cc-4b54-988a-9e6787230152_en?filename=COM_2024_598_1_EN_ACT_part1_v3.pdf).

<sup>2)</sup> <https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-and-fiscal-governance/stability-and-growth-pact/>

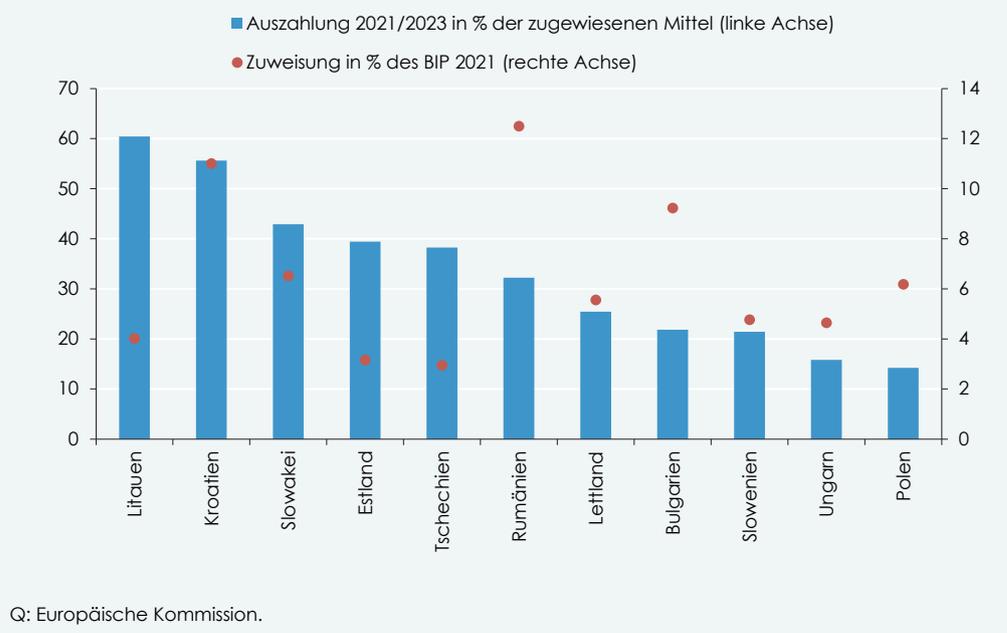
[corrective-arm-excessive-deficit-procedure/excessive-deficit-procedures-overview/romania\\_en](https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-and-fiscal-governance/stability-and-growth-pact/corrective-arm-excessive-deficit-procedure/excessive-deficit-procedures-overview/romania_en).

<sup>3)</sup> Siehe z. B. <https://www.bloomber.com/news/newsletters/2024-02-22/eu-set-to-release-blocked-polish-funds>.

sind, könnten sie Gelder in Höhe von bis zu 4,9% des BIP 2021 (Kroatien) bzw. 8,5% des BIP 2021 (Rumänien) erhalten. Bulgarien, Polen und Lettland haben ebenfalls einen

großen Spielraum, weitere RRF-Mittel zu lukrieren, die sich insgesamt auf 4% bis 7% des BIP 2021 belaufen.

Abbildung 14: Zuweisung und Auszahlung von Mitteln aus der Aufbau- und Resilienzfazilität 2021/2023, Anteile in %



## 6. Ausblick

**Für die MOSOEL wird für 2024 ein BIP-Wachstum von 3,1% prognostiziert, was in etwa dem Zuwachs von 2023 entspricht.**

Für die MOSOEL insgesamt prognostiziert das WiWi für 2024 ein BIP-Wachstum von 3,1%, was in etwa dem Zuwachs von 2023 entspricht (Übersicht 1). Die entscheidende Annahme, die dieser Prognose zugrunde liegt, ist, dass der Ukraine-Krieg nicht auf andere MOSOEL übergreifen wird. Dies gilt auch für Moldawien, das kein NATO-Mitglied ist, dessen Sicherheit aber durch das im Mai 2024 unterzeichnete Abkommen über eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit der EU gewährleistet sein dürfte<sup>4)</sup>.

Hinter der Prognose für die MOSOEL insgesamt verbergen sich große Unterschiede zwischen den einzelnen Teilregionen. In den EU-MOEL dürfte das Wirtschaftswachstum im Vergleich zu 2023 um durchschnittlich 2 Prozentpunkte auf 2,6% anziehen, vor allem dank der verstärkten Konsumausgaben und der öffentlichen Investitionen, die zum Teil aus RRF-Mitteln finanziert werden. Mit Blick auf das BIP pro Kopf wird sich dadurch die Konvergenz der EU-MOEL mit dem EU-Durchschnitt, die 2023 fast zum Stillstand kam, wieder fortsetzen: das BIP-Wachstumsgefälle dürfte 2024 im Durchschnitt fast 2 Prozentpunkte erreichen und damit ungefähr dem langfristigen Mittel entsprechen. Mit rund 3% (2024) werden Polen, Rumänien und Kroatien unter den EU-MOEL die höchsten BIP-

Zuwächse verzeichnen. In Polen und Rumänien ist dies zum Teil auf die expansive Fiskalpolitik zurückzuführen, während in Kroatien der florierende Tourismus, der vom Beitritt des Landes zum Euro- und zum Schengen-Raum profitiert, eine entscheidende Rolle spielt. Estland dürfte im 2. Halbjahr 2024 wieder ein Wirtschaftswachstum erzielen, wodurch für 2024 insgesamt eine Stagnation erwartet wird.

In den Westbalkanländern dürfte sich das Wachstum in diesem Jahr um 0,6 Prozentpunkte auf durchschnittlich 3,2% beschleunigen, wobei alle Länder außer Montenegro schneller wachsen werden als 2023. Die Region profitiert weiterhin von hohen Auslandsüberweisungen und ausländischen Direktinvestitionen, umfangreichen öffentlichen Investitionen im Vorfeld der Expo 2027 in Serbien und der guten Entwicklung des Tourismus in Albanien und Montenegro.

In der Türkei dürfte sich das Wachstum 2024 um 1,1 Prozentpunkte auf 3,4% abschwächen, was auf die restriktivere Geldpolitik und den gedämpften Lohnanstieg zurückzuführen ist.

In den neuen EU-Kandidatenländern Moldawien und Ukraine wird sich das BIP-Wachs-

<sup>4)</sup> [https://www.eeas.europa.eu/delegations/moldova/security-and-defence-partnership\\_en?s=223](https://www.eeas.europa.eu/delegations/moldova/security-and-defence-partnership_en?s=223).

tum im Durchschnitt um 2 Prozentpunkte auf 2,7% verlangsamen. Dies ist ausschließlich auf die erwartete Verlangsamung in der Ukraine zurückzuführen. Dort wird die Erholung der Wirtschaft vor allem deshalb an Schwung verlieren, da Russland etwa die Hälfte der Stromerzeugungskapazitäten zerstört hat. In Moldawien hingegen wird sich das Wachstum nach der Beinahe-Stagnation im letzten Jahr deutlich beschleunigen.

In der GUS wird der BIP-Zuwachs um 0,5 Prozentpunkte auf durchschnittlich 3,3% abnehmen. Dies ist vor allem der für den Rest des Jahres 2024 erwarteten moderaten Abkühlung in Russland zuzuschreiben, wobei die restriktive Geldpolitik und der akute Arbeitskräftemangel zunehmend in den Vordergrund treten werden.

2025/26 dürfte das Wirtschaftswachstum in den MOSOEL insgesamt leicht anziehen, wobei die Beschleunigung in den EU-MOEL und der Türkei durch die Verlangsamung in der GUS fast vollständig ausgeglichen werden dürfte (Übersicht 1).

Die vorliegende Prognose ist vor allem mit Abwärtsrisiken behaftet, die in erster Linie mit dem möglichen Sieg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen im November 2024 zusammenhängen. Die für diesen Fall wahrscheinliche Eskalation des Handelskrieges der USA mit China und möglicherweise auch mit der EU könnte schwerwiegende Auswirkungen auf die MOSOEL haben. Die meisten MOSOEL sind kleine, offene Volkswirtschaften, die indirekt stark von der Importnachfrage Chinas abhängen.

Die WIFO Reports on Austria sind englischsprachige Kurzanalysen zu ökonomischen Entwicklungen in Österreich. Es werden regelmäßig Beiträge zu den Themen Konjunktur, Wettbewerbsfähigkeit, Makroökonomie, Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Cash-Flow und Lohnstückkosten veröffentlicht, die die wesentlichen Entwicklungen in diesen Bereichen in Österreich zusammenfassen.

**8/2024 High Uncertainty Keeps Austria's Economy in Stagnation. Economic Outlook for 2024 and 2025**

Christian Glocker, Stefan Ederer

Following the recession in the previous year, the Austrian economy will stagnate in 2024. Leading indicators still do not point to an imminent economic recovery. It is only from 2025 onwards that a slightly more favourable trend could emerge, when exports pick up in line with the global economy, thereby reinforcing the impetus from domestic demand. After the decline in 2023 (–0.8 percent) and stagnation in 2024, GDP will therefore not grow significantly again until 2025 (+1.5 percent).

July 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53080314>

**Frühere Ausgaben**

**7/2024 Economic Assessments Begin to Stabilise. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of April 2024**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

June 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52849990>

**6/2024 Labour Market 2023 in the Wake of Economic Downturn**

Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel

June 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52743970>

**5/2024 International Economic Slowdown Hits Austria Hard. The Austrian Economy in 2023**

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

May 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52699261>

**4/2024 Headwinds Keep Austria's Economy Close to Stagnation in 2024. Economic Outlook for 2024 and 2025**

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

April 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52699175>

**3/2024 Business Cycle Sentiment Subdued at Start of the Year. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of January 2024**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

February 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50949491>

**2/2024 The WIFO Radar of Competitiveness for the Austrian Economy 2023**

Michael Peneder, Benjamin Bittschi, Anna Burton, Angela Köppl, Thomas Url

January 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50654246>

**1/2024 Economic Recovery Delayed. Economic Outlook for 2023 to 2025**

Stefan Ederer, Stefan Schiman-Vukan

January 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50597174>

**18/2023 Economic Downturn Continues. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of October 2023**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

December 2023 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/49965188>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-reports-on-austria/>

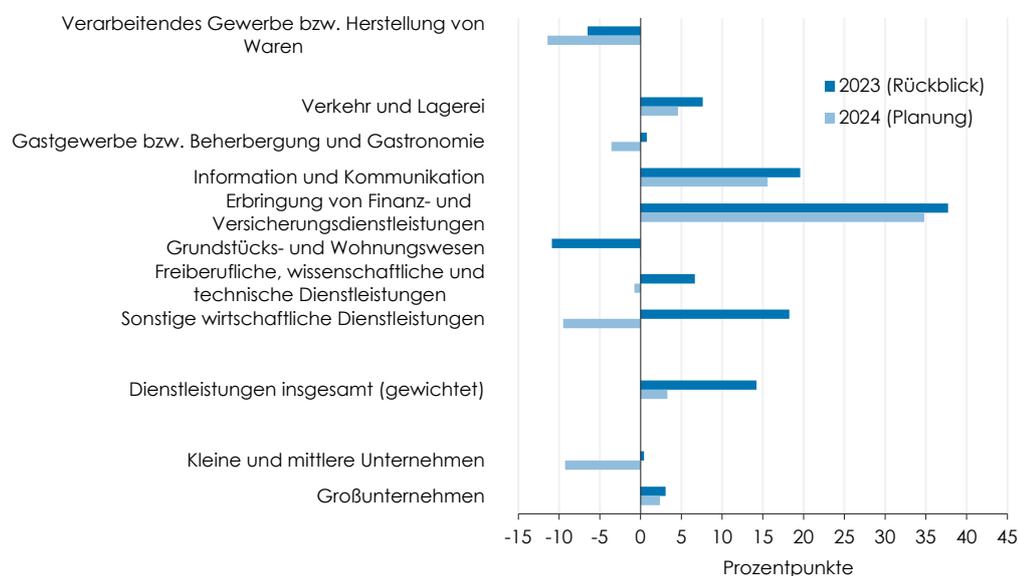
# Unternehmensinvestitionen 2024 rückläufig

## Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

- Im März 2024 befragte das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests rund 1.900 in Österreich tätige Unternehmen zu ihren Investitionsplänen.
- 2024 dürften sich die Investitionen erneut rückläufig entwickeln. Vor allem in der Herstellung von Waren und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen kürzen Unternehmen mehrheitlich ihre Investitionen.
- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) reduzieren ihre Investitionstätigkeit spürbar. Großunternehmen investieren etwas zurückhaltender als 2023.
- Neben Investitionen in Ausrüstung und in Infrastruktur dürften auch die immateriellen Anlageinvestitionen schrumpfen.
- Innerhalb der Sachgütererzeugung planen die Hersteller von dauerhaften Konsumgütern und Vorprodukten, ihre Investitionen einzuschränken.

### Entwicklung der Investitionen



**"Die Unternehmensinvestitionen werden 2024 schrumpfen. Neben Ausrüstungs- und Infrastrukturinvestitionen dürften auch Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen niedriger ausfallen als im Vorjahr."**

Die Unternehmen dürften 2024 zurückhaltender investieren als im Vorjahr. In der Sachgütererzeugung ist erneut ein Rückgang der Investitionen zu erwarten (Q: WIFO-Investitionsbefragung).

# Unternehmensinvestitionen 2024 rückläufig

## Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

### Unternehmensinvestitionen 2024 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung lassen für 2024 eine neuerliche Kürzung der Investitionspläne erwarten. Die Investitionstätigkeit dürfte sich insgesamt rückläufig entwickeln. Vor allem Sachgütererzeuger meldeten mehrheitlich Kürzungen. Für den Dienstleistungssektor rechnet das WIFO mit einem schwachen Investitionswachstum. Auf Branchenebene zeigt sich ein gemischtes Bild. Innerhalb der Sachgütererzeugung kürzen vor allem Hersteller von dauerhaften Konsumgütern und Vorprodukten ihre Investitionen. In den Dienstleistungen dürften die Investitionen in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und im Gastgewerbe schrumpfen, während Erbringer von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie Unternehmen der Information und Kommunikation mit einem robusten Investitionswachstum rechnen. Kleine und mittlere Unternehmen dürften ihre Investitionen deutlicher einschränken als Großunternehmen. Die Abschwächung des Investitionswachstums zeigt sich neben den Ausrüstungs- und Infrastrukturinvestitionen nun auch bei den immateriellen Anlageinvestitionen. Für Österreichs Gesamtwirtschaft rechnet das WIFO für 2024 mit einem Rückgang der realen Bruttoanlageinvestitionen um 2,4%.

**JEL-Codes:** D22, D25, G31 • **Keywords:** Investitionen, Prognose

**Begutachtung:** Christian Glocker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy ([birgit.agnezy@wifo.ac.at](mailto:birgit.agnezy@wifo.ac.at)), Anna Strauss-Kollin ([anna.strauss-kollin@wifo.ac.at](mailto:anna.strauss-kollin@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 14. 6. 2024

**Kontakt:** Klaus Friesenbichler ([klaus.friesenbichler@wifo.ac.at](mailto:klaus.friesenbichler@wifo.ac.at)), Werner Hölzl ([werner.hoelzl@wifo.ac.at](mailto:werner.hoelzl@wifo.ac.at))

### Angesichts der Konjunkturlaute dürften die Investitionen im Jahr 2024 schrumpfen.

Die Konjunkturschwäche in der EU trifft vor allem auf Investitionsgüter spezialisierte Länder wie Deutschland und Österreich. Die schwache Nachfrage und die hohen Zinssätze dämpfen die Investitionstätigkeit. Zinsreagible Komponenten wie Bauleistungen sind besonders betroffen. Für 2024 erwartet das WIFO nach dem Rückgang im Vorjahr eine Stagnation der heimischen Wirtschaftsleistung. 2023 schrumpften in Österreich alle wesentlichen Nachfragekomponenten des BIP in realer Rechnung. Der Export ging um 0,2% zurück, da der leichte Anstieg der Warenausfuhren von einem deutlichen Rückgang der Dienstleistungsexporte konterkariert wurde. Am kräftigsten sank die Nachfrage nach Investitionsgütern. Die Bruttoanlageinvestitionen nahmen 2023 um 2,4% ab. Neben den Investitionen in Ausrüstungen (-1,7%) brachen auch die Bauinvestitionen ein (-5,9%).

Die nominellen Bruttoausrüstungsinvestitionen beliefen sich 2023 auf rund 63,1 Mrd. €, wovon rund 34,5 Mrd. € auf tangible "Ausrüstungen und Waffensysteme" und 28,6 Mrd. € auf immaterielle "sonstige Anlageinvestitionen" entfielen. Die Investitionsquote des privaten Sektors – der Anteil der nominellen Anlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt – lag mit 13,2% leicht unter dem Niveau des Vorjahres (13,4%), jedoch weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt (Friesenbichler et al., 2024).

Die Österreichische Nationalbank (OeNB) erhebt im Rahmen des Bank Lending Survey regelmäßig die Konjunktur des Kreditgeschäfts. Durch die Verschärfung der bankinternen Richtlinien für Unternehmenskredite setzte sich der Trend zu einer restriktiveren Kreditvergabe, der bereits seit dem II. Quartal 2022 besteht, fort. Die veränderten Rahmenbedingungen betreffen vor allem

Kredite an große Unternehmen und langfristige Kredite. Als Grund für die restriktivere Vergabe nannten die von der OeNB befragten Banken eine ungünstigere Risikoeinschätzung bezüglich der Konjunktur, der spezifischen Geschäftsfrage und der Kreditwürdigkeit der Unternehmen. Vermehrt genannt wird auch die mangelnde Werthaltigkeit von Sicherheiten (Hubmann, 2024).

Die ungünstigen Finanzierungsbedingungen spiegeln sich in den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2024. Zwar verbesserten sich die Einschätzungen der Unternehmen zur Kreditvergabebereitschaft der Banken gegenüber dem Vorquartal (+4,6 Punkte), die Kreditürde<sup>1)</sup> blieb mit -18,2 Punkten jedoch weiterhin hoch. Nach Unternehmensgröße zeigen sich nach wie vor Unterschiede: So ist die Kreditürde für kleinere Unternehmen mit unter 50 Beschäftigten höher (-21,6 Punkte) als für mittlere Unternehmen (50 bis 250 Beschäftigte -12,3 Punkte) und Großunternehmen (mehr als 250 Beschäftigte -8,0 Punkte). Die Kreditnachfrage nahm gegenüber dem Vorquartal um 2,2 Prozentpunkte ab und lag in der Gesamtwirtschaft (ohne Einzelhandel) mit 19,6% unter dem langjährigen Durchschnitt (21,0%). In der Bauwirtschaft meldeten im Mai 2024 21,4% der Unternehmen Kreditbedarf, in der Sachgütererzeugung 16,8%, in den Dienstleistungen 20,9% und im Einzelhandel 16,4%. Nach Unternehmensgröße gaben zuletzt 20,3% der kleineren Unter-

nehmen, 20,3% der mittleren Unternehmen und 19,0% der Großunternehmen an, einen Kredit zu benötigen. Von den Unternehmen mit Kreditbedarf mussten rund 39,3% bei der Höhe oder den Konditionen Abstriche machen (27,6% meldeten schlechtere Konditionen, 3,7% eine geringere Höhe und 8,0% beides). Nur etwa 28% konnten ihren Kreditbedarf wie erwartet decken (5-Jahres-Durchschnitt: 46,7%). Überdurchschnittlich war mit 33,5% auch der Anteil der Unternehmen mit Kreditbedarf, die keinen Kredit erhielten oder diesen nicht beantragt hatten (5-Jahres-Durchschnitt: 24,2%; rund 7,4% aller befragten Unternehmen), weil der Kreditantrag von der Bank abgelehnt wurde (7,0%), die Bedingungen nicht akzeptabel waren (14,5%) oder sie wegen Aussichtslosigkeit erst gar nicht versucht hatten, einen Kredit zu erlangen (12,0%)<sup>2)</sup>.

Für 2024 rechnet das WIFO in seiner Prognose vom Juni 2024 mit einem Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen insgesamt um 2,4% (real). Das Bild unterscheidet sich nach Investitionskategorien. Während Ausstattungsinvestitionen (einschließlich militärischer Waffensysteme) um 5,0% und Bauinvestitionen um 4,2% zurückgehen dürften, werden "sonstige Anlageinvestitionen" (etwa Investitionen in Software und Forschung und Entwicklung sowie Konzessionen) um voraussichtlich 4,0% ausgeweitet (Glocker & Ederer, 2024).

## Die WIFO-Investitionsbefragung

Seit November 2021 erhebt das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests die Investitionsabsichten in Österreich tätiger Unternehmen. Die Stichprobe umfasst rund 1.900 Unternehmen aus dem privaten Sektor und berücksichtigt die folgenden NACE-Rev.-2-Abschnitte: Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen. Die Repräsentativität der Befragung wird im Anhang ausgewiesen.

Die befragten Unternehmen werden auch nach ihrer Größe klassifiziert, wobei Unternehmen mit zumindest 250 Beschäftigten als Großunternehmen und jene mit weniger als 250 Beschäftigten als kleine und mittlere Unternehmen (KMU) definiert werden.

Mit der WIFO-Investitionsbefragung wird der WIFO-Investitionstest weitergeführt, der von 1963 bis zum Frühjahr 2021 als eigenständige Befragung durchgeführt wurde und seit 1996 Teil des gemeinsamen harmonisierten Programmes für Konjunkturumfragen in der Europäischen Union war, das von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen – GD ECFIN) finanziell unterstützt wird.

## 1. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung

### 1.1 Investitionen 2023 kaum ausgeweitet – weitere Abschwächung erwartet

Die Investitionstätigkeit unterschied sich im Jahr 2023 abermals beträchtlich nach Branchen. Der Prozentsaldo zwischen jenen Unternehmen, die angaben, ihre Investitionen 2023 ausgeweitet zu haben, und jenen, die

eine Verringerung meldeten, ist in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, der Information und Kommunikation sowie den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen am höchsten. In diesen Branchen überwiegen die Meldungen einer Ausweitung der Investitionen deutlich. Negative Salden für 2023 weisen das Grund-

**Die Investitionsdynamik blieb 2023 gedämpft, vor allem in der Herstellung von Waren.**

<sup>1)</sup> Die Kreditürde ist der Saldo des Anteils der Unternehmen, die die Kreditvergabe der Banken als entgegenkommend bezeichnen, und des Anteils der Unternehmen, welche sie als restriktiv beurteilen.

<sup>2)</sup> Siehe <https://www.wifo.ac.at/forschung/themen/plattformen/konjunktur-und-prognosen/wifo-konjunkturtest/#kreditbedingungen> (abgerufen am 12. 6. 2024).

**2024 dürfte sich das Investitionswachstum weiter abschwächen. Sachgütererzeuger dürften ihre Investitionen neuerlich einschränken.**

**Großunternehmen planen auch 2024 etwas häufiger Investitionsausweitungen als Kürzungen. KMU dürften ihre Investitionen dagegen mehrheitlich kürzen.**

stücks- und Wohnungswesen sowie die Herstellung von Waren auf. Insgesamt meldeten Sachgütererzeuger deutlich seltener ein Investitionswachstum als Dienstleister<sup>3)</sup>.

Für das Jahr 2024 deuten die Einschätzungen der Unternehmen auf eine weiter abnehmende Investitionsdynamik hin. Besonders ausgeprägt ist der Rückgang der Saldo in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. In der Herstellung von Waren fällt er zwar schwächer aus als in den Dienstleistungen insgesamt, die Sachgütererzeuger dürften ihre Investitionen jedoch neuerlich einschränken, während in den Dienstleistungen noch ein zaghaftes Wachstum möglich

ist. Im Grundstücks- und Wohnungswesen verbesserte sich der Saldo, beträgt jedoch für 2024 null. Am stärksten dürften 2024 Unternehmen der Information und Kommunikation sowie Finanz- und Versicherungsdienstleister ihre Investitionen ausweiten.

Großunternehmen ab 250 Beschäftigten planen für 2024 häufiger eine Ausweitung ihrer Investitionen als Kürzungen; der entsprechende Saldo sank im Vergleich zum Jahr 2023 leicht. Kleine und mittlere Unternehmen beabsichtigen dagegen mehrheitlich eine Kürzung ihrer Investitionen und dürften 2024 deutlich zurückhaltender investieren als im Vorjahr (Übersicht 1).

## Übersicht 1: Investitionen

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2023			Saldo	Steigen	2024		
	Gestiegen	Gleich geblieben	Gesunken			Gleich geblieben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen					In % der Meldungen		
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	26	42	32	- 7	24	41	35	- 11
Verkehr und Lagerei	30	48	22	8	30	45	25	5
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	33	35	32	1	27	43	30	- 4
Information und Kommunikation	28	63	9	20	29	58	13	16
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	38	62	0	38	44	46	10	35
Grundstücks- und Wohnungswesen	18	54	29	- 11	19	63	19	0
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	24	58	18	7	19	60	20	- 1
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	34	51	15	18	14	62	24	- 10
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	33	48	19	14	19	64	16	3
Kleine und mittlere Unternehmen	27	47	26	0	21	50	30	- 9
Großunternehmen	28	48	25	3	29	44	27	2

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum vorletzten Jahr sind unsere Investitionen im Vorjahr . . ." und "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . .".

**Hersteller von dauerhaften Konsumgütern und Vorprodukten dürften ihre Investitionen im laufenden Jahr deutlich einschränken.**

Die schwache Nachfrage dämpft zusammen mit dem ungünstigen Umfeld, das durch Besorgnis über die Wettbewerbsfähigkeit sowie geopolitische Unsicherheit geprägt ist, die Investitionsbereitschaft der österreichischen Sachgütererzeuger. Die Indikatoren des WIFO-Konjunkturtests zur aktuellen Geschäftslage notieren auf niedrigem Niveau. Zudem stagnieren die Bruttobetriebsüberschüsse als Näherungswert für das Kapitaleinkommen, wodurch die Innenfinanzierung in deutlich geringerem Ausmaß

als Quelle der Investitionsfinanzierung zur Verfügung steht. Für 2024 geplante Investitionsvorhaben wurden teils gestrichen und häufig verkleinert. Per Saldo sind die Einschränkungen in den Bereichen Vorprodukte und dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter) besonders ausgeprägt, während sich der Saldo im Bereich nichtdauerhafter Konsumgüter (Verbrauchsgüter) leicht verbesserte. Bei Herstellern von Investitionsgütern stagniert der Saldo auf niedrigem Niveau (Übersicht 2).

<sup>3)</sup> Im langfristigen Durchschnitt 2008/2017 machten die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes bzw. der Herstellung von Waren laut Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria 23,3% der gesamten

Investitionen des Unternehmenssektors aus (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen: 18,7%, Verkehr und Lagerei: 14,9%; Friesenbichler et al., 2021).

## Übersicht 2: Investitionen der Sachgütererzeugung

	2023				2024			
	Gestiegen	Gleich geblieben	Gesunken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozent- punkte	In % der Meldungen			Prozent- punkte
Vorprodukte	27	38	35	- 8	19	37	44	- 25
Investitionsgüter	25	45	29	- 4	27	42	31	- 4
Kraftfahrzeuge	41	17	42	0	30	51	20	10
Konsumgüter	24	46	30	- 6	28	47	25	2
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	7	51	42	- 35	3	48	49	- 46
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	27	45	28	- 2	32	47	22	10
Nahrungsmittel und Getränke	31	44	26	5	41	50	10	31

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum vorletzten Jahr sind unsere Investitionen im Vorjahr . . ." und "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . .".

### Gewichtung

Es wurden zwei verschiedene Gewichtungsansätze gewählt, einer für die Beobachtungen innerhalb der Branchen und ein zweiter für Branchengruppen bzw. Sektoren.

Für einzelne Branchen werden die jeweiligen Beschäftigungsstände der Unternehmen als Gewichte herangezogen. Da Österreichs Wirtschaftsstruktur von wenigen Großunternehmen dominiert wird, werden Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten mit einem Maximalwert von 250 berücksichtigt, d. h. sie erhalten – relativ gesehen – ein geringeres Gewicht als ihnen aufgrund der Beschäftigtenanzahl tatsächlich zustünde.

Um gewichtete Aggregate von Branchengruppen zu erhalten (z. B. für die Klasse der "Konsumgüterproduzenten" oder den "Dienstleistungssektor" insgesamt), werden Gewichte auf sektoraler Ebene anhand der Variable "Gesamtinvestitionen" in den Daten der Leistungs- und Strukturhebung (LSE) der Statistik Austria berechnet. Die LSE ist die wichtigste Quelle für offizielle Investitionsdaten in Österreich. Um mögliche Verzerrungen aufgrund konjunktureller Schwankungen zu minimieren, wurde für die Berechnung der Gewichte – d. h. der Anteile der Branchengruppen an den Gesamtinvestitionen – ein mehrjähriger Durchschnitt für den Zeitraum 2017/2021 herangezogen.

Regional schwankt die Investitionsbereitschaft erheblich, was sowohl an den Werten für 2024 als auch an der Veränderung der Salden gegenüber dem Vorjahr ablesbar ist. Für 2024 meldeten Unternehmen in Oberösterreich, Kärnten, Salzburg und Vorarlberg mehrheitlich Kürzungen ihrer Investitionen. Im Burgenland, in Wien und in Niederösterreich

erwarten die Unternehmen dagegen mehrheitlich Ausweitungen. In Tirol halten sich positive und negative Meldungen die Waage. Auch im Vergleich mit dem Vorjahr zeigt sich ein gemischtes Bild. Nur in der Steiermark, im Burgenland und in Niederösterreich haben sich die Salden gegenüber 2023 verbessert (Übersicht 3).

**Unternehmen in Oberösterreich, Kärnten, Salzburg und Vorarlberg dürften 2024 deutlich weniger investieren als im Vorjahr.**

## Übersicht 3: Investitionen nach Bundesländern

	2023				2024			
	Gestiegen	Gleich geblieben	Gesunken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozent- punkte	In % der Meldungen			Prozent- punkte
Wien	26	58	16	9	22	63	15	7
Niederösterreich	25	51	24	1	29	47	24	5
Burgenland	27	43	30	- 3	39	31	30	8
Steiermark	19	46	35	- 16	29	45	26	3
Kärnten	30	41	28	2	24	31	45	- 21
Oberösterreich	26	47	27	- 1	17	44	39	- 22
Salzburg	33	31	36	- 4	17	50	34	- 17
Tirol	45	37	19	26	29	43	29	0
Vorarlberg	25	47	28	- 3	22	41	37	- 15

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum vorletzten Jahr sind unsere Investitionen im Vorjahr . . ." und "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . .".

## 1.2 Investitionen in allen Kategorien rückläufig

Jeweils im Frühjahr werden in der Umfrage ergänzende Informationen zu drei Unterkategorien erhoben, aus denen sich die Gesamtinvestitionen zusammensetzen:

- Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen,
- Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur,
- Investitionen in immaterielle Anlagegüter (z. B. Investitionen in Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente).

Diese Daten werden sowohl für das jeweils laufende Kalenderjahr zum Zeitpunkt der Erhebung – die aktuelle Befragung wurde im März 2024 durchgeführt – als auch für das Vorjahr erhoben. Die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten lauteten "steigen", "gleich bleiben" und "sinken". Um die Darstellung möglichst kompakt zu halten, werden im Folgenden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen, wieder jeweils für das laufende und das vorangegangene Jahr.

Im Bereich Ausrüstungsinvestitionen verschlechterten sich die Salden sowohl in der Sachgütererzeugung, wo sie weiter in den negativen Bereich abrutschten, als auch im Dienstleistungssektor (Übersicht 4). Neben Sachgütererzeugern planen auch Unternehmen in der Beherbergung und Gastronomie, in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleis-

tungen mehrheitlich Kürzungen ihrer Ausrüstungsinvestitionen.

Bei den Infrastrukturinvestitionen ist ebenfalls ein kräftiger Rückgang der Salden zu beobachten. Für 2024 ist der Saldo einzig in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen positiv, obgleich deutlich geringer als im Vorjahr. Im Vorjahresvergleich stagnierte lediglich das Gastgewerbe mit einem Saldo-Zuwachs von 1 Prozentpunkt auf niedrigem Niveau, während sich der Ausblick in allen anderen Branchen teils deutlich eingetrübt hat.

Auch die immateriellen Anlageinvestitionen entwickeln sich voraussichtlich klar negativ. Alle beobachteten Branchen zeigen rückläufige Tendenzen im Vergleich zum Vorjahr. Für 2024 sind die Salden in Beherbergung und Gastronomie, Verkehr und Lagerei sowie in der Herstellung von Waren negativ.

In der Zusammenschau ist die Abschwächung der Investitionsdynamik im Jahr 2024 somit breit getragen. Auch die immateriellen Investitionen dürften zurückgefahren werden.

Nach Unternehmensgröße zeigen sich kaum Unterschiede in den Investitionsabsichten. Im Fall der KMU sind die Salden aller drei Investitionskategorien negativ. Großunternehmen weiten 2024 lediglich die Investitionen in immaterielle Anlagegüter aus, allerdings etwas schwächer als im Vorjahr. Gegenüber 2023 haben sich die Salden durchgängig verschlechtert (Übersicht 4).

**Die Abschwächung der Investitionsdynamik ist in allen drei Kategorien zu beobachten. Auch die immateriellen Investitionen dürften sich 2024 rückläufig entwickeln.**

**KMU reduzieren ihre Investitionen im Jahr 2024 über alle Kategorien, Großunternehmen weiten lediglich die immateriellen Investitionen aus.**

### Übersicht 4: Investitionen nach Investitionskategorien

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2023			2024		
	Ausrüstungen <sup>1)</sup>	Infrastruktur <sup>2)</sup>	Immaterielle Anlagegüter <sup>3)</sup>	Ausrüstungen <sup>1)</sup>	Infrastruktur <sup>2)</sup>	Immaterielle Anlagegüter <sup>3)</sup>
	Saldo in Prozentpunkten					
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	- 6	- 3	1	- 11	- 18	- 1
Verkehr und Lagerei	4	- 4	7	0	- 9	- 9
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	- 2	- 12	- 1	- 5	- 11	- 13
Information und Kommunikation	3	7	39	2	0	34
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	19	34	50	4	24	29
Grundstücks- und Wohnungswesen	- 13	13	4	3	- 21	1
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	- 7	6	12	- 13	- 10	6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	- 1	- 9	19	- 11	- 25	6
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	9	12	25	2	- 14	5
Kleine und mittlere Unternehmen	- 4	- 7	7	- 10	- 17	- 3
Großunternehmen	- 4	7	10	- 6	- 9	9

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024. Für eine kompakte Darstellung werden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen. – <sup>1)</sup> Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen. – <sup>2)</sup> Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur. – <sup>3)</sup> Investitionen in immaterielle Anlagegüter (Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente u. Ä.).

Innerhalb der Sachgütererzeugung ist das Bild gemischt. Der kräftige Investitionsrückgang spiegelt sich in der Vorproduktindustrie in allen drei Investitionskategorien. Bei den Produzenten von dauerhaften Konsumgütern ist er durch den Einbruch der Infrastruk-

turinvestitionen, einschließlich der Investitionen in Gebäude oder Grundstücke, getrieben, während sich der Rückgang der immateriellen Investitionen verlangsamen dürfte. Bei den Ausrüstungsinvestitionen scheint die Talsohle erreicht (Übersicht 5).

Übersicht 5: Investitionen der Sachgütererzeugung nach Investitionskategorien

	2023			2024		
	Ausrüstungen <sup>1)</sup>	Infrastruktur <sup>2)</sup>	Immaterielle Anlagegüter <sup>3)</sup>	Ausrüstungen <sup>1)</sup>	Infrastruktur <sup>2)</sup>	Immaterielle Anlagegüter <sup>3)</sup>
	Saldo in Prozentpunkten					
Vorprodukte	- 8	- 4	1	- 21	- 21	- 7
Investitionsgüter	- 2	3	4	- 6	- 16	0
Kraftfahrzeuge	0	12	- 5	21	- 3	- 17
Konsumgüter	- 9	- 9	- 2	2	- 16	10
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	- 40	- 38	- 23	- 39	- 45	- 9
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	- 4	- 5	2	8	- 12	13
Nahrungsmittel und Getränke	1	- 3	- 3	31	3	20

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024. Für eine kompakte Darstellung werden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen. – <sup>1)</sup> Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen. – <sup>2)</sup> Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur. – <sup>3)</sup> Investitionen in immaterielle Anlagegüter (Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente u. Ä.).

Übersicht 6: Investitionen nach Bundesländern und Investitionskategorien

	2023			2024		
	Ausrüstungen <sup>1)</sup>	Infrastruktur <sup>2)</sup>	Immaterielle Anlagegüter <sup>3)</sup>	Ausrüstungen <sup>1)</sup>	Infrastruktur <sup>2)</sup>	Immaterielle Anlagegüter <sup>3)</sup>
	Saldo in Prozentpunkten					
Wien	3	0	15	- 4	- 6	11
Niederösterreich	- 2	5	8	- 2	- 2	- 1
Burgenland	1	14	12	- 20	- 7	2
Steiermark	15	5	21	- 5	- 12	5
Kärnten	- 7	8	3	- 5	- 28	- 3
Oberösterreich	- 11	- 16	- 2	0	2	- 8
Salzburg	- 23	4	- 4	- 4	- 9	0
Tirol	0	4	14	- 20	- 28	- 21
Vorarlberg	- 7	- 27	6	- 16	- 28	2

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024. Für eine kompakte Darstellung werden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen. – <sup>1)</sup> Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen. – <sup>2)</sup> Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur. – <sup>3)</sup> Investitionen in immaterielle Anlagegüter (Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente u. Ä.).

## 2. Literaturhinweise

Friesenbichler, K. S., Bilek-Steindl, S., & Glocker, C. (2021). Österreichs Investitionsperformance im internationalen und sektoralen Vergleich. Erste Analysen zur COVID-19-Krise. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4673721>.

Friesenbichler, K., Hölzl, W., Peneder, M., & Wolfmayr, Y. (2024). Exporte trotz schwacher Industriekonjunktur. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2023. WIFO-Monatsberichte, 97(5), 283-298. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51810181>.

Hubmann, G. (2024). Bank Lending Survey – Tiefpunkt bei der Nachfrage nach privaten Wohnbaukrediten durchschritten, OeNB Report 2024/4. Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom April 2024. <https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/reports/2024/oenb-report-2024-4-bls/oenb-report-2024-4-bls.html>.

Glocker, C., & Ederer, S. (2024). Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025. WIFO-Konjunkturprognose, (2). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52905241>.

### 3. Anhang: Repräsentationsgrad der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024

#### Übersicht 1: Repräsentationsgrad der Stichprobe

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte		Repräsentationsgrad in %
		Gemeldet	Insgesamt <sup>1)</sup>	
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	466	42.924	645.296	6,7
Verkehr und Lagerei	157	7.266	180.857	4,0
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	315	11.110	153.057	7,3
Information und Kommunikation	130	7.623	94.810	8,0
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	33	3.756	103.660	3,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	51	3.051	27.706	11,0
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	321	11.110	124.182	8,9
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	119	6.602	210.691	3,1
<b>Kleine und mittlere Unternehmen<sup>2)</sup></b>	<b>1.800</b>	<b>72.967</b>	<b>777.049</b>	<b>9,4</b>
<b>Großunternehmen<sup>2)</sup></b>	<b>149</b>	<b>37.250</b>	<b>763.210</b>	<b>4,9</b>

Q: WIFO-Investitionsbefragung Frühjahr 2024. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – <sup>1)</sup> Statistik Austria, Leistungs- und Strukturerhebung 2021 (letzter verfügbarer Stand). – <sup>2)</sup> Für jene Positionen, die Statistik Austria aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht nicht veröffentlicht, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

#### Übersicht 2: Repräsentationsgrad der Stichprobe – Sachgütererzeugung

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte		Repräsentationsgrad in %
		Gemeldet	Insgesamt <sup>1)</sup>	
Vorprodukte <sup>2)</sup>	196	19.285	284.158	6,8
Investitionsgüter <sup>2)</sup>	135	14.997	208.375	7,2
Kraftfahrzeuge	12	2.055	37.508	5,5
Konsumgüter	134	8.562	152.763	5,6
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter <sup>2)</sup> )	48	2.674	31.654	8,4
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	86	5.888	121.109	4,9
Nahrungsmittel und Getränke	44	3.679	76.494	4,8

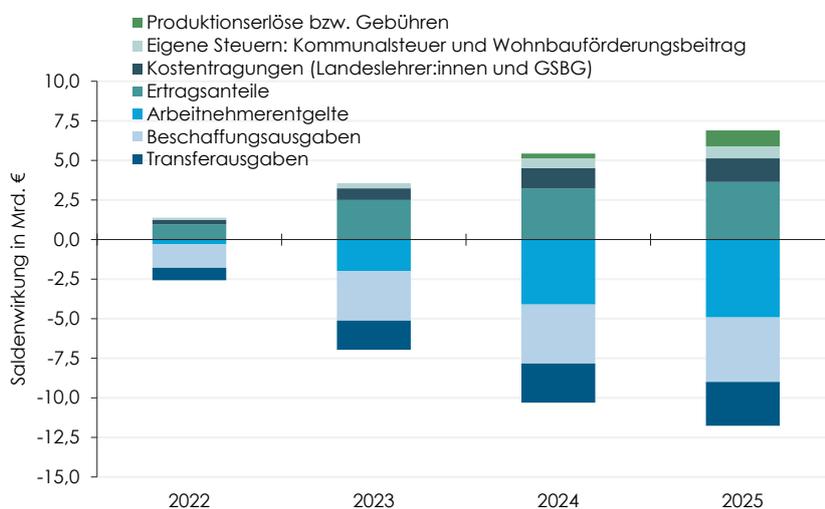
Q: WIFO-Investitionsbefragung Frühjahr 2024. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – <sup>1)</sup> Statistik Austria, Leistungs- und Strukturerhebung 2021 (letzter verfügbarer Stand). – <sup>2)</sup> Für jene Positionen, die Statistik Austria aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht nicht veröffentlicht, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

# Auswirkungen hoher Inflation auf die Haushalte der subnationalen Gebietskörperschaften

Simon Loretz, Hans Pitlik

- Die hohe Inflation der vergangenen Jahre wirkt sich – zum Teil verzögert – auf die Einnahmen und Ausgaben der Länder und Gemeinden aus.
- Das WIFO schätzte die inflationsinduzierten Effekte, indem es den realisierten bzw. prognostizierten Budgetpfad mit einem kontrafaktischen Szenario verglich.
- Über den Zeitraum 2022 bis 2025 ergeben sich für die Länder und Gemeinden erhebliche inflationsbedingte Mehreinnahmen. Steuerpolitische Maßnahmen des Bundes dämpfen die Einnahmendynamik.
- Bei unverändert hoher struktureller Ausgabendynamik, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Elementarbildung, Soziales und Pflege, belasten inflationsbedingte Mehrausgaben dauerhaft die Haushalte der subnationalen Gebietskörperschaften.
- Im Ergebnis bleiben die inflationsbedingten Einnahmewachse auf Landes- und Gemeindeebene hinter den Mehrausgaben zurück.

## Inflationsbedingte Mehreinnahmen und -ausgaben der Länder und Gemeinden



**"Trotz erheblicher Mehreinnahmen aus Ertragsanteilen bleiben die inflationsinduzierten Einnahmen der Länder und Gemeinden hinter den Mehrausgaben zurück."**

Den Mehreinnahmen, insbesondere aus Ertragsanteilen, stehen deutlich höhere Mehrausgaben gegenüber. In zunehmendem Ausmaß belasten höhere Arbeitnehmerentgelte die subnationalen Budgets (Q: WIFO-Berechnungen, GSBG . . . Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz).

# Auswirkungen hoher Inflation auf die Haushalte der subnationalen Gebietskörperschaften

Simon Loretz, Hans Pitlik

## Auswirkungen hoher Inflation auf die Haushalte der subnationalen Gebietskörperschaften

In föderativen Staatswesen ist die adäquate Mittelausstattung der Gebietskörperschaften von wesentlicher Bedeutung für die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Sektors. Strukturelle Entwicklungstrends und Politikmaßnahmen, welche die Ausgaben erhöhen und die Einnahmen dämpfen, verschlechtern mittelfristig die Budgetpositionen. Die hohe Inflation der vergangenen Jahre hat direkte und indirekte, teilweise verzögerte Effekte auf Ausgaben und Einnahmen aller Verwaltungsebenen. Mittels eines kontrafaktischen Szenarienvergleichs schätzte das WIFO die Auswirkungen des lebhaften Preisauftriebes auf die Haushalte der Länder und Gemeinden für den Zeitraum 2022 bis 2025. Im Ergebnis bleiben die inflationsinduzierten Einnahmewachse hinter den induzierten Mehrausgaben zurück.

**JEL-Codes:** E30, H12, H70 • **Keywords:** Inflation, öffentliche Haushalte, Länder, Gemeinden

Der vorliegende Beitrag beruht auf einer WIFO-Studie im Auftrag der Verbindungsstelle der Österreichischen Bundesländer: Simon Loretz, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller, Inflation und Budgets der Bundesländer in Österreich (Juni 2024, 107 Seiten, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51617391>).

**Begutachtung:** Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Cornelia Schobert ([cornelia.schobert@wifo.ac.at](mailto:cornelia.schobert@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 15. 7. 2024

**Kontakt:** Simon Loretz ([simon.loretz@wifo.ac.at](mailto:simon.loretz@wifo.ac.at)), Hans Pitlik ([hans.pitlik@wifo.ac.at](mailto:hans.pitlik@wifo.ac.at))

## Effects of High Inflation on Subnational Governments' Budgets

In federal states, adequate funding of the regional authorities is essential for the public sector to fulfill its tasks. Structural development trends and policy measures that increase expenditure and curb revenue worsen budget positions in the medium term. The high inflation of recent years has had direct and indirect, sometimes delayed effects on expenditure and revenue at all levels of government. Using a counterfactual scenario comparison, WIFO estimated the effects of the buoyant inflation on state and local government budgets for the period 2022 to 2025. The result shows that the inflation-induced revenue growth will fall short of the induced additional expenditure.

## 1. Einleitung

Die Jahre seit 2020 waren durch zahlreiche Schocks geprägt, die sich auf den Märkten unterschiedlich auswirkten (Felbermayr et al., 2023; Fritzer et al., 2023; Gischer et al., 2023) und die Inflation beschleunigten. Erstens führten die COVID-19-Pandemie und die durch gesundheitspolitische Maßnahmen ausgelösten Angebotsengpässe zu Produktionsrückgängen und Störungen in den internationalen Lieferketten. Zweitens verursachte der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine einen rasanten Anstieg der Energiepreise, ausgelöst insbesondere durch die Drosselung russischer Energielieferungen. Beides ließ die Kosten für Vorprodukte und Rohstoffe ansteigen. Die Weitergabe des Preisanstiegs an die Verbraucher:innen erhöhte in verschiedenen Sektoren die Preisdynamik. Zudem sorgten kräftige Lohnsteigerungen im Jahr 2023 und die damit verbundene höhere Nachfrage für zusätzlichen Preisdruck.

Nach einer langen Phase niedriger bis moderater Inflationsraten – zuletzt hatten sie

2011 den Wert von 3% überstiegen – verzeichnete Österreich etwa ab der Jahresmitte 2021 eine steile Aufwärtsbewegung der Verbraucherpreise. 2022 (8,6%) und 2023 (7,8%) ergaben sich so die höchsten Inflationsraten seit 40 Jahren. Obwohl das WIFO für 2024 (3,4%) und 2025 (2,5%) eine Abschwächung des Verbraucherpreisanstiegs erwartet (Glocker & Ederer, 2024), haben sich die preislichen Rahmenbedingungen der Fiskalpolitik innerhalb kurzer Zeit beträchtlich verändert.

Die Effekte hoher Inflationsraten auf die öffentlichen Haushalte waren lange Zeit nicht von wissenschaftlichem Interesse; thematisiert wurden eher die potenziellen Auswirkungen von Desinflation (Attinasi et al., 2016). Der älteren These vom "Staat als Inflationsgewinner" zufolge (Timm, 1977) profitiert die öffentliche Hand von einer realen Entwertung der Staatsschuld, auch deshalb, weil sie kaum Geldvermögen, wohl aber weniger inflationsanfällige Immobilien und

Unternehmensbeteiligungen besitzt (Aizenman & Marion, 2011). Generell wird angenommen, dass öffentliche Haushalte durch einen inflationsinduzierten Anstieg der Steuerbemessungsgrundlagen kurzfristig Mehreinnahmen lukrieren. Freilich können steigende Preise auch höhere Staatsausgaben verursachen (Tanzi et al., 1987; Grömling & Matthes, 2022)<sup>1)</sup>. Der Nettoeffekt von Inflation auf die öffentlichen Haushalte ist insofern ambivalent. Anfängliche Einnahmewachse können nach wenigen Jahren verschwinden, während die inflationsbedingten Mehrausgaben oft erst mit Verzögerung einsetzen. Dadurch erstreckt sich ein budgetärer Inflationsschock meist über mehrere Jahre.

Theoretische und empirische Betrachtungen stellen meist auf den Haushalt des Gesamtstaates ab. In föderalen Staatswesen ist jedoch gerade die adäquate Mittelausstattung der Länder und Gemeinden von wesentlicher Bedeutung für die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Sektors. Hohe Inflation wirkt sich unterschiedlich auf die Haushalte der subnationalen Verwaltungsebenen aus, da sich diese einerseits (teilweise) aus anderen Einnahmequellen speisen als der Bundeshaushalt, andererseits aber auch eine andere Zusammensetzung der Aufgaben und Ausgaben aufweisen.

**Aus theoretischer Perspektive ist der Nettoeffekt von höherer Inflation auf die öffentlichen Haushalte ambivalent.**

## 2. Entwicklung des Staatshaushaltes nach Subsektoren

Die Haushalte der Subsektoren des Staates (Bund, Sozialversicherung, Länder, Gemeinden; in Abgrenzung nach ESVG 2010) spiegeln die unstete Wirtschaftsentwicklung in Österreich während der rezenten Krisen wider. War der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo 2019 noch positiv gewesen

(+2,3 Mrd. € oder +0,6% des BIP), so führten der pandemiebedingte Einbruch der Wirtschaftsleistung und die umfangreichen Stützungs- und Hilfsmaßnahmen für private Haushalte und Unternehmen 2020 und 2021 zu Rekorddefiziten von –30,4 Mrd. € (–8,0% des BIP) bzw. –23,4 Mrd. € (–5,8% des BIP).

Übersicht 1: Defizit und Schulden des Gesamtstaates und der Subsektoren

	Defizit					Schulden				
	Staat	Bundessektor	Landesebene	Gemeindeebene	Sozialversicherungsträger	Staat	Bundessektor	Landesebene	Gemeindeebene	Sozialversicherungsträger
	Mrd. €					Mrd. €				
2015	– 3,5	– 4,1	0,4	– 0,1	0,3	292,3	255,4	21,2	14,6	1,1
2016	– 5,5	– 4,4	– 1,3	– 0,3	0,4	296,2	257,2	22,6	15,3	1,1
2017	– 3,0	– 3,4	0,2	– 0,3	0,5	290,0	251,2	22,2	15,7	0,9
2018	– 0,7	– 0,5	0,6	0,1	0,5	285,4	246,1	21,8	16,2	1,3
2019	2,3	1,6	0,5	– 0,1	0,2	280,5	241,9	21,1	16,5	1,0
2020	– 30,4	– 27,3	– 2,0	– 1,1	0,0	315,9	273,4	22,6	18,0	2,0
2021	– 23,4	– 21,1	– 2,1	– 0,3	0,1	334,3	288,9	24,7	19,4	1,2
2022	– 14,6	– 17,0	1,9	0,9	– 0,5	350,7	306,5	24,1	19,2	0,9
2023	– 12,7	– 9,7	– 0,5	– 1,9	– 0,6	371,1	323,1	25,7	21,1	1,2

	In % des BIP					In % des BIP				
	Staat	Bundessektor	Landesebene	Gemeindeebene	Sozialversicherungsträger	Staat	Bundessektor	Landesebene	Gemeindeebene	Sozialversicherungsträger
2015	– 1,0	– 1,2	0,1	0,0	0,1	84,9	74,2	6,2	4,2	0,3
2016	– 1,5	– 1,2	– 0,4	– 0,1	0,1	82,8	71,9	6,3	4,3	0,3
2017	– 0,8	– 0,9	0,1	– 0,1	0,1	78,5	68,0	6,0	4,3	0,2
2018	– 0,2	– 0,1	0,2	0,0	0,1	74,1	63,9	5,6	4,2	0,3
2019	0,6	0,4	0,1	0,0	0,0	70,6	60,9	5,3	4,2	0,3
2020	– 8,0	– 7,2	– 0,5	– 0,3	0,0	82,9	71,8	5,9	4,7	0,5
2021	– 5,8	– 5,2	– 0,5	– 0,1	0,0	82,5	71,3	6,1	4,8	0,3
2022	– 3,3	– 3,8	0,4	0,2	– 0,1	78,4	68,5	5,4	4,3	0,2
2023	– 2,6	– 2,0	– 0,1	– 0,4	– 0,1	77,6	67,6	5,4	4,4	0,3

Q: Statistik Austria. Gemäß Klassifikation des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG) wird Wien der Gemeindeebene zugeordnet.

In den Hochinflationen 2022 und 2023 verbesserte sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo leicht, blieb aber deutlich negativ (Übersicht 1). Die Defizite des Gesamt-

staates wurden größtenteils vom Bund realisiert. Die Budgetsalden der Länder und Gemeinden beliefen sich 2020 und 2021 zusammen auf –0,8% bzw. –0,6% des BIP. 2022

<sup>1)</sup> Ein Inflationsschock kann zudem die Entwicklung der Realwirtschaft negativ beeinflussen und die Bud-

getpositionen belasten (Paul et al., 1997; Pindyck & Soliman, 1993; Andrés & Hernando, 1999).

erzielten sie sogar einen Überschuss von 0,6% des BIP (2,9 Mrd. €), bevor ihr Maastricht-Saldo 2023 wieder auf -0,5% des BIP (-2,4 Mrd. €) drehte.

Ähnlich ungünstig entwickelte sich der Schuldenstand der Republik Österreich. Nachdem er zwischen 2015 und 2019 von 84,9% bis auf 70,6% des BIP reduziert werden konnte, waren die Krisenjahre 2020 bis 2023 von einem beträchtlichen Wiederanstieg der Staatsverschuldung gekennzeichnet. Der Bruttoschuldenstand des Bundes erhöhte sich zwischen 2019 und Ende 2023 um 81,2 Mrd. € auf 323,1 Mrd. €. Die Schulden der Länder und Gemeinden wuchsen um 9,2 Mrd. € auf insgesamt 46,8 Mrd. € bzw.

### 3. Methodisches Vorgehen

#### 3.1 Wirkungskanäle

Die Wirkungskanäle, wie sich eine erhöhte Inflation in den öffentlichen und speziell den Haushalten der Länder und Gemeinden niederschlägt, sind durchaus komplex. Es ist nicht immer eindeutig, welche Effekte der Inflationsentwicklung zurechenbar sind.

Inflation wirkt sich selbst dann auf die öffentlichen Haushalte aus, wenn die Politik keine diskretionären Maßnahmen als Reaktion auf die Preisentwicklung ergreift ("No-Policy Change"). Bestimmte staatliche Einnahmen und Ausgaben erweisen sich dabei als besonders inflationssensitiv, da sie gleichsam automatisch auf eine höhere Inflation reagieren. Steigen etwa die Preise für Waren und Dienstleistungen, erhöhen sich die nominalen Konsumausgaben der privaten Haushalte und damit die Basis für die Umsatzsteuer, sodass die Umsatzsteuereinnahmen steigen. Ähnlich verhält es sich bei Verbrauchssteuern, die als Prozentsatz des Verkaufspreises ("Wertsteuern") erhoben werden. Weniger eindeutig ist z. B., wie Unternehmenssteuern auf den Preisauftrieb reagieren. Wenn Unternehmen Preiserhöhungen durchsetzen können, die die Kostensteigerungen übertreffen, erzielen sie höhere Gewinne und die Einnahmen aus den Gewinnsteuern (Körperschaftsteuer, veranlagte Einkommensteuer) wachsen. Wenn dagegen die inflationsbedingten Kostensteigerungen (Löhne, Beschaffungskosten) überwiegen, sinken die Gewinnmargen und somit die Steuereinnahmen.

Ausgabeneffekte ergeben sich, wenn die öffentliche Hand Kapitalgüter, Verbrauchsgüter oder private Dienstleistungen zum

9,8% des BIP; der Zuwachs fiel im Vergleich zur Bundesebene somit moderat aus.

Die hohen Defizite und der Anstieg der Staatsschuld sind einerseits das Ergebnis der Konjunktorentwicklung und folgen andererseits aus den umfangreichen diskretionären Politikmaßnahmen zur Überwindung der Krisen. Diese Maßnahmen hatten oft temporären, teils aber auch dauerhaften Charakter (Kettner et al., 2021, 2023)<sup>2)</sup>. Die Auswirkungen der Inflation auf die öffentlichen Haushalte werden daher auch von budgetären Effekten der staatlichen Interventionen und Hilfsmaßnahmen überlagert, die in Reaktion auf die COVID-19-Krise ergriffen wurden.

Eigenverbrauch oder für Dritte auf dem Markt kauft, deren Preise inflationsbedingt ansteigen. Andere Ausgaben sind formell oder informell an die Inflation gekoppelt. Transferleistungen an private Haushalte (Pensionen, bestimmte Sozialleistungen) werden weitgehend automatisch an die Preisentwicklung angepasst, um eine reale Entwertung der Leistungsniveaus zu verhindern. Zuweilen bedarf es expliziter Beschlüsse, die sich aber zumeist an der Inflationsentwicklung orientieren.

Bei höherer Inflation steigen in der Regel auch Löhne und Gehälter, um gestiegene Lebenshaltungskosten auszugleichen. In Österreich sind die vergangene Entwicklung der Verbraucherpreise und der Arbeitsproduktivität die Basis der Lohnverhandlungen, um real konstante Einkommen zu gewährleisten. Höhere nominelle Einkommen führen dabei einerseits zu Steuermehreinnahmen, insbesondere bei progressiven Lohn- und Einkommensteuertarifen. Auch andere Abgabeneinnahmen (z. B. Kommunalsteuer, Wohnbauförderungsbeiträge) hängen an der Lohnentwicklung. Allerdings muss der Staat in seiner Rolle als Arbeitgeber ebenfalls inflationsbedingte Lohnsteigerungen finanzieren, denn auch im öffentlichen Dienst orientieren sich die Lohnabschlüsse üblicherweise an der vergangenen Inflation. Je bedeutender Personalausgaben im Budget sind, desto stärker belasten inflationsbedingte Lohnsteigerungen die öffentlichen Finanzen<sup>3)</sup>.

Ein inflationsbedingter Rückgang der realen Haushaltseinkommen verstärkt den Druck, temporäre Maßnahmen zu ergreifen, um die Folgen der Inflation abzumildern<sup>4)</sup>. Diese

dungsspielräume bestehen. So könnten Länder und Gemeinden ihre Personalpläne ändern, wenn Löhne und Gehälter der Bediensteten kräftiger ansteigen als in der Budgetplanung angenommen. Diese Anpassungsreaktionen auf Preisänderungen ("Zweitundeneffekte") sind nur schwer vorhersagbar.

<sup>4)</sup> Zu einem Überblick über die diskretionären Maßnahmen der Bundesländer siehe Loretz et al. (2024).

**Auch ohne diskretionäre Politikreaktionen auf den Preisauftrieb wirkt sich die Inflation auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand aus.**

<sup>2)</sup> Laut Statistik Austria beliefen sich die Ausgaben des Gesamtstaates zur Überwindung der COVID-19-Pandemie im Zeitraum 2020 bis 2023 auf 45,3 Mrd. €. Im Rahmen der Energiekrise wurden in den Jahren 2022 und 2023 weitere 8,3 Mrd. € ausgegeben.

<sup>3)</sup> Wie sich die Nominallohnentwicklung als Folge der gestiegenen Inflation auf die öffentlichen Haushalte auswirkt, hängt auch davon ab, welche Entsch-

Maßnahmen haben expansive Effekte und erhöhen ihrerseits den Inflationsdruck. In diesem Zusammenhang ist es oft schwer zu unterscheiden, ob die Maßnahmen aufgrund hoher Preissteigerungen gesetzt werden oder als Teil der jeweiligen Wirtschafts- und Fiskalpolitik anzusehen sind. Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung haben tendenziell eine kontraktive Wirkung, im Unterschied zu Instrumenten zur Abfederung der Inflationsfolgen. Mitunter, wie bei der temporären Absenkung der Energieabgaben, verfolgt eine diskretionäre Maßnahme auch beide Ziele.

Auf Ebene der subnationalen Gebietskörperschaften sind die Einnahmeneffekte wesentlich von den vertikalen Aufteilungsregelungen des Finanzausgleichs bestimmt. Die Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes 2024 (FAG 2024) führte in diesem Zusammenhang kaum zu Anpassungen, während die prinzipiellen Aufteilungsschlüssel für die Verteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben unverändert blieben (Bittschi et al., 2024; Lorez & Pitlik, 2024). Aber auch Änderungen im Abgabensystem, wie die Senkung des Körperschaftsteuersatzes oder Entlastungen in der Lohn- und Einkommensteuer im Rahmen der ökosozialen Steuerreform 2022/2024, insbesondere die Abschaffung der kalten Progression, belasten die Haushalte der Länder und Gemeinden, da sie das Abgabenaufkommen und somit auch die Anteile der Gebietskörperschaften verringern.

Für subnationale budgetäre Inflationseffekte sind die Aufgabenverantwortlichkeiten der Gebietskörperschaften wesentlich. Länder und Gemeinden können von Preisveränderungen in ihren Ausgabenschwerpunkten aufgrund unterschiedlicher Kostenstrukturen unterschiedlich betroffen sein. Mittel- und langfristige Entwicklungstrends beschleunigen die Ausgabendynamik. Wesentliche Ausgaben der Länder und Gemeinden, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege, sind von der demografischen Entwicklung getrieben (Lorez & Pitlik, 2024) und Spielräume für Einsparungen sind entsprechend gering.

### 3.2 Szenarienvergleich

Um die Effekte der Inflation auf Ausgaben und Einnahmen der subnationalen Gebietskörperschaften abzuschätzen, wurden zwei – teilweise hypothetische – Budgetentwick-

lungspfade für die Landes- und Gemeindeebene modelliert<sup>5)</sup>:

- **Szenario I** bildet die tatsächliche Entwicklung bis 2023 sowie die prognostizierte Budgetentwicklung für die Jahre 2024 und 2025 ab, in denen die erwartete Inflation über 2% p. a. liegt<sup>6)</sup>.
- **Szenario II** ist ein kontrafaktisches Alternativszenario für die Haushaltsentwicklung der subnationalen Gebietskörperschaften, das für die Jahre 2021 bis 2025 eine niedrige Inflation von 2% p. a. unterstellt, die dem EZB-Zielwert und im Wesentlichen auch der mittelfristigen Preisentwicklung in Jahren vor der COVID-19-Pandemie entsprochen hätte bzw. entspräche.

Durch die Gegenüberstellung der beiden Szenarien lassen sich die Einnahmen- und Ausgabeneffekte der hohen Inflation abschätzen<sup>7)</sup>.

Die Modellierung der Ausgaben und der Einnahmen erfolgt disaggregiert. Dazu wurden Ausgaben- und Einnahmengruppen in den Haushalten der subnationalen Gebietskörperschaften (Transaktionsklassen nach ESVG-2010-Abgrenzung) separat geschätzt, um die Pfade in Abhängigkeit von der Inflationsentwicklung abzubilden.

Die Ausgabenprojektionen tragen dem Umstand Rechnung, dass in wesentlichen Aufgabefeldern der Länder und Gemeinden (vor allem Gesundheit, Pflege, Elementarbildung) auch künftig und unabhängig von der Inflationsentwicklung eine hohe strukturelle Kostendynamik vorliegen wird (Pitlik et al., 2018; Klien et al., 2020). Für jede Ausgabenkategorie, etwa Personal- oder Sozialausgaben, wurden spezifische Überlegungen zur Preisentwicklung angestellt, die sich an den vorliegenden Befunden zum Zusammenhang zwischen Ausgaben und Inflationsrate orientieren. Die (kontrafaktischen) Projektionen basieren auf Schätzungen der vergangenen Entwicklungen in relevanten funktionalen Ausgabenkategorien (abgegrenzt nach COFOG).

Maßnahmen mit COVID-19-Bezug liefen bis 2023 weitgehend aus. Zur Kalkulation der hypothetischen Budgetentwicklung bei niedriger Inflationsrate wurden sowohl bei der Einnahmen- als auch der Ausgabenschätzung die temporären inflationsbedingten Unter-

Die inflationsinduzierten Budgeteffekte werden durch einen Vergleich des realisierten bzw. prognostizierten Budgetpfades und eines kontrafaktischen Szenarios mit niedriger Inflation berechnet.

<sup>5)</sup> Aufgrund der Sonderstellung Wiens als Land und Gemeinde und um von differierenden Transfer- und Umlagebeziehungen abzusehen, werden Bundesländer und Gemeinden als gemeinsamer "subnationaler Sektor" dargestellt.

<sup>6)</sup> Grundlage ist die WIFO-Konjunkturprognose für die Jahre 2024 und 2025 vom März 2024 (Scheiblecker & Ederer, 2024). Die Modellierung des kontrafaktischen (Szenario II) und des tatsächlichen Budgetpfades 2022 bis 2025 (Szenario I) basiert methodisch auf Vorarbeiten einer WIFO-Studie von Lorez und Pitlik (2024).

<sup>7)</sup> Für 2024 und 2025 errechnen sich die budgetären Inflationseffekte aus dem Vergleich der kontrafaktischen Entwicklung und der Budgetprognose auf Basis der WIFO-Einschätzungen vom März 2024 (Scheiblecker & Ederer, 2024). Dabei wird der kontrafaktische Alternativpfad unter der vereinfachenden Annahme modelliert, dass die hypothetische niedrigere Inflation keine (positiven) realwirtschaftlichen Effekte hat.

stützungs- und Abfederungsmaßnahmen herausgerechnet, da sie bei schwacher

oder moderater Teuerung nicht getätigt worden wären.

#### 4. Inflationsreagibilität der Einnahmenseite

Bundesländer und Gemeinden verfügen über unterschiedliche Einnahmenquellen zur Erfüllung der ihnen zugewiesenen Aufgaben. Nicht alle Einnahmen werden von der Inflationsentwicklung beeinflusst. Die Ergebnisse des Szenarienvergleichs zeigt Übersicht 3. Für den Zeitraum 2022 bis 2025 ergeben sich für Länder und Gemeinden insgesamt geschätzte inflationsbedingte Mehreinnahmen in Höhe von 17,5 Mrd. €.

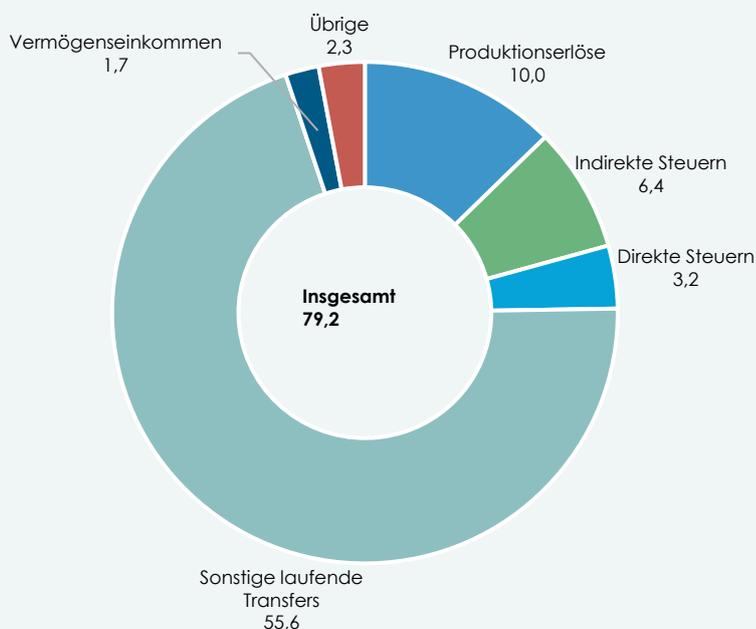
##### 4.1 Einnahmenstruktur

Im Jahr 2023 beliefen sich die konsolidierten Einnahmen der Länder und Gemeinden in Summe auf 79,2 Mrd. €. Mit 70,2% (55,6 Mrd. €) stellte die Transaktionskategorie "Sonstige laufende Transfers" den größten Anteil an den Gesamteinnahmen. Sie umfasst die subnationalen Ertragsanteile aus

den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (2023: 33,2 Mrd. €) sowie Finanzaufweisungen und Kostentragungen des Bundes (Landeslehrer:innen, Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz – GSBG) und der Sozialversicherung (Spitalsmittelfinanzierung).

Einnahmen aus eigenen indirekten (6,4 Mrd. €, 8,0%) und direkten Steuern (3,2 Mrd. €, 4,1%) der Länder und Gemeinden waren von wesentlich geringerer Bedeutung, worin sich die geringe Steuerautonomie der subnationalen Einheiten spiegelt. Auf Produktionserlöse (marktähnliche Umsätze, Gebühren und Beiträge) entfielen 2023 10,0 Mrd. € bzw. 12,6% der Gesamteinnahmen. Weitere 2,1% (1,7 Mrd. €) waren Vermögenseinkommen (Zinsen, Ausschüttungen, Gewinnentnahmen).

Abbildung 1: Einnahmenstruktur der Landes- und Gemeindeebene 2023, in Mrd. €



Q: Statistik Austria, WIFO-Darstellung. Übrige: Subventionen, Sozialbeiträge und Sozialleistungen, Vermögens-transfers. Rundungsdifferenzen. Einnahmenstruktur in konsolidierter Darstellung.

##### 4.2 Ertragsanteile

Die Wirkung von Inflation auf die gemeinschaftlichen Steuereinnahmen hängt davon ab, wie stark und mit welcher Verzögerung sich Preissteigerungen auf die Steuerbasis auswirken und inwieweit die Veränderung

der Bemessungsgrundlage die Steuereinnahmen über-, unter- oder proportional verändert. Übersicht 2 schematisiert die Inflationsreagibilität gemeinschaftlicher Bundesabgaben entlang dieser beiden Dimensionen.

Von den etwa 107,7 Mrd. € im Jahr 2023 ver- teilten Einnahmen aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben entfielen rund 10 Mrd. € auf Steuern mit einer inflationsunabhängigen Bemessungsgrundlage und ungefähr 41,4 Mrd. € auf Steuern, die gleichzeitig und proportional mit den Einnahmen ansteigen, davon 38,2 Mrd. € auf die Umsatzsteuer. Weitere 50,1 Mrd. € resultierten aus Steuern,

die mit einer Verzögerung von ungefähr ei- nem Jahr auf den Inflationsanstieg reagie- ren, gut zwei Drittel (33,3 Mrd. €) davon aus der Lohnsteuer. 6,1 Mrd. € betrugten die Ein- nahmen aus Steuern, die erst stark verzögert (nach etwa 2 Jahren) auf den Preisauftrieb reagieren. Dazu zählt vor allem die veran- lagte Einkommensteuer.

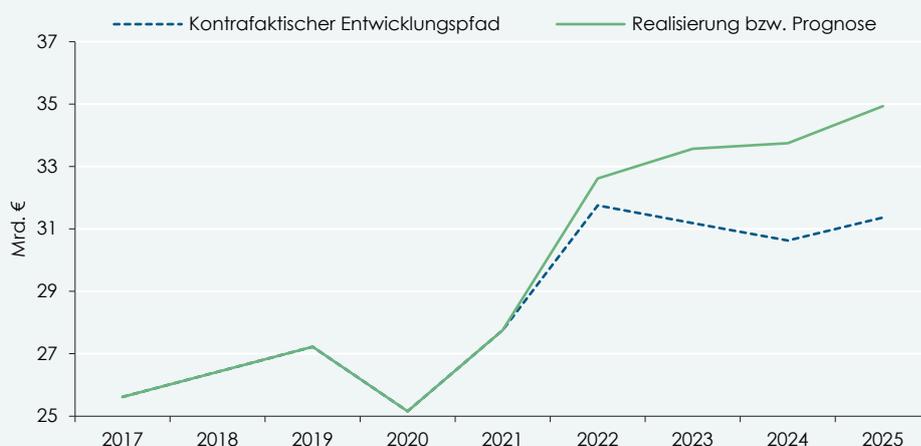
**Die Inflationsreagibilität unterschiedlicher ge- meinschaftlicher Bun- desabgaben unter- scheidet sich erheb- lich. Posi- tive Einnahmeneffekte treten teilweise stark verzögert ein.**

## Übersicht 2: Inflationsreagibilität gemeinschaftlicher Bundesabgaben

	Wirkung der Inflation auf die Steuerbemessungsgrundlage			
	Keine	Kontemporär	Verzögert (etwa 1 Jahr)	Stark verzögert (etwa 2 Jahre)
Wirkung der Steuerbemessungsgrundlage auf die Einnahmen	Indirekt regressiv	Mineralölsteuer, motorbezogene Versicherungssteuer, Tabaksteuer, Normverbrauchsabgabe – NoVA, Biersteuer, Alkoholsteuer, Flugabgabe, Kfz-Steuer, Schaumweinsteuer; Gesamtvolumen 2023 etwa 9,9 Mrd. €		
	Proportional		Umsatzsteuer, Versicherungssteuer, Grunderwerbsteuer, Konzessionsabgabe, Stabilitätsabgabe, Werbeabgabe, Stiftungseingangssteuer, Spielbankenabgaben, Energieabgaben; Gesamtvolumen 2023: 41,4 Mrd. €	Körperschaftsteuer – KESt II; Gesamtvolumen 2023: 1,2 Mrd. €
	Progressiv			Lohnsteuer; Gesamtvolumen 2023: 33,3 Mrd. €
				Veranlagte Einkommensteuer; Gesamtvolumen 2023: 4,9 Mrd. €

Q: Bundesministerium für Finanzen (2023), Unterlagen zum Finanzausgleich; WIFO-Berechnungen und -Darstellung.

Abbildung 2: Prognostizierte und kontrafaktische Entwicklung der kassenmäßigen Ertragsanteile



Q: WIFO-Berechnungen, realisierte Entwicklung Bundesministerium für Finanzen.

Über die vertikalen Verteilungsschlüssel beeinflusst die Dynamik der inflationsgetriebenen Steuereinnahmen hauptsächlich das Niveau der Ertragsanteile und weniger die vertikale Verteilung zwischen Bund und subnationalen Gebietskörperschaften. Im kontrafaktischen Alternativszenario, das für die Jahre 2022 bis 2025 eine gleichbleibend niedrige Inflation von 2% p. a. unterstellt,

nehmen die Einnahmen aus den zur Verteilung gelangenden gemeinschaftlichen Bundesabgaben und damit die Ertragsanteile der subnationalen Gebietskörperschaften deutlich langsamer zu. Da die realisierte und prognostizierte Inflation über den gesamten Betrachtungszeitraum über dem kontrafaktischen Wert von 2% liegt, kumulieren sich diese Effekte.

Übersicht 3: **Inflationsbedingte Mehreinnahmen der Landes- und Gemeindeebene**

	2022	2023	2024	2025	2022/2025
	Mrd. €				
<b>Ertragsanteile</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	32,6	33,6	33,8	34,9	134,9
Kontrafaktisches Szenario	31,7	31,1	30,5	31,3	124,6
Mehreinnahmen	1,0	2,5	3,2	3,6	10,3
<b>Ertragsanteile Lohn- und Einkommensteuern</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	12,1	12,4	12,9	13,3	50,6
Kontrafaktisches Szenario	11,9	11,7	11,9	11,9	47,5
Mehreinnahmen	0,2	0,7	0,9	1,3	3,2
<b>Ertragsanteile Umsatzsteuern</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	9,1	9,9	10,4	10,9	40,3
Kontrafaktisches Szenario	8,4	8,5	8,9	9,3	35,1
Mehreinnahmen	0,7	1,4	1,5	1,6	5,2
<b>Kostentragungen Landeslehrer:innen</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	7,0	7,7	8,2	8,5	31,4
Kontrafaktisches Szenario	6,8	7,1	7,3	7,5	28,6
Mehreinnahmen	0,2	0,6	0,9	1,1	2,8
<b>Kostentragungen Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (GSBG)</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	1,6	1,6	1,9	2,0	7,1
Kontrafaktisches Szenario	1,5	1,5	1,5	1,6	6,1
Mehreinnahmen	0,1	0,1	0,4	0,4	1,1
<b>Eigene Steuern der Gemeinden:</b>					
<b>Kommunalsteuer</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	3,9	4,2	4,6	4,8	17,4
Kontrafaktisches Szenario	3,7	4,0	4,1	4,2	16,0
Mehreinnahmen	0,1	0,3	0,5	0,6	1,5
<b>Eigene Steuern der Länder:</b>					
<b>Wohnbauförderungsbeitrag</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	1,3	1,4	1,5	1,6	5,8
Kontrafaktisches Szenario	1,3	1,3	1,4	1,4	5,4
Mehreinnahmen	0,0	0,1	0,1	0,2	0,4
<b>Produktionserlöse, Gebühren</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	9,3	10,0	10,5	11,4	41,2
Kontrafaktisches Szenario	9,3	10,0	10,2	10,4	39,9
Mehreinnahmen	.	.	0,3	1,0	1,3
<b>Vermögenseinkommen (einschließlich Zinsen)<sup>1)</sup></b>					
	.	0,3	.	.	0,3
<b>Geschätzte Mehreinnahmen insgesamt</b>	<b>1,4</b>	<b>3,8</b>	<b>5,4</b>	<b>6,9</b>	<b>17,5</b>

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Rundungsdifferenzen. – 1) Zufallsgewinn.

Der quantitativ wichtigste Posten sind dabei die Ertragsanteile aus der Umsatzsteuer, die mit 5,2 Mrd. € immerhin 29,6% der gesamten Mehreinnahmen ausmachen. Trotz Abschaffung der kalten Lohn- und Einkommensteuerprogression ab 2023 erhöhten die hohen Inflationsraten die Lohn- und Einkommensteuererträge, was sich aber erst verzögert in höheren kassenmäßigen Ertragsanteilen spiegelt (Abbildung 2). Während 2022 die Ertragsanteile auch im kontrafaktischen Szenario II noch von einer stark positiven Zwi-

schensabrechnung profitieren, bleiben sie ab 2023 deutlich unter dem realisierten bzw. prognostizierten Verlauf (Szenario I) zurück. Durch die schwache realwirtschaftliche Entwicklung und die Auswirkungen der Steuerreform sinken die kassenmäßigen Ertragsanteile im kontrafaktischen Szenario in den Jahren 2023 und 2024 und nehmen erst 2025 wieder langsam zu. Somit ergibt sich für 2025 eine Differenz von etwa 3,6 Mrd. € zwischen dem prognostizierten kassenmäßigen Ertrags-

anteilen von 34,9 Mrd. € und dem kontrafaktischen Wert von 31,3 Mrd. €.

### 4.3 Weitere Einnahmen der Gebietskörperschaften

Auch in anderen Einnahmenkategorien der Länder und Gemeinden zeigt der Szenarienvergleich zum Teil beträchtliche inflationsbedingte Mehreinnahmen.

Einige innerstaatliche Transfers vom Bund an die Länder bzw. die Gemeinde Wien sind als Kostentragungen konzipiert und damit teilweise durch die Inflation determiniert. Sie sollten idealerweise die inflationsbedingten Mehrausgaben der subnationalen Gebietskörperschaften kompensieren und insofern auf dieser Ebene "budgetneutral" wirken. Die Kostentragungen für die Landeslehrer:innen hängen an der inflationsgetriebenen Lohnentwicklung. Die Kostentragungen gemäß GSBG hängen ebenfalls von der Preisentwicklung ab und würden im kontrafaktischen Szenario deutlich langsamer ansteigen. In Summe ergeben sich 2022/2025 Mehreinnahmen gegenüber dem kontrafaktischen Szenario in Höhe von 3,8 Mrd. €.

Die inflationsbedingten Mehreinnahmen aus eigenen Steuern bzw. Abgaben der Länder (vor allem Wohnbauförderungsbeitrag) und Gemeinden (vor allem Kommunalsteuer) belaufen sich auf kumuliert 1,8 Mrd. € (2022/2025). Beide Größen hängen stark von der Lohn- und Gehaltsentwicklung ab, die in Teilen inflationsgetrieben ist.

## 5. Inflationsreagibilität der Ausgabenseite

Die konsolidierten Gesamtausgaben der Länder und Gemeinden beliefen sich im Jahr 2023 auf 80,1 Mrd. €. Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte betrug immerhin 35,5%, jener der gekauften Vorleistungen 22,3%. Sozialleistungen (Geld- und Sachleistungen) machten 17,1% der Ausgaben subnationaler Einheiten aus. Der Anteil der Investitionsausgaben belief sich 2023 auf 8,8%. Mit 9,8% der Gesamtausgaben stellten die "sonstigen laufenden Transfers" (vor allem Förderungen von Non-Profit-Organisationen) im Vergleich zu Vorjahren einen hohen Anteil. Subventionen und Vermögenstransfers (je 2,3%) sowie Zinsausgaben (0,4%) spielen auf subnationaler Ebene eine eher geringe Rolle.

Die sich aus dem Szenarienvergleich ergebenden inflationsbedingten Mehrausgaben der Länder und Gemeinden summieren sich im Zeitraum 2022 bis 2025 auf 31,7 Mrd. €. Sie liegen damit beträchtlich über den errechneten Mehreinnahmen (Übersicht 4).

### 5.1 Personalausgaben

Die Arbeitnehmerentgelte der Länder und Gemeinden betragen im Jahr 2023

Länder und Gemeinden können innerhalb eines bestimmten Rahmens ihre Gebühreneinnahmen aktiv steuern. Ein Kostendeckungsgebot besteht nach allgemeiner Rechtsauffassung jedoch nicht. Einnahmen aus Produktionserlösen sollten daher teilweise von Preis- und Kostensteigerungen abhängen. Angesichts der für 2024 vereinbarten kommunalen Gebührenbremse ist allerdings davon auszugehen, dass die Produktionserlöse langsamer steigen als die Preise und 2025 um höchstens 1 Mrd. € höher sein werden als im kontrafaktischen Szenario.

Um die Inflation zu senken, hat die Europäische Zentralbank restriktive geld- und zinspolitische Maßnahmen eingeleitet (Schimann-Vukan, 2023). Mit höheren Marktzinsen wuchsen auch die Zinserträge der subnationalen Gebietskörperschaften. Da die Leitzinsen nach Verlangsamung der Inflation voraussichtlich wieder gesenkt werden, kann der Zinseinnahmewachstum des Jahres 2023 in Höhe von 0,28 Mrd. € als Zufallsgewinn betrachtet werden. In den beiden anderen Unterkategorien der Vermögenseinkommen (Dividenden und Entnahmen aus den Gewinnen marktbestimmter Betriebe) konnten keine relevanten Mehreinnahmen festgestellt werden.

In Summe über alle betrachteten Einnahmenpositionen ergeben sich für die Landes- und Gemeindeebene inflationsbedingte Mehreinnahmen von 17,5 Mrd. € (2022 bis 2025, kumuliert).

28,4 Mrd. €. Über ein Drittel (9,8 Mrd. € oder 34,4%) entfiel auf das Gesundheitswesen (vor allem Spitäler), weitere 8,7 Mrd. € bzw. 30,8% auf das Bildungswesen. Mit einem Ausgabenvolumen von 5,1 Mrd. € (17,9%) folgt an dritter Stelle der Funktionsbereich "Allgemeine öffentliche Verwaltung".

Auch im öffentlichen Dienst orientieren sich die Lohnverhandlungen in Österreich üblicherweise an den Inflationsraten der letzten 12 Monate. Hinzu kommen altersbedingte Vorrückungen im Gehaltsschema. Regelungen im Beamten- oder im Vertragsbedienstetengesetz sorgen für einen höheren Bestandsschutz für die öffentlich Bediensteten. Spielräume für Anpassungen sind entsprechend gering.

Übersicht 4 zeigt die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte der Länder- und Gemeindeebene von 2021 bis 2025 und die inflationsbedingten Mehrausgaben laut Szenarienvergleich. Unter den kontrafaktischen Annahmen, dass die Inflationsraten im Zeitraum 2022/2025 bei 2% p. a. liegen und die Lohnsteigerungen die einschlägigen Struktureffekte berücksichtigen, ergibt der Vergleich

**Über alle betrachteten Einnahmenpositionen ergeben sich für die Landes- und Gemeindeebene inflationsbedingte Mehreinnahmen von 17,5 Mrd. € für die Jahre 2022 bis 2025.**

**Über alle betrachteten Ausgabenpositionen sind die Länder und Gemeinden mit inflationsbedingten Mehrausgaben von kumuliert 31,7 Mrd. € konfrontiert.**

Über ein Drittel der gesamten inflationsbedingten Mehrausgaben der Landes- und Gemeindeebene entfällt auf Personalausgaben.

erhebliche Zusatzbelastungen für die Länder und Gemeinden. Für 2022 fallen sie aufgrund der niedrigeren Inflation des Jahres 2021 noch moderat aus (+0,3 Mrd. €), nehmen jedoch aufgrund der kumulativen Inflationseffekte ab 2023 beträchtlich zu. Im Jahr 2025 sind die prognostizierten Personalausgaben gegenüber dem kontrafaktischen Niedriginflationsszenario bereits um 4,9 Mrd. € höher. Kumuliert über die Jahre 2022/2025 liegen die Mehrausgaben bei 11,3 Mrd. €<sup>8)</sup>. Da die Ausgabenstruktur der Länder und Gemeinden im Vergleich mit der Bundesebene eine höhere Personalintensität aufweist, treffen die kräftigen Lohn- und Gehaltssteigerungen diese Gebietskörperschaften besonders stark. Über ein Drittel (35,7%) der inflationsbedingten Mehrbelastung entfällt auf Arbeitnehmerentgelte.

## 5.2 Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen

Die öffentliche Hand fragt auf den Märkten direkt oder indirekt Güter und Dienstleistungen nach, die in den Prozess der staatlichen Leistungserbringung einfließen. Käufe von Vorleistungen (Intermediärkonsum) und sozialen Sachleistungen sind wesentliche Bestandteile des sogenannten "öffentlichen Konsums". Hinzu kommen öffentliche Ausgaben für Anschaffung und Erstellung langlebiger Kapitalgüter, insbesondere die öffentliche Infrastruktur. Das Beschaffungsvolumen der Länder und Gemeinden belief sich 2023 in Summe auf 30,4 Mrd. €.

Die Inflationseffekte des Fremdbezugs von Gütern und Dienstleistungen auf die öffentlichen Haushalte sind vom "Warenkorb" der Gebietskörperschaften abhängig. Für die Schätzung der inflationsbedingten Mehrausgaben wurden Zusatzausgaben, die speziell im Gefolge der COVID-19-Pandemie auch auf subnationaler Ebene anfielen, in beiden Szenarien aus den Budgetpfaden herausgerechnet. Die Gegenüberstellung ergibt Mehrausgaben für Vorleistungen und soziale Sachleistungen, die von 1,3 Mrd. € (2022) bis 2025 auf 3,3 Mrd. € steigen (Übersicht 4). In Summe betragen die Mehrausgaben im Zeitraum 2022 bis 2025 rund 10,1 Mrd. €.

Die Preise für die Komponenten der gesamtstaatlichen Bruttoanlageinvestitionen entwickelten sich sehr heterogen. Die Investitionsausgaben der subnationalen Gebietskörperschaften blieben 2022 deutlich unter dem strukturellen Entwicklungspfad zurück. Dies war vermutlich die Folge eines starken Preisanstieges 2021/22, vor allem bei den Bauinvestitionen. Insofern liegt der Berechnung der inflationsbedingten Mehrausgaben ein realer Investitionsrückgang zugrunde, der

<sup>8)</sup> Allerdings werden die darin inkludierten Mehrausgaben für Landeslehrer:innen durch höhere Erstattungsbeträge des Bundes wieder kompensiert, sodass sich daraus per Saldo keine Nettobelastung der subnationalen Haushalte ergeben sollte.

vermutlich geringer ausgefallen wäre, wenn die Preise weniger stark gestiegen wären. Die rechnerischen Mehrausgaben aufgrund der hohen Inflation in Höhe von 2,4 Mrd. € können diese Investitionszurückhaltung nicht berücksichtigen.

## 5.3 Transferausgaben der Länder und Gemeinden

Transferausgaben erfolgen ohne (unmittelbare) ökonomische Gegenleistung seitens der Empfänger:innen und unterscheiden sich insofern von Beschaffungstransaktionen, als die öffentlichen Haushalte keinen marktbestimmten Beschaffungspreis entrichten. Vielmehr beruht die Transferhöhe auf der genuin politischen Entscheidung, in welchem Ausmaß Personengruppen, Unternehmen, Verbände, karitative Einrichtungen oder sonstige Anliegen unterstützt werden sollen. Freilich spielen inflationsbedingte Kosten- oder Ausgabenanstiege, mit denen die Empfänger:innen konfrontiert sind, eine Rolle bei der Festlegung der Bezugsberechtigten und der Transferhöhe. Zentral ist in diesem Kontext, ob eine automatische Indexierung der Transferleistungen erfolgt. Für die Ausgabenbelastung der öffentlichen Haushalte ist außerdem von Bedeutung, inwieweit die Inflationsentwicklung die Zahl der Bezugsberechtigten beeinflusst.

Monetäre Sozialleistungen werden direkt an private Haushalte ausgezahlt. Subnational sind Pensionen für Landes- oder Gemeindebeamt:innen sowie Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung von quantitativer hoher Bedeutung. Bei den Pensionen der Landes- und Gemeindebediensteten orientiert sich die Anpassung in der Regel an den vergangenen Inflationsraten. Bei der Sozialhilfe bzw. der bedarfsorientierten Mindestsicherung<sup>9)</sup> verfügen die Länder über Gestaltungsspielraum hinsichtlich der Leistungsbemessung. Da die Grundidee nachgelagerter Sozialsysteme die Sicherung des Lebensunterhaltes ist, ist eine Anpassung der Leistungssätze an hohe Preissteigerungsraten prinzipiell geboten. Die im Szenarienvergleich ermittelten inflationsbedingten Mehrausgaben für monetäre Sozialleistungen auf Länder- und Gemeindeebene belaufen sich im Zeitraum 2022/2025 in Summe auf 3,3 Mrd. €.

Bei "sonstigen laufenden Transfers" handelt es sich auf subnationaler Ebene primär um Zahlungen an Non-Profit-Organisationen für erbrachte quasi-öffentliche Leistungen. Darin sind Förderungen an Vereine und Parteien ebenso enthalten wie Zahlungen an soziale oder kirchliche Einrichtungen, die Dienste im Zusammenhang mit der Grundversorgung von Geflüchteten erbringen.

<sup>9)</sup> Die Umsetzung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes ist bislang nicht in allen Bundesländern erfolgt. In einigen Ländern gelten noch die jeweiligen Mindestsicherungsgesetze.

Etwa 40% der inflationsbedingten Mehrausgaben entfallen auf die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen, einschließlich Investitionen.

Bei Transfers und Förderungen verfügen die Länder und Gemeinden über Ermessensspielräume. Häufig besteht kein quasi-automatischer Zusammenhang mit der Inflationsentwicklung.

Hinzu kommen Mittel aus der Krankenanstaltenfinanzierung an nicht dem Staatssektor zugerechnete Ordensspitäler sowie Mittel, die im Rahmen der Wohnbauförderung an gemeinnützige Wohnbauträger ausgeschüttet werden. Zuschüsse an Non-Profit-Organisationen fließen vielfach als Unterstützungs- oder Kompensationsleistungen an Organisationen mit einer hohen "Lohnkomponente". Insofern dürften sich Transferzahlungen an der Entwicklung der Löhne und Gehälter orientieren. Aufgrund der Lohnfindungsprozesse kann somit tendenziell eine Abhängigkeit der Transferausgaben von der Inflationsrate des Vorjahres unterstellt werden. Die Ergebnisse der Modellschätzungen deuten darauf hin, dass 2022 nahezu der gesamte Ausgabenwuchs im Bereich der "sonstigen laufenden Transfers" von 0,4 Mrd. € als inflationsbedingte Mehrausgaben einzustufen ist; für 2023 lassen sich sogar Mehrausgaben von 0,8 Mrd. € ermitteln. In Summe ergeben sich für die Jahre 2022 bis 2025 inflationsbedingte Mehrausgaben in Höhe von 3,1 Mrd. €.

Für Subventionen und Vermögenstransfers besteht in den meisten Fällen kein quasi-automatischer Zusammenhang mit der Inflationsentwicklung. Förderungen unterliegen als Ermessensausgaben in der Regel einer höheren Diskretion – auch, um sich ändernden Prioritäten für Förderungsziele besser Rechnung tragen zu können. Im Kontext der Inflations- und Energiekrise setzten der Bund und die subnationalen Gebietskörperschaften Subventionen ein, um die außerordentlichen Belastungen von energieintensiven Unternehmen abzufedern. Wengleich die Effekte höherer Preissteigerungsraten vom Förderungszweck abhängen, ist dennoch eine indirekte Beziehung zwischen Subventionshöhe und Inflation zu vermuten. Mit höherer Inflation steigen die Kosten geförderter Unternehmen und Vorhaben. Um das reale Unterstützungsniveau und den ursprünglich beabsichtigten Nutzen der Förderung zu erhalten, müssen demnach höhere Förderbudgets bereitgestellt werden. Gerade in der Wohnbaupolitik als originärer Landesaufgabe dürften Förderungen teilweise an den Anstieg der Baukosten gekoppelt sein, um ihre Kaufkraft zu erhalten. Die modellgestützte Szenarienanalyse zeigt inflationsgetriebene Abweichungen vom kontrafaktischen Entwicklungspfad von +0,2 Mrd. € (2022) bis +0,5 Mrd. € (2025). Kumuliert ergeben sich Mehrausgaben von 1,5 Mrd. €.

#### 5.4 Zinsausgaben und Verschuldung

Höhere Marktzinsen als Konsequenz der Inflationsbekämpfung durch die EZB führen nicht nur zu höheren Einnahmen, sondern auch zu Belastungen der subnationalen

Haushalte und stellen insofern eine indirekte Folge der Inflation dar. In unmittelbarer Folge der veränderten Zinslandschaft ist auch die kurz- und mittelfristige Verzinsung der Staatsschuld in Österreich angestiegen. Höhere Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte sind schneller sichtbar, wenn eine variable Verzinsung der bestehenden Schuldverpflichtungen vereinbart wurde. Wie stark das Zinsniveau die Zinszahlungen beeinflusst, hängt maßgeblich vom Schuldenstand und der Laufzeitstruktur ab<sup>10)</sup>. Damit treten die Effekte oft verzögert ein und schlagen sich erst allmählich in den Haushalten der subnationalen Gebietskörperschaften nieder<sup>11)</sup>. Die rechnerischen Mehrausgaben werden als Zufallsverlust gewertet und beliefen sich 2023 auf 0,15 Mrd. €.

#### 5.5 Grenzen und Einschränkungen kontrafaktischer Modelle

Kontrafaktische Modelle und damit auch die vorliegende Schätzung der budgetären Inflationseffekte basieren auf hypothetischen Annahmen über unbeobachtete Entwicklungen. Es ist daher notwendig, ihre Grenzen und Einschränkungen zu kennen und sie mit Vorsicht und einem umfassenden Verständnis des jeweiligen Kontextes anzuwenden:

- Die kontrafaktische Inflationsannahme beruht einerseits auf der beobachteten Preisentwicklung in den Jahren vor 2020 und andererseits auf dem vorgegebenen Inflationsziel der Europäischen Zentralbank. Es erschien insofern plausibel, einen Ankerwert von 2% p. a. als Basis für den Entwicklungspfad in Szenario II zu verwenden. Damit ist die Abweichung vom tatsächlichen Inflationspfad groß und kumuliert sich über die Zeit.
- Hohe Inflation hat realwirtschaftliche Effekte, die sich insbesondere auf die Einnahmentwicklung auswirken können. Eine Identifikation und Isolierung der realwirtschaftlichen Wirkungen und ihrer Effekte auf die Einnahmen der Länder und Gemeinden mittels makroökonomischer Modelle würde jedoch die Schätzunsicherheiten noch weiter vergrößern. Daher wurde bewusst darauf verzichtet. Die Modellergebnisse bilden somit ausschließlich tatsächliche und fiktive "Preiseffekte" ab.
- Die Szenarien sind auf der Ausgabenseite wesentlich von den identifizierten strukturellen Trends in den subnationalen Ausgabenpfaden bestimmt. Die abgeleiteten Projektionen und kontrafaktischen Ausgabenpfade sollten daher wesentlich weniger von realwirtschaftlichen Effekten höherer (bzw. geringerer) Inflationsraten

<sup>10)</sup> Schuldenaufnahmen der Länder erfolgen zumeist im Rahmen der Rechtsträgerfinanzierung des Bundes über die ÖBFA.

<sup>11)</sup> Die Frage, inwieweit Zinserhöhungen der Notenbank selbst Inflationstreiber sind, wenn sie zu Preiserhöhungen bei Konsumgütern führen, erörtert Schwanitz (2024).

- abhängen als jene auf der Einnahmenseite.
- Das kontrafaktische Szenario unterstellt stets, dass auf nationaler und subnationaler Ebene keine ausgaben- oder einnahmenrelevanten diskretionären Maßnahmen als Reaktion auf die Preisent-

wicklungen ergriffen werden. Insofern darf die Projektion der Einnahmen und Ausgaben für 2024 und 2025 nicht als Prognose der Budgetentwicklung der Länder und Gemeinden interpretiert werden.

Übersicht 4: **Inflationsbedingte Mehrausgaben der Landes- und Gemeindeebene**

	2022	2023	2024	2025	2022/2025
	Mrd. €				
<b>Arbeitnehmerentgelte</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	26,0	28,4	31,3	32,9	118,6
Kontrafaktisches Szenario	25,7	26,4	27,2	28,0	107,3
Mehrausgaben	0,3	2,0	4,1	4,9	11,3
<b>Vorleistungen</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	15,9	17,2	18,0	18,7	69,8
Kontrafaktisches Szenario	14,9	15,3	15,7	16,2	62,1
Mehrausgaben	1,0	1,9	2,3	2,5	7,6
<b>Soziale Sachleistungen</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	5,0	5,5	5,8	6,0	22,2
Kontrafaktisches Szenario	4,7	4,9	5,0	5,2	19,8
Mehrausgaben	0,3	0,6	0,7	0,8	2,4
<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	6,3	6,8	7,1	7,4	27,5
Kontrafaktisches Szenario	6,0	6,2	6,4	6,6	25,2
Mehrausgaben	0,2	0,6	0,7	0,8	2,4
<b>Monetäre Sozialleistungen</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	7,6	8,4	9,2	9,8	34,9
Kontrafaktisches Szenario	7,4	7,7	8,1	8,5	31,6
Mehrausgaben	0,2	0,7	1,1	1,3	3,3
<b>Sonstige laufende Transfers</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	6,3	6,9	7,2	7,5	27,9
Kontrafaktisches Szenario	6,0	6,1	6,3	6,5	24,8
Mehrausgaben	0,4	0,8	0,9	1,0	3,1
<b>Subventionen und Vermögenstransfers</b>					
Realisierte bzw. prognostizierte Entwicklung	3,2	3,5	3,6	3,7	14,1
Kontrafaktisches Szenario	3,0	3,1	3,2	3,2	12,5
Mehrausgaben	0,2	0,4	0,5	0,5	1,5
<b>Zinsausgaben<sup>1)</sup></b>					
	.	0,2	.	.	0,2
<b>Geschätzte Mehrausgaben insgesamt</b>	<b>2,6</b>	<b>7,1</b>	<b>10,3</b>	<b>11,8</b>	<b>31,7</b>

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Rundungsdifferenzen. – <sup>1)</sup> Zufallsverlust.

## 6. Schlussbemerkungen

Bei einer unverändert hohen strukturellen Ausgabendynamik auf subnationaler Ebene – insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Elementarbildung, Soziales und Pflege – belasten inflationsbedingte Mehrausgaben der Länder und Gemeinden schnell und dauerhaft die öffentlichen Haushalte. Aufgrund der unzureichenden Abgabenaufonomie und des Fehlens eigener steuerpolitischer Instrumente sind diese stark von Ertragsanteilen aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben abhängig. Besonders die Indexierung der Tarifstufen in der Lohn- und Einkommensteuer dämpft für alle Gebietskörperschaften die inflationsbedingte Einnahmendynamik. Letztlich bleiben die inflationsbedingten Einnahmenezuwächse auf Landes- und Gemeindeebene daher hinter den Mehrausgaben zurück.

Um sich an die neuen unionsrechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen, wird voraussichtlich auch eine Änderung des innerösterreichischen Stabilitätspaktes von 2012 erforderlich sein. Gemäß den neuen Fiskalregeln der EU muss sich Österreich in den kommenden Jahren erheblich konsolidieren. Zur Einhaltung des gesamtstaatlichen Nettoausgabenpfades, der als zentrale Kennzahl zur Bewertung eines ausreichenden Schuldenabbaus dient, muss das Wachstum der Primärausgaben (bereinigt um zyklische Arbeitslosenausgaben) begrenzt werden. Die Länder und Gemeinden werden durch strukturelle Reformen einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung leisten müssen. Der Inflationsschock auf die subnationalen Budgets wird möglicherweise die notwendigen Reformen anstoßen.

## 7. Literaturhinweise

- Aizenman, J., & Marion, N. (2011). Using inflation to erode the US public debt. *Journal of Macroeconomics*, 33(4), 524-541. <https://doi.org/10.1016/j.jmacro.2011.09.001>.
- Andrés, J., & Hernando, I. (1999). Does inflation harm economic growth? Evidence from the OECD. In Feldstein, M. S. (Hrsg.), *The costs and benefits of price stability* (S. 315-348). University of Chicago Press.
- Attinasi, M. G., Borgy, V., Bouabdallah, O., Checherita-Westphal, C., Freier, M., Palaiodimos, G., Prammer, D., Tommasino, P., & Zimmer, J. (2016). The effect of low inflation on public finances. In Banca d'Italia (Hrsg.), *Beyond the Austerity Dispute: New Priorities for Fiscal Policy* (S. 303-329). Banca d'Italia.
- Bitschi, B., Famira-Mühlberger, U., Kletzan-Slamanig, D., Klien, M., Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2024). Finanzausgleich 2024 bis 2028. Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung. *WIFO-Monatsberichte*, 97(1), 29-41. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50687560>.
- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2023). *Unterlagen zum Finanzausgleich. Verteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben 2023*. <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/finanzbeziehungen-laender-gemeinden/unterlagen-finanzausgleich.html> (abgerufen am 2. 5. 2024).
- Felbermayr, G., Bitschi, B., & Baumgartner, J. (2023). Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation. *WIFO-Monatsberichte*, 96(9), 613-632. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/38274458>.
- Fritzer, F., Reiss, L., & Schneider, M. (2023). *What's driving inflation in Austria? Energy imports, profits or wages?* Österreichische Nationalbank.
- Gischer, H., Herz, B., & Menkhoff, L. (2023). *Inflation in Deutschland und dem Euroraum – ein Überblick*. Springer Gabler. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-40701-8>.
- Glocker, C., & Ederer, S. (2024). Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025. *WIFO-Konjunkturprognose*, (2). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52905241>.
- Grömling, M., & Matthes, J. (2022). Inflation ist kein wirksames Heilmittel gegen eine hohe Staatsschuldenquote. *Wirtschaftsdienst*, 102(11), 881-884. <https://doi.org/10.1007/s10273-022-3311-4>.
- Kettner, C., Loretz, S., & Schratzenstaller, M. (2021). Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung. *WIFO-Monatsberichte*, 94(11), 815-827. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/13773180>.
- Kettner, C., Schratzenstaller, M., & Sutrich, A. (2023). Österreichs Anti-Teuerungsmaßnahmen 2022 bis 2026. Treffsicherheit und ökologische Aspekte. *WIFO Research Briefs*, (7). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/35594303>.
- Klien, M., Pitlik, H., Firgo, M., & Famira-Mühlberger, U. (2020). *Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4149345>.
- Loretz, S., & Pitlik, H. (2024). *Österreichischer Stabilitätspakt 2012 und föderative Lastenverschiebungen. Eine Projektion für die Jahre 2024 bis 2028*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50190036>.
- Loretz, S., Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2024). *Inflation und Budgets der Bundesländer in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51617391>.
- Paul, S., Kearney, C., & Chowdhury, K. (1997). Inflation and economic growth: A multi-country empirical analysis. *Applied Economics*, 29(10), 1387-1401. <https://doi.org/10.1080/00036849700000029>.
- Pindyck, R. S., & Soliman, A. (1993). Economic instability and aggregate investment. In Blanchard, O., & Fischer, S. (Hrsg.), *NBER Macroeconomics Annual 1993* (S. 259-318). National Bureau of Economic Research, MIT Press.
- Pitlik, H., Klien, M., & Loretz, S. (2018). *Ausgabendynamik in den Budgets der Gebietskörperschaften im Lichte einer aufgabenorientierten vertikalen Finanzmittelverteilung*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4139992>.
- Scheiblecker, M., & Ederer, S. (2024). Gegenwind hält Österreichs Wirtschaft 2024 nahe an der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025. *WIFO-Konjunkturprognose*, (1). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51180701>.
- Schiman-Vukan, S. (2023). On (Current) Monetary Tightening and Inflation. *WIFO Research Briefs*, (1). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/29800202>.
- Schwanitz, J. (2024). Inflationsberechnung: Zinspolitik der EZB wird als Inflationstreiber statistisch nicht erfasst. *Wirtschaftsdienst*, 104(3), 211-214. <https://doi.org/10.2478/wd-2024-0056>.
- Tanzi, V., Blejer, M. I., & Teijeiro, M. O. (1987). Inflation and the Measurement of Fiscal Deficits. *Staff Papers (International Monetary Fund)*, 34(4), 711-738. <https://www.elibrary.imf.org/view/journals/024/1987/003/article-A005-en.xml> (abgerufen am 18. 7. 2024).
- Timm, H. (1977). Der Staat als Inflationsgewinner oder Inflationsverlierer. Interpretation und Gedanken über das Verhalten der staatlichen Akteure in der Inflation. *FinanzArchiv / Public Finance Analysis*, 36(2), 209-221.

# Inflation und Budgets der Bundesländer in Österreich

Simon Loretz, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller



**WIFO ■**

## Inflation und Budgets der Bundesländer in Österreich

**Simon Loretz, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller**

Wissenschaftliche Assistenz: Cornelia Schobert, Andrea Sutrich

Juni 2024  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die anhaltende hohe Inflation der letzten Jahre hat direkte und indirekte Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte auf allen Verwaltungsebenen. Aufgrund der oft zeitverzögerten Effekte der Inflation auf Einnahmen und Ausgaben ist eine umfassende Bewertung der budgetären Inflationsfolgen über mehrere Jahre hinweg erforderlich. Die Studie analysiert mittels eines Vergleichs verschiedener Inflations-szenarien die Auswirkungen der inflationären Entwicklung auf die Budgets der Länder und Gemeinden für den Zeitraum von 2022 bis 2025. Im Ergebnis verbleiben die Einnahmewachse hinter den induzierten Mehrausgaben der subnationalen Gebietskörperschaften.

Im Auftrag der Verbindungsstelle der Österreichischen Bundesländer • Juni 2024 • 107 Seiten • Kostenloser Download:  
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51617391/>

## Fehlzeitenreport 2024

### Krankheits- und unfallbedingte Fehlzeiten in Österreich

### Gesundheitszustand von Lehrlingen und jungen Erwerbstätigen

Christine Mayrhuber, Benjamin Bittschi



Die Entwicklung der krankheitsbedingten Fehlzeiten bis einschließlich 2023 ist seit dem Jahr 2020, in dem die COVID-19-Pandemie ihren Beginn hatte, sowohl von der Zunahme der Beschäftigtenzahlen wie auch von der Zunahme der Fehlzeiten geprägt. 2023 verbrachten die unselbständig Beschäftigten durchschnittlich 15,4 Kalendertage im Krankenstand. Diese Zahl ist um einen halben Tag höher als 2022. Der Verlust an Jahresarbeitszeit lag 2023 mit 4,2% bzw. mit 4,1% im Jahr 2022 höher als in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Die Sonderauswertung und -analyse der Fehlzeiten von Lehrlingen und jungen Erwerbstätigen unter 30 Jahren zeigt, dass diese relativ mehr Krankenstandsfälle aufweisen als ältere Erwerbstätige, wobei in dieser Altersgruppe der höhere Anteil an verletzungsbedingten Fehlzeiten bei den männlichen jugendlichen Erwerbstätigen hervortritt. Unter 30-Jährige haben häufigere Ausfallszeiten wegen Atemwegserkrankungen, Infektionserkrankungen aber auch aufgrund von Verletzungen als ältere Erwerbstätige. Ihre durchschnittliche Krankheitsdauer ist allerdings kürzer.

Im Auftrag von Bundesarbeitskammer, Wirtschaftskammer Österreich, Dachverband der Soziaversicherungsträger • Juli 2024  
 • 157 Seiten • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51695855/>

**9/2023** Vertiefung der Rezession bei steigenden Zinsen und hoher Inflation • Geldpolitische Wende schmälerte 2022 das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023. Sonderthema: Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission • Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation

**10/2023** Kaufkraft steigt nach milder Rezession. Prognose für 2023 und 2024 • Österreichs Wirtschaft wächst mittelfristig nur verhalten. Mittelfristige Prognose 2024 bis 2028 • Verbesserung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2022 • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich • Österreichs Land- und Forstwirtschaft 2022 trotz schwierigen Umfelds außergewöhnlich erfolgreich

**11/2023** Österreichs Wirtschaft in Rezession – Inflation geht zurück • Konjunkturabschwung hält an. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2023 • Tourismus trotz anhaltender Teuerung wieder deutlich erstartet • Armut und Sozialhilfe in Österreich • Entwicklungspolitik als geökonomisches Instrument. Eine Einordnung vor dem Hintergrund globaler Trends

**12/2023** Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur • Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld. Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023 • Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich • Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat? Erkenntnisse aus der WIFO-Umverteilungsstudie

**1/2024** Editorial • Konjunkturerholung verzögert sich. Prognose für 2023 bis 2025 • Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023 • Finanzausgleich 2024 bis 2028. Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung • Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020. Eine Auswertung von Mikrodaten

**2/2024** Österreichs Industrie verharrt in Rezession • Konjunkturstimung zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024 • Einbruch im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2026 • Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen? Eine makroökonomische Betrachtung

**3/2024** Hohe Zinsen belasten die Konjunktur • Europäische Wirtschaftspolitik 2023. Robuster Arbeitsmarkt trotz schwacher Konjunktur und gestraffter Geldpolitik • Institutionalisiertes Vertrauen als Standortqualität. Zur ökonomischen Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens • Unternehmensausgaben für neue Produkte dürften 2024 nur schwach wachsen • Herausforderungen des alpinen Wintertourismus in Österreich

**4/2024** Gegenwind hält Österreichs Wirtschaft 2024 nahe an der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025 • Österreichische Wirtschaft expandiert mittelfristig nur schwach. Update der mittelfristigen Prognose 2024 bis 2028 • Internationale Konjunkturabschwächung trifft Österreich hart. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2023 • Deutliche Straffung der Geldpolitik trägt zur Inflationsdämpfung im Euro-Raum bei

**5/2024** Rezession im produzierenden Bereich hält an – Vorlaufindikatoren verbessern sich • Konjunkturbeurteilungen beginnen sich zu stabilisieren. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2024 • Arbeitsmarkt 2023 im Sog des Konjunkturabschwungs • Exporte trotz schwacher Industriekonjunktur. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2023

**6/2024** Konjunktur kommt nur langsam in Schwung • Große regionale Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2023 • Chancen und Herausforderungen der neuen EU-Außenhandelspolitik am Beispiel ausgewählter Instrumente • Dekarbonisierung und Kreislaufwirtschaft. Ökonomische und biophysische Effekte verschiedener Szenarien für Österreich

**Präsident**

**Dr. Harald Mahrer**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

**Vizepräsidentin**

**Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

**Vorstand**

**Dr. Hannes Androsch**

**Kommerzialrat Peter Hanke**, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

**Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann**, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

**Abg.z.NR Karlheinz Kopf**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

**Kuratorium**

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

**WIFO-Partner:innen**

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische

**Direktorium**

**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

**Ökonom:innen**

Stefan Angel, Julia Bachtrogler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klén, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

**Wissenschaftliche Assistent:innen**

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie

**Vizepräsidentin**

**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

**Dr. Markus Marterbauer**, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

**Anton Mattle**, Landeshauptmann von Tirol

**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

**Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell**

**Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

**WIFO Associates**

Karl Aiginger, Christoph Badelt, Harald Badinger, Kurt Bayer, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Gunther Tichy, Gertrude Tumpel-Gugerell, Ewald Walterskirchen, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

**Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich**

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Gina Feichtinger, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Lucia Glinsner, Thomas Haas, Claudia Hirschall, Brigitte Hofer, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecek, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Sarah Ledl, Tong Li, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Elisabeth Schörkhuber, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

